

Sand im Getriebe 128

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Klassenkämpfe in Frankreich



Klassenkämpfe in Frankreich		Aktionen der Friedensbewegung	
Aufruf „die Straßen fluten“, 26.Mai	3	Aktionen der Friedensbewegung	23
Macron , der Präsident der Superreichen / Vielfältige Bewegungen in Frankreich / Aktionen / Infos / Atomwaffen abschaffen	4	DGB-Bundeskongress: #NO2PERCENT – Frieden geht anders!	24
Eine leistungsfähige SNCF und Bahnarbeiter/-innen, die stolz auf ihre Arbeit sind: Das ist möglich! Artikel von Sabine Leidig, Antoine de Cabanes und Willy Pelletier	7	- Französische Gewerkschaft CGT: STOPP der Kriegeskalation in Syrien - Stellungnahme aus dem Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland zu Syrien	25
Widerstand und Aufbau in Notre Dame des Landes	12	Heiko Flottau: Kündigung des iranischen Atomabkommens ist eine weitere Fehlentscheidung der USA	26
Attac Frankreich: Whistleblower Antoine Deltour endlich freigesprochen	15	Mohssen Massarrat: Iran 2018	28
Europa : Kurz notiert	16	Gaza - Freiluftgefängnis	30
Frieden!		-----	
Norman Paech: Die Militarisierung der EU	17	Elmar Altvater	33
Sabine Lösing, Jürgen Wagner: Kreative Aufrüstung	20	1968	34
		Attac Österreich u.a.: CETA nicht ratifizieren!	34
		Bündnis „Gerechter Welthandel“: JEFTA ablehnen!	35
		Wahlen in Venezuela	36

Vorwort

Gewerkschaften, soziale Bewegungen (darunter attac Frankreich) und politische Parteien rufen in Frankreich dazu auf, **am 26. Mai** „für Gleichheit, für soziale Gerechtigkeit und für Solidarität überall die Straßen zu fluten“ . Sie stellen fest „Emmanuel Macron, seine Regierung und der MEDEF sind entschlossen, um jeden Preis eine tiefgreifende Umstrukturierung der französischen Gesellschaft durchzusetzen (...)

Die Regierung hofft, dass die sektoralen Mobilisierungen isoliert bleiben, sie hofft, sie nacheinander besiegen zu können, indem sie stur bleibt, sie sich abnutzen lässt oder unterdrückt.

Mit ihrer Entschlossenheit hofft sie, uns zu entmutigen.

Sie irrt sich, wie die vielen Bürgerinitiativen im Verein mit Beschäftigten, Rentnern und Studenten sowie der Erfolg der Solidarität mit den Streikenden, insbesondere denjenigen der SNCF, zeigen.

Jetzt geht es darum, weiter zu gehen und gemeinsam auf der Straße zu bekräftigen, dass es Alternativen gibt, dass wir uns nicht mit dem Schicksal abfinden, das diese Regierung für uns vorsieht.“

Der Ausgang dieser Kämpfe insbesondere gegen die „Reform“ der SNCF und überhaupt gegen eine Regierung der Superreichen wird für ganz Europa Auswirkungen haben.

„Solidarität mit unseren Freundinnen und Freunden in Frankreich wäre ein guter Beitrag zum notwendigen Politikwechsel in Europa“, so schließt **Sabine Leidig** ihren Artikel

„In Frankreich wird um die „Bahn für alle“ gekämpft,“.

Wir informieren mit der Mut zur Lücke vorwiegend über die Streiks bei der Bahn und die weiteren Auseinandersetzungen um Notre-Dame-Des-Landes; weitere Infos stellen wir kontinuierlich in unsere Werkstatt ein.

„Frieden!“ - den gibt es für so viele Menschen nicht (**Gaza, Syrien,...**) und er wird weiter bedroht:

Aktuell durch die Fortsetzung und Zuspitzung der Konflikte mit dem Iran (**Flottau**),

während eine andere Politik möglich und nötig wäre (**Massarrat**).

Sabine Lösing, Jürgen Wagner und Norman Paech zeigen die zunehmende **Militarisierung der EU** auf, auch unter Umgehung ihrer eigenen Richtlinien.

Für den Frieden setzen sich viele ein – der **DGB-Bundeskongress** hat neulich erklärt „Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale.“ Es gibt vielfältige **Aktionen** für den Frieden, und auch Bestrebungen, diese zu bündeln – um sie effektiver, sichtbarer zu machen.

Auch in diesem Heft: Auswertung der Wahlen in **Venezuela**, weitere Widerstände gegen **CETA** aber auch **JEFTA** (EU-Japan-Abkommen), Freispruch für einen **Whistleblower**. Jedoch sollen durch die Neubestimmung des „Schutzes von Geschäftsgeheimnissen“ Kritiken an Multinationals und Finanzunternehmen stark erschwert werden, wo sie doch so nötig wären, nicht nur an **Nestlé**.



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!) : <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an sig-abo@gmx.de.

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 117: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann



Wir müssen feststellen: Emmanuel Macron, seine Regierung und der MEDEF sind entschlossen, um jeden Preis eine tiefgreifende Umstrukturierung der französischen Gesellschaft durchzusetzen:

- Austeritätspolitik
- Zerstörung der Arbeitnehmerrechte
- Einführung eines Auswahlverfahrens für den Zugang zur Universität
- Zerschlagung der öffentlichen Dienste
- Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen
- Neuorganisation des Zugangs zur Justiz, die die Ungleichheiten diesbezüglich verschärft
- Steuerreform zugunsten der Reichsten
- Gesetz gegen Migranten
- Vorrang des Geschäftsgeheimnisses vor dem Recht auf Information
- Einführung des Ausnahmezustands in das Zivilrecht
- Unterdrückung sozialer Bewegungen und junger Menschen in Arbeitervierteln,
- Nutzung der Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter als bloßes PR-Instrument, ohne die Bereitstellung finanzieller Mittel, während Frauen als Erste vom Sozialabbau betroffen sind
- eine militaristische Politik auf internationaler Ebene

Ziel einer solchen Vervielfachung der brutal an allen Fronten ergriffenen Maßnahmen ist es, eine Erstarrung zu erzeugen und damit jede Reaktion zu verhindern. Die Unternehmensführungen nutzen die Situation, um eine Reihe von Umstrukturierungen durchzuführen, und bleiben taub gegenüber den Anforderungen der Arbeitswelt. Indem er den Status von Beschäftigten angreift, insbesondere

Frankreich

Gemeinsamer Aufruf von Gewerkschaften, Verbänden und politischen Parteien

Am 26. Mai die Straßen fluten! Für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität

bei der Eisenbahn, hofft Emmanuel Macron, mit einem Sieg jeden Widerstandsgesicht ersticken zu können.

Dieser Gewaltakt kann scheitern, weil sich die Mobilisierungen im Land vervielfachen, jede mit ihren eigenen Besonderheiten: nationaler Aktionstag, Streiks, Besetzung von Universitäten, Demonstrationen ... Es obliegt natürlich den Gewerkschaftsorganisationen, mit den betroffenen Beschäftigten über ihre Aktionsformen zu entscheiden. Jede von ihnen hat a priori unterschiedliche Beweggründe, aber über diesen oder jenen Aspekt hinaus geht es um die Grundlagen der Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der

- soziale Rechte zunichte gemacht würden,
- öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherheit verschwunden wären,
- die Ungleichbehandlung von Regionen die Regel wäre,
- der Zugang zur Universität zunehmend eingeschränkt würde,
- Whistleblower und Journalisten mundtot gemacht würden,
- ökologische Herausforderungen den Interessen der Finanzwelt unterworfen wären,
- Wohnungen, öffentlicher Wohnungsbau und Mieter zu Waren würden,
- der Kampf gegen Diskriminierung zum Geplauder verkommen würde?

Oder wollen wir stattdessen eine Gesellschaft mit mehr Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Gleichheit und einer besseren Verteilung des Reichtums?

Das ist es, was auf dem Spiel steht.

Die Regierung hofft, dass diese sektoralen Mobilisierungen isoliert bleiben, sie hofft, sie nacheinander besiegen zu können, indem sie stur bleibt, sie sich abnutzen lässt oder unterdrückt. Mit ihrer Entschlossenheit hofft sie, uns zu entmutigen.

Sie irrt sich, wie die vielen Bürgerinitiativen im Verein mit Beschäftigten, Rentnern und Studenten sowie der Erfolg der Solidarität mit den Streikenden, insbesondere

denjenigen der SNCF, zeigen.

Jetzt geht es darum, weiter zu gehen und gemeinsam auf der Straße zu bekräftigen, dass es Alternativen gibt, dass wir uns nicht mit dem Schicksal abfinden, das diese Regierung für uns vorsieht. Sie stellt sich taub, wir müssen sie zwingen, uns zuzuhören und ihre Vorhaben zurückzunehmen.

Mit Respekt vor unseren jeweiligen Interventionsfeldern wollen wir über alle bereits bestehenden positiven Mobilisierungen hinausgehen und alle Kräfte der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Verbände und der politischen Parteien zusammenbringen, um gemeinsam ein großes Bürgertreffen zustande zu bringen.

Überall in Frankreich organisieren wir am Samstag, dem 26. Mai 2018, Massendemonstrationen für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Gemeinsames Kommuniqué von *Alternative et autogestion, Alternative Libertaire, APEIS, ATTAC, Climat social, Collectif des Associations Citoyennes, Collectif National pour les Droits des Femmes, Collectif La Fête à Macron, Confédération Générale du Travail (CGT), Coordination nationale de défense des hôpitaux et maternités de proximité, Convergence nationale de défense des services publics, DIFD, DIEM25, Droit au Logement, Ecologie sociale, Europe Ecologie Les Verts (EELV), Les Effrontés.es, Ensemble !, Femmes Egalité, Fondation Copernic, France Insoumise, Gauche Démocratique et Sociale, Génération.s, MJCF, Mouvement Ecolo, Mouvement National des Chômeurs et Précaires, Nouvelle Donne, Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA), Parti Communiste Français (PCF), Parti de Gauche, Parti Ouvrier Indépendant Démocratique, PCOF, PCRF, République et Socialisme, Résistance Sociale, Snesup-FSU, Solidaires, Syndicat des Avocats de France, Syndicat de la Magistrature, UEC, UNEF, Union Nationale Lycéenne*

<https://mareepopulaire.fr/>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Weitere Infos auf Französisch:

<https://paris.demosphere.eu/rv/62052>

Die Vielfalt der Bewegungen und Proteste in Frankreich

In Frankreich wird nicht nur wegen der "SNCF-Reform" demonstriert und gestreikt.

Wir können hier nur einzelne Aspekte behandeln, über weitere werden wir in der SiG-Werkstatt berichten (mdv).

Infos, Analysen und Debatten über Aktionen und Streiks: einige Webseiten

www.france.attac.org, <https://paris.demosphere.eu/> (Kalender der Aktionen)

<https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/> (die meist verschwiegenen aber so vielfältigen Kämpfe!),

<https://rapportsdeforce.fr/>, <https://www.bastamag.net/>, www.humanite.fr,

www.mediapart.fr, <https://www.lemediatv.fr/>, www.reporterre.net

Frühere Artikel in Sand im Getriebe über Streiks und Bewegungen in Frankreich:

[120 \(Arbeitsgesetz, 2016\)](#), [124 \(Neue Regierung Macron\)](#);

[125 \(Widerstand gegen die „Reform“ des Arbeitsrechts\)](#);

[126 \(Erfolgreicher Widerstand gegen das Großprojekt eines Flughafens – NDDL\)](#);

[127 \(Initiative „eine Million Arbeitsplätze für das Klima“; Anti-Atom-Aktionen\)](#)



15.Mai 2018 in Paris: Über 550 000 Bürger/-innen sagen „Nein zum Gesetzentwurf über Geschäftsgeheimnisse!“ (S. S. 16)

Macron - der Präsident der Superreichen

Mehr als 12 Milliarden Euro werden die „Spitzen der Gesellschaft“ allein in diesem Jahr an Steuern sparen. So ist die Vermögenssteuer faktisch abgeschafft worden, Kapitalerträge werden mit einer Pauschalsteuer von 30 Prozent besteuert und auch die Besteuerung von Dividenden in Höhe von 3 Prozent gehört nun der Vergangenheit an.

Dagegen sollen über 20 Milliarden Euro im Staatsbudget eingespart werden. Dies geht zu Lasten des öffentlichen Dienstes (120.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor sollen abgebaut werden) und sozialer Dienstleistungen. So wurde das Wohngeld gekürzt, Renten eingefroren und Zuzahlungen für Krankenhausaufenthalte erhöht. (...) Gleichzeitig wurde die CSG, ein hauptsächlich über die Lohnsteuer finanzierter Zuschuss für die Sozialkassen, erhöht, nachdem Macron die Beiträge für die Arbeitslosen- und Unfallversicherung teilweise abgeschafft hatte. Sein Ziel ist hier die Schaffung einer aus Steuern finanzierten Mindestsicherung anstelle eines solidarisch finanzierten Umlagesystems.

Doch Macrons Pläne gehen noch weiter. Auch die öffentliche Infrastruktur der Regionen und Gemeinden steht auf dem Spiel, die wegen der Abschaffung der Wohnsitzsteuer 20 Milliarden Euro weniger erhalten sollen. Die Regierung sagt, es durch Zuschüsse kompensieren zu wollen, jedoch sollen innerhalb von

4 Jahren die Subventionen um 13 Mrd gekürzt werden.

Die CGT wies am 22. mai 2018 daraufhin, dass die 2017 ausgezahlten Dividende 46,8 Milliarden betragen – damit steht Frankreich an erster Stelle in Europa

Ein Bündnis „Rendez l'argent“ (Gebt das Geld zurück!), zu dem [Attac Frankreich](#) maßgeblich beiträgt, wies auch daraufhin, dass eine andere Steuerpolitik um die 200 Milliarden jährlich in die Staatskassen bringen könnte. ([Heft](#) auf Französisch) (Infos: [Sebastian Chwala](#), <https://de.indymedia.org/node/20341/> / [SiG-Redaktion](#))



Attac Frankreich: „Immer mehr für die Reichen – Manifest für Steuergerechtigkeit“, 2018

<https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/nouveau-livre-d-attac-toujours-plus-pour-les-riches-manifeste-pour-une>

Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft (Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, 1848)

Attac Frankreich

- feiert sein 20-jähriges Bestehen am Samstag, dem 2. Juni 2018

- lädt zur Sommeruniversität in Grenoble, 22.- 26. August 2018

<https://ue2018.org>



Große Demonstrationen im Mai 2018

1. Mai: gemeinsame Demonstrationen von Gewerkschaften und anderen: in [Paris](#) ; [CGT-Flyer](#)

Große Demonstration am 5. Mai in Paris (und weiteren Demos in großen Städten): "**La fête à Macron**"

Um "aus den Widerstandsbächen einen riesigen Strom" zu machen fand am 5. Mai 2018 eine nationale branchenübergreifende Demonstration aller sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen statt, einberufen von Frédéric Lordon, einem kritischen Philosophen, und dem Abgeordneten François Ruffin.

-[Bericht](#) über die Versammlung am 4.4. - [Aufruf](#)

15 mai: Gesundheit Demonstration in Paris "Weiße Welle" gegen die zunehmenden Mängel im Gesundheitswesen und für die Verteidigung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes (Aufruf der Gewerkschaft [SUD Santé](#))

16 mai: Bildung : Aktionstag der Beschäftigten an den **Hochschulen, der StudentInnen und SchülerInnen** gegen die eingeführten Zugangsbedingungen zu den Universitäten (Auswahlverfahren in 2 Stufen: für den Zugang zur Hochschule muss 1. die abgebende Schule zustimmen 2. die Universität die Bewerbung annehmen.) und gegen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

22. März (Flyer von attac Frankreich) und 22. Mai: Streiks und Demonstrationen im Öffentlichen Dienst; [CGT](#) dazu [Labournet](#)



Migrantinnen /Migranten

470 Organisationen bereiten sich auf die „Etats-généraux des migrations“ (Generalstände der Migrationen, [eg-migrations.org](#), Appell: [eg-migrations.org/Appel-a-un-changement-radical-de-politique-migratoire-en-France](#))

In Briancon (franz. Alpen) sterben Migranten und deren Unterstützer müssen vors Gericht – Petition dagegen

<https://www.bastamag.net/A-Briancon-les-migrants-meurent-et-leurs-soutiens-passent-en-proces>

<https://www.politis.fr/articles/2018/05/nous-soutenons-les-3-de-briancon-oui-a-lasile-non-a-la-loi-collomb-38836/>

CGT für eine bessere Aufnahme der Migrantinnen und Migranten, 26. April 2018

<https://www.amnesty.fr/refugies-et-migrants>

(demnächst mehr ... auf Deutsch ... in der SiG-Werkstatt über Frankreich)

Atomwaffen abschaffen!

„Mouvement de la paix“: Frankreich sollte Trump stoppen statt ihm zu folgen

Zu Macrons Reise in die USA sagt die Organisation "Mouvement de la paix", 24. April 2018:

Im Juli 2017 haben die Vereinten Nationen gemäß Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrags (1) einen **Atomwaffenverbotsvertrag** (2) verabschiedet.

Im Februar 2018 kündigte Trump jedoch eine neue Revision der amerikanischen Nukleardoktrin (Nuclear Posture Review) an, indem er beschloss, die Herstellung von taktischen Atomwaffen wieder aufzunehmen, die uns einem möglichen Einsatz dieser Waffen auf dem Schlachtfeld näher bringen.

Frankreich folgt auf Initiative der Regierung Macron dieser tödlichen Logik und hat soeben ein Militärplanungsgesetz 2019-2025 verabschiedet, das **in sechs Jahren 37 Milliarden**

Euro für die vollständige Überholung des französischen Atomwaffenarsenals (300 Atombomben, 80 Raketen, 4 Atom-U-Boote) vorsieht.(3)

(1) = Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV) , http://www.atomwaffena-z.info/fileadmin/user_upload/pdf/NPT-Vertrag.pdf

(2) www.attac.de/uploads/media/sig124.pdf (Seite 16) und <https://www.heise.de/tp/features/UN-122-Staaten-verabschieden-Atomwaffenverbotsvertrag-3767629.html>

(3) <https://de.ambafrance.org/Militarplanung-2019-2025-Frankreich-steigert-operationelle-Fahigkeiten-und>

<https://www.mvtpaix.org/wordpress/la-france-devrait-agir-pour-stopper-trump-et-non-le-suivre/>

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG ruft zur Unterstützung der streikenden Kolleginnen und Kollegen der SNCF in Frankreich auf

Mit äußerster Konsequenz treibt die französische Regierung unter Emmanuel Macron die Bahnreform der französischen Staatsbahn SNCF voran.

Die französischen Bahngewerkschaften (**CGT, Sud-Rail, UNSA und CFTD**) sind geschlossen gegen die Pläne.

Ihr Widerstand richtet sich im Wesentlichen gegen drei Punkte der geplanten Reform: Die Umwandlung der Bahngesellschaft hin zu einer Aktiengesellschaft und die damit verbundene geplante Öffnung für den Wettbewerb sowie die Streichung des Beamtenstatus. Letzterer soll nur für jetzt bereits Beschäftigte erhalten bleiben.

Die französische Infrastruktur soll zudem um ganze 9.000 Kilometer gekürzt werden, was insbesondere für den ländlichen Raum enorme Folgen haben und die Abkopplung ganzer Regionen weiter beschleunigen würde.

Doch auch die Art und Weise, wie die Reform von Statten gehen soll, ist mehr als fragwürdig. Denn die Regierung Macron erlegt sich einen straffen Zeitplan auf und scheut nicht, den demokratischen Prozess im Parlament mithilfe von Dekreten zu umgehen. Die ganze Reform soll in wenigen Monaten über die Bühne laufen, inklusive nächtlicher Debatten im Parlament.

(...)

Die Bahngewerkschaften sehen sich gezwungen, zu innovativen Lösungen zu greifen, um durch die Lohnausfälle nicht auszubluten. Denn in Frankreich gibt es – anders als in Deutschland – kein Streikgeld. So streiken die Beschäftigten nur an zwei aufeinander folgenden Tagen die Woche. An den übrigen drei Tagen wird gearbeitet. Auf diese Weise können die Kolleg/-innen den gewöhnlichen Bahnverkehr stören und den Druck auf die Regierung erhöhen, ohne dabei zu viele Geldeinbußen hinnehmen zu müssen.

Damit dieser Druck aber auch weiterhin aufrechterhalten werden kann, benötigen unsere Schwesterngewerkschaften unsere Hilfe. Die EVG ruft dazu auf, die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Widerstand gegen die Reform zu unterstützen und zu spenden. Das Geld wird gerecht an alle Streikenden verteilt.

<https://www.evg-online.org>

Spendenkonto: Kontoinhaber: CGT Siegel
Bank: Creditcoop Paris Nation
IBAN: FR7642559000082102257910875
BIC: CCOOPFRPPXXX

Weitere Streikkassen: Gewerkschaft <https://sudrail.fr/> <https://www.lepotcommun.fr/pot/qwgkeart>
<https://www.leetchi.com/fr/Cagnotte/31978353/a8a95db7> (Wissenschaftler/-innen, Künstler/-innen haben sie gegründet)
Solidaritätserklärungen an sud.rail.federation@gmail.com und <https://www.cheminotcgt.fr/contacts/#general>
Links: <https://www.cheminotcgt.fr/actualites/> ; www.sudrail.fr/ ; <https://www.cfdt.fr/> ; <http://www.unsa-ferroviaire.org>
Informationen von SuD-Rail ; Flyer "SNCF für alle, Verteidigung des öffentlichen Diensts": [CGT](#)
Broschüre der CGT für die Bahnreisenden: "die echten Infos"

Monatsbruttolohn

der Beschäftigten bei der SNCF (2016)

- als Berufsanfänger (jeweils linke Säule)
- in der Mitte der Laufbahn (jeweils mittlere Säule)
- Vor der Rente (jeweils rechte Säule).

Die 3 Säulen in der Mitte gelten für Ingenieure und Führungskräfte; Lokführer (4. Säulengruppe) erhalten erst kurz vor der Rente mehr als 3000 € brutto.

(Quelle: Le Monde 18.4.18)

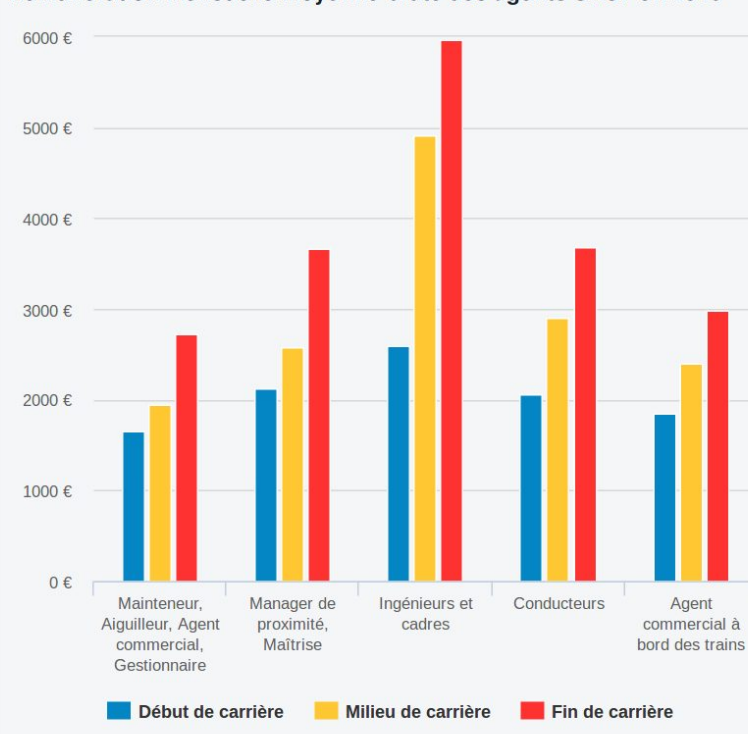
Rente mit 51??? - Nein: Durchschnitt: 57,5 Jahre; Lokführer: 53,5 Jahre (Quelle: Rentenkasse der SNCF, CPRP-SNCF)

- Ihre Lebenserwartung: 60 Jahre. (DEGEST)
- für die volle Rente (75% des letzten Lohns) müsste man 41 Jahre gearbeitet haben...

Die Schulden der SNCF kommen vor allem durch den Ausbau der TGV-Linien (diesen hat der französische Staat – im Gegensatz zur DB - kaum finanziert) und die Zinszahlungen für Kredite (10 Mrd. Euro = 59% der Kreditsumme) zustande.

Eisenbahnverkehr ist 9-mal billiger als Autoverkehr, wenn die externen Kosten (Umweltverschmutzung, Unfälle, ...) gleichermaßen einbezogen werden. (Quelle: [DEGEST-Studie](#))

Rémunération mensuelle moyenne brute des agents SNCF en 2016



Vom 14. bis zum 21. Mai führte das Gewerkschaftsbündnis bei allen SNCF-Beschäftigten eine Abstimmung durch "Etes-vous pour ou contre le pacte ferroviaire porté par le Gouvernement?" = "**Sind Sie für oder gegen den von der Regierung befürworteten Bahn-Pakt?**" 61% haben sich beteiligt und **95% davon haben erklärt, gegen den „Bahn-Pakt“ zu sein.** https://www.cheminotcgt.fr/espace_presse_accueil/face-a-une-mobilisation-importante-des-negociations-simposent/



Gewerkschaftsorganisationen CGT - UNSA ferroviaire - SUD-Rail - CFDT

Eine leistungsfähige SNCF und Bahnarbeiter/-innen, die stolz auf ihre Arbeit sind: Das ist möglich!

22. März 2018

Die Gewerkschaftsorganisationen CGT - UNSA ferroviaire - SUD-Rail - CFDT stellen fest, dass die Regierung nicht willens ist, echte Verhandlungen aufzunehmen. Sie hält an ihre Strategie der kontraproduktiven Konsultationen mit Schall und Rauch fest.

Die uns vorgeschlagene Reform besteht aus technokratischen Maßnahmen, die von den Bedürfnissen der Nutzer/-innen und der Beschäftigten nach einer anständigen Arbeit abgekoppelt sind. Die Gewerkschaftsorganisationen CGT - UNSA ferroviaire - SUD-Rail - CFDT erwarten - auf der Grundlage ihrer Vorschläge und Forderungen - andere Maßnahmen.

1) Schulden und Finanzierung

Die Schulden des Eisenbahnsystems müssen vom Staat ohne Gegenleistung übernommen werden, da sie auf der Grundlage von Entscheidungen entstanden sind, die er getroffen hat und für die er die Verantwortung übernehmen muss. Eine nachhaltige Finanzierung muss gewährleistet sein, um die Entwicklung des öffentlichen Eisenbahnverkehrs (Güter- und Personenverkehr) zu gewährleisten, insbesondere um seine Aufgaben der Raumordnung und der territorialen Kontinuität zu gewährleisten, indem die Nahverkehrs- und Regionalstrecken erhalten bleiben, erneuert und entwickelt werden.

2) Die Wiederbelebung des Schienengüterverkehrs

Die Fret ferroviaire SNCF (Güterverkehr) darf keine Tochtergesellschaft sein. Es muss eine echte Politik der Wiederbelebung der Bahn und Verkehrsverlagerung beschlossen werden, diese mit den not-

wendigen Mitteln ausgestattet werden, damit insbesondere auf Umwelterfordernisse reagiert wird und dieses Transportmittel nicht langsam zugrunde geht.

3) Unternehmensstatus

Die SNCF muss unter dem Status des EPIC (= staatliches Industrie- und Handelsunternehmen), Eigentum der Nation und nicht Gegenstand von Finanzgeschäften und -spekulationen bleiben.

4) Organisation der Produktion

Eine vollständige Umstrukturierung der Produktion muss der Trennung von Tätigkeiten ein Ende setzen, eine echte operative Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnarbeitern wiederbeleben und eine Rückkehr zu der von den Nutzern geforderten Dienstleistungsqualität gewährleisten.

5) Wiedereingliederung der Arbeitsaufträge

Die Wiedereingliederung der ausgelagerten Tätigkeiten muss mit dem dreifachen Ziel erfolgen, die Mehrkosten für die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen zu beseitigen, den sozialen Status der verantwortlichen Mitarbeiter zu verbessern und die vollständige Kontrolle über die Produktion wieder zu erlangen, um Qualität und Sicherheit zu gewährleisten.

6) Öffnung für den Wettbewerb

Der Wettbewerb ist ein schlechtes System, das ausschließlich auf Sozialdumping beruht, das nicht an die technischen Zwänge des Eisenbahnbetriebs angepasst ist und eine Entwicklung öffentlicher Eisenbahndienste verhindert. Die Regie-

rung muss sich dabei auf die in den europäischen Richtlinien vorgesehenen Ausnahmen stützen.

7) Soziale Rechte von Eisenbahnbeschäftigten

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen („Statut“) müssen wieder Regel werden, auch für zukünftige Einstellungen. Sie müssen verbessert werden, ebenso wie die Rechte der anderen Beschäftigten (die meistens befristet angestellt werden) Die Rechte der Eisenbahner sind integraler Bestandteil des Gleichgewichts zwischen den Rechten und Pflichten im öffentlichen Dienst. Sie müssen erhalten bleiben. Eine bedeutende allgemeine Erhöhung der Gehälter und Renten muss angekündigt werden.

8) Soziale Garantien

In Verbindung mit dem Nationalen Tarifvertrag der Eisenbahnbranche müssen sie nach oben korrigiert werden, damit die Arbeitgeber das Sozialdumping zwischen dem öffentlichen Unternehmen und den privaten Eisenbahnunternehmen nicht verstärken können. Strecken der Regionalbahnen und die Bahngastronomie müssen integriert werden.

Die Verbände der Eisenbahner CGT - UNSA ferroviaire - SUD-Rail - CFDT fordern die Regierung auf, ihre Strategie des Durchpeitschens aufzugeben. Sie haben konkrete Alternativvorschläge vorgebracht.

Die Verhandlungen müssen in einem anderen als dem auferlegten Gesetzgebungsrahmen aufgenommen werden. Die Regierung trägt die alleinige Verantwortung für einen größeren Konflikt bei der SNCF.

Kampagnen für eine öffentliche Bahn:

Deutschland: <http://www.bahn-fuer-alle.de/> - Großbritannien: <http://actionforrail.org/>

„Gemeinsam für die Bahn“, Studie der CGT : www.cheminotcgt.fr

Antoine de Cabanes

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Deregulierung, Privatisierung und des Wettbewerbs

Der Fall Frankreich: Macron gegen die Eisenbahngewerkschaften

2. Mai 18 - Am 14. März gab der französische Premierminister Edouard Philippe die Grundzüge der bevorstehenden Eisenbahnreform bekannt. Eine Woche später demonstrierten Eisenbahner_innen und Beamten_innen gemeinsam im ganzen Land (...) Ihre Mobilisierung ist die stärkste seit 1995 und gilt bei vielen Kommentator_innen und Wissenschaftler_innen bereits als historisch. Dieser Einschätzung liegt einerseits der Mobilisierungsgrad zugrunde (dreimonatige Streikwellen, dazu Demonstrationen und Versammlungen), andererseits die symbolische Bedeutung des Kampfes. Auf dem Spiel steht – nicht mehr und nicht weniger – die Frage, ob diese Regierung dazu in der Lage ist, über den kämpferischsten Sektor von Frankreichs sozialer Bewegung zu siegen. Es steht an, den nächsten Reformen in Macrons neoliberaler Agenda den Weg zu ebnen (Rentensystem und Beamtenstatus)



Diese Agenda zielt darauf ab, die sozio-ökonomischen Merkmale der französischen Gesellschaft in eine neoliberale Hölle (oder ein Paradies, je nach Standpunkt) zu verwandeln und damit die sozialen Strukturen tiefgreifend zu verändern. Die von der Regierung umgesetzten Änderungen des Hochschulzugangsverfahrens sind Teil dieses Vorgangs; (...) Die Eisenbahngewerkschaften und Arbeiter_innen sind sich des Einsatzes in diesem Kampf sehr wohl bewusst, weshalb sie einen breiten Rahmen für ihren Protest gewählt haben. In diesem Prozess gebührt den Einzelheiten der Eisenbahnreform ein besonderes Augenmerk. So wird klar, warum sie die Speerspitze von Macrons Schocktherapie ist.

Ein Teil der von der Regierung vorgelegten Reform ist die Abschaffung des besonderen Beschäftigungsstatus von Eisenbahner_innen für neue Mitarbeiter_innen. (...) **Und doch ist die Abschaffung dieser Arbeitsschutzregelungen ein Ablenkungsmanöver**, das den Kern der Reform verschleiert. Die SNCF, seit ihrer Gründung im Jahre 1937 in staatlichem Besitz, soll in eine öffentlich finanzierte Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Umwandlung der SNCF steckt den rechtlichen Rahmen für die zukünftige Privatisierung des staatlichen Schienennetzes ab und wird all-

gemein als die erste Phase einer vollständigen Privatisierung der SNCF betrachtet. Vor einigen Jahren wurden auch France Télécom, Gaz de France und die französische Post in Aktiengesellschaften in staatlichem Besitz umgewandelt, und die ersten beiden sind inzwischen komplett privatisiert. (...) Bei der französischen Post hat die Einführung dieses Managements zur Kommodifizierung aller persönlichen Dienstleistungen und einer deutlichen Verschlechterung der Servicequalität geführt. Bei France Télécom andererseits hat die Personalpolitik zu vielen Fällen von Burnout und Depressionen und sogar Selbstmorden unter den Mitarbeiter_innen geführt. Auch wenn, wie Macron und Philippe versichern, die SNCF nicht privatisiert wird und der Staat 100 % der Anteile hält, wird es radikale Veränderungen im Management geben, und die sozialen Praktiken des öffentlichen Dienstes werden verschwinden. Darüber hinaus gibt es keine Garantie dafür, dass die Privatisierung nicht in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten erfolgt.

Die Angst vor einer bevorstehenden, versteckten Privatisierung steht in Verbindung mit dem dritten Hauptbestandteil der Reform, einem detaillierten Fahrplan für die Liberalisierung des französischen Eisenbahnmarktes. (...) Wenn die Reform umgesetzt wird, wird das Personentransportmonopol der SNCF schrittweise auslaufen, angefangen im Jahre 2020 mit den Hochgeschwindigkeitstrassen. Bis 2023 sollen die Regionalzüge folgen, mit Ausnahme der Region Île de France, die mit ihren Besonderheiten als bevölkerungsreichste Region bis 2033 Zeit hat. Bis 2033 soll die Vorgabe an alle öffentlichen Verwaltungen, Ausschreibungen für alle mit dem Eisenbahnwesen in Verbindung stehende Märkte durchzuführen, voll umgesetzt sein. Zum Risiko einer mittelfristigen Privatisierung in der Folge der Liberalisierung kommt hinzu, dass eine derartige Marktöffnung höchstwahrscheinlich den Schienenverkehr durcheinanderbringen, Ticketpreise steigen lassen sowie zu einer Verschlechterung der Infrastruktur und der Schließung unrentabler Strecken führen wird. Diese Folgen sind nicht an den Haaren herbeigezogen, sie konnten in verschiedenen europäischen Ländern nach Abschluss der Marktöffnung im Eisenbahnwesen beobachtet werden. So zum Beispiel in Großbritannien, das in den letzten drei Jahrzehnten als Versuchslabor für neoliberale Reformen verwendet wurde. Die Wettbewerbsöffnung und die Privatisierung in den 1990er-Jahren haben den britischen Schienenverkehr in

eine derartige Katastrophe geführt, dass die große Mehrheit der Brit_innen eine Renationalisierung befürwortet. Der Vergleich mit anderen Ländern in Europa, in denen Wettbewerb, Deregulierung und Privatisierung eingeführt wurden, lenkt unseren Blick auf den Ursprung dieser Prozesse: Das Vierte Eisenbahnpaket der EU.

(...) **Doch auch wenn das Vierte Eisenbahnpaket für die aktuelle Reform fraglos eine Rolle gespielt hat**, haben Macron und seine Regierung eine Reform ausgearbeitet, die weit über die Anforderungen des Paketes hinausgeht. Tatsächlich sind weder die Abschaffung des Eisenbahner_innenstatus noch die Änderung der Unternehmensstruktur Teil des Liberalisierungsvorhabens der EU. (...) Das Vierte Eisenbahnpaket inspiriert hier eine neoliberale Reform, die in einem breiteren Rahmen zu verstehen ist, nämlich Macrons Agenda. Diese neoliberale Agenda ist ideologisch natürlich auf einer Linie mit der der Kommission, aber wenn möglich ist sie noch intensiver und brutaler, da Macron darauf abzielt, innerhalb von fünf Jahren die französische Wirtschaft und die Sozialstrukturen insgesamt umzugestalten, indem er in jedem Bereich eine Reihe neoliberaler Reformen umsetzt.

Wenn die Eisenbahnreform umgesetzt wird, hat das eine enorme symbolische Wirkung, denn Macron, die öffentliche Meinung und die soziale Bewegung wissen, dass diese Umsetzung den Sieg über einen Kernbereich im Kampf gegen den Neoliberalismus bedeutet – die Eisenbahngewerkschaften. So entsteht ein Schlüsselmoment, nicht unähnlich den Bergarbeiterstreiks gegen Margaret Thatcher. Der Gesetzesentwurf zur Eisenbahnreform wurde am 17. April von der Nationalversammlung angenommen, das Unterhaus des französischen Parlamentes hat den Text nicht wesentlich verändert. Ende Mai wird im Senat, dem Oberhaus, eine zweite Abstimmung stattfinden, bevor die parlamentarische Zustimmung in einer letzten Abstimmung in der Nationalversammlung Mitte Juni endgültig wird. Der Machtkampf hat Mitte März begonnen und wird vor Ende Juni nicht aufhören, bisher zeigen weder Macron und seine parlamentarische Mehrheit noch die soziale Bewegung Erschöpfungserscheinungen. In dieser Hinsicht ist der Monat Mai grundlegend, nicht nur aufgrund des 50-jährigen Jubiläums von 1968.

Vollständiger Text und Quellen:

<https://www.transform-network.net/de/blog/article/the-french-case-macron-vs-railway-unions/>

Sabine Leidig

In Frankreich wird um die „Bahn für alle“ gekämpft

Was in Deutschland durchgezogen wurde, stößt in Frankreich auf eine massive Streik- und Protestwelle: der Angriff auf die umwelt- und klimafreundliche öffentliche Flächenbahn.

Wenn man die unterschiedlichen Etappen der Bahnprivatisierung in Deutschland kennt und gleichzeitig in diesen Tagen verfolgt, welche Art „Bahnreform“ derzeit in Frankreich Staatspräsident Emmanuel Macron durchsetzen will, dann stellt man viele Parallelen fest. Und erkennt am Ende einen wesentlichen Unterschied.

Zunächst die traurigen Parallelen:

In **Deutschland** wurde 1994 mit der Gründung der Deutschen Bahn AG der Beamtenstatus für neue Bahnbeschäftigten abgeschafft. Damit verbunden war für die neuen Bahnbeschäftigten (die inzwischen bei weitem die Mehrheit aller Beschäftigten der DB AG ausmachen) eine Senkung der durchschnittlichen Arbeitseinkommen und der Rentenansprüche. Damit einher ging eine miese Kampagne gegen die (alte) „Beamtenbahn“, deren Beschäftigte angeblich „privilegiert“ gewesen seien. Die Folgen sind verheerend. Während der Eisenbahnerberuf früher ein hohes Prestige hatte und Lokführer ein Traumberuf war, ist heute in Deutschland eine Mehrheit der Bahnbeschäftigten unzufrieden mit dem Job. Die „corporate identity“, die Identifikation mit dem Unternehmen, ist bei den DB-Beschäftigten extrem niedrig.

In **Frankreich** soll mit der SNCF-Reform das „Statut“ für alle neu eingestellten Bahnbeschäftigten abgeschafft werden. Bei diesem „Statut“ handelt es sich um ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis, das – als Folge sozialer Kämpfe – im Vergleich zur privaten Wirtschaft etwas mehr Schutz bietet und teilweise mit günstigeren Arbeitsbedingungen verbunden ist. Auch hier heißt es, es gehe um einen „Abbau von Privilegien“. Im „Spiegel“ (7.4.2018) wurde behauptet, es gebe für SNCF-Beschäftigte „automatische Gehaltssteigerungen und ein Renteneintrittsalter ab 52 Jahren.“ In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (22.2.2018) konnte man lesen: „Lokführer in Frankreich – ein Traumberuf“. In den französischen Medien heißt es, der Durchschnittslohn der SNCF-Beschäftigten läge bei 3000 Euro netto. Die Wirklichkeit sieht deutlich anders aus. Fast zwei Drittel der SNCF-Beschäftigten verdient weniger als 1600 Euro netto. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt in der Nähe von 60 Jahren – wer mit 52 Jahren in Rente geht, hat so viele Abschlüsse, dass er davon nie und nimmer leben kann.

In Deutschland und in Frankreich ist die **Schieneinfrastruktur** überall dort maro-

de, wo es keinen Hochgeschwindigkeitsverkehr (mit ICE- bzw. TGV-Zügen) gibt. Gleichzeitig wurde die Deutsche Bahn AG in den letzten zwei Jahrzehnten unter den Bahnchefs Mehdorn, Grube und Lutz zum Global Player umstrukturiert; fast die Hälfte des Umsatzes macht die DB inzwischen im Ausland. Dieselbe Orientierung verfolgt die SNCF mit Guillaume Pépy an der Spitze. Der französische Bahnkonzern ist in zwei Dutzend Ländern mit Töchtern vertreten, u.a. in Deutschland mit Keolis (in NRW = „Eurobahn“), in Shanghai mit Metrolinien, in Australien und Neuseeland mit Bus- und Bahn-Unternehmen und in den USA u.a. mit einer Beteiligung am „Hyperloop“ des Tesla-Chefs Elon Musk. Doch dieses Global Player-Geschäftsmodell ist hoch riskant. Vor allem stellt dies eine Zweckentfremdung von steuerlichen Subventionen dar, die schließlich in Deutschland und in Frankreich Jahr für Jahr in Milliardenhöhe gewährt werden – eigentlich für Schienenverkehr im Inland.

In Deutschland wurde das Streckennetz (mit Schienenverkehr = „Betriebslänge“) seit der Bahnreform um 8000 km (oder um 19 Prozent) gekappt. In Frankreich sollen mit der neuen „Reform“ 9000 km Schienennetz verschwinden. Was ein Abbau von 26 Prozent wäre.

In beiden Ländern – in Frankreich und Deutschland – wurde vor wenigen Jahren der **Busfernverkehr** liberalisiert – in Frankreich war es der damalige Wirtschaftsminister und heutige Präsident Macron, der diese „Großtat“ vollbrachte. Seither wächst der Fernbusverkehr mit zweistelligen Wachstumsraten, während die Schiene an die Busse Fahrgäste verliert. Wobei es in Frankreich vor allem die SNCF selbst ist, die in großem Umfang den Fernbusverkehr betreibt – in Konkurrenz zur „eigenen“ Schiene.

Die entscheidende Parallele zwischen Deutschland und Frankreich zu guter Letzt: in den politischen „Sonntagsreden“, die in Paris und in Berlin zu hören sind heißt es: Aus Gründen des **Umwelt- und Klimaschutz** wird die Schiene vor dem Straßen- und dem Luftverkehr bevorzugt. In der konkreten Verkehrspolitik jedoch findet Tag für Tag und von Regierung zu Regierung (in Frankreich von Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy über Francois Hollande bis zu Emmanuel Macron, in Deutschland von Merkel I bis Merkel IV) das glatte Gegenteil statt: Im Bereich Schiene wird abgebaut und auf Substanz gefahren; das Straßennetz

wird ausgebaut und optimiert; Bahnhöfe veröden – neue schicke Airports entstehen. Bahnfahren ist, abgesehen von einzelnen Schnäppchenpreisen, teuer; der Pkw-Verkehr, der Fernbusverkehr und die Billigairlines werden im Vergleich zur Bahn immer günstiger. Die Bilanz: Diesseits und jenseits des Rheins wird viel getan, um die umweltfreundliche und soziale Bahn kaputt zu sparen.

Und nun der gravierende Unterschied:

In **Deutschland** wurde der beschriebene Prozess bislang weitgehend ohne Widerstände vollzogen. Mit drei Ausnahmen: Es gab einen erfolgreichen – zivilgesellschaftlichen – Widerstand gegen den geplanten Börsengang der DB-AG von 2005 bis 2008. Es gab ein aktives Bündnis mit den Bahnbeschäftigten in dieser Sparte gegen die Einstellung aller Nachtzüge der DB. Und es gibt bis heute den großartigen Protest gegen das zerstörerische Projekt Stuttgart21.

In **Frankreich** dagegen gibt es seit vielen Jahren Massenstreiks gegen die Angriffe auf das System Schiene und auf die SNCF-Beschäftigten. Im Herbst 1995 kam es im öffentlichen Sektor mit Schwerpunkt Eisenbahnen zu Massenstreiks gegen „Reformpläne“ unter dem damals neu gewählten Staatspräsidenten Jacques Chirac. Die Regierung (mit Ministerpräsident Alain Juppé) musste klein beigeben.

In diesem Jahr streiken die französischen Eisenbahner seit dem 3. April nach „Fahrplan“ – der bislang fest eingehalten wird: Es wird jeweils zwei Tage lang gestreikt, dann drei Tage gearbeitet. Dann wieder zwei Tage Streik und drei Tage Arbeit... usw. Dies soll zumindest bis Ende Juni so fortgesetzt werden. Und entgegen der offiziellen Propaganda von SNCF-Führung und Macron-Administration lag auch am derzeit letzten Streiktag, dem 14. Mai, die Beteiligung beim Lok- und Zugpersonal höher als 74 Prozent. Gut zwei Drittel aller Züge konnten nicht gefahren werden. Das ist auch deshalb ein fantastisches Ergebnis, weil es zustande kommt, obgleich die Regierung hoch bezahlte Streikbrechertrupps – sie erhalten 5000 Euro monatlich – einsetzt und obgleich es in Frankreich kein Streikgeld gibt und die Lohneinbußen weitgehend von den Streikenden selbst getragen werden müssen.

Neu in diesem Jahr 2018 ist: Als Resultat eines von Intellektuellen gestarteten Solidaritätsappells wurde ein Sonderfonds zur Unterstützung des SNCF-Streiks eingerichtet,

in den binnen weniger Wochen mehr als eine Million Euro eingezahlt wurde. Dabei stehen die französischen Bahnbeschäftigten nicht allein. Es gibt wichtige Mobilisierungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern, in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors und bei Air France. An Unis und an Schulen gärt es.

Am 26. Mai soll es dann einen nationalen Tag des Protestes gegen die Politik unter Staatspräsident Macron und seinem Premierminister Eduard Philippe geben. Während Macron in den deutschen Medien wie ein Superstar gefeiert wird, erklären inzwischen fast 60 Prozent der Französisinnen und Franzosen, „kein Vertrauen“ in ihren

Staatspräsidenten mehr zu haben. Solidarität mit unseren Freundinnen und Freunden in Frankreich wäre ein guter Beitrag zum notwendigen Politikwechsel in Europa.
<https://www.lunapark21.net/in-frankreich-wird-um-die-bahn-fuer-alle-gekaempft/>

Winfried Wolf: Die Eisenbahnen in Europa und in Deutschland angesichts des Privatisierungsturms

Vortrag in Florenz vor Lokführern, 29. Mai 2017 1

Aktuell erleben wir eine historische Situation. Europa ist der letzte Kontinent mit einem flächendeckenden Schienennetz und mit einem weitgehend flächendeckenden Eisenbahnverkehr. Dieses Schienennetz – hier auf dem heutigen Gebiet von 28 EU-Mitgliedsländern (also u.a. ohne Russland, ohne die Ukraine und ohne Weißrussland) hat noch einen Umfang von 220.000 km Länge. Obwohl seit 1970 bereits rund 30.000 km abgebaut wurden, ist es immer noch einigermaßen flächendeckend. Und dies ist, angesichts der Herausforderungen durch die Klimaerwärmung, zugleich eine historische Chance. (...) Doch ausgerechnet in einer Situation, in der die Umwelt-

und die Klimaproblematik allen bewusst wird und die offizielle Politik formal darauf reagiert und für eine klimaverträgliche Verkehrspolitik plädiert, gibt es in den westlichen Industriestaaten und insbesondere in Europa einen umfassenden Angriff auf die Existenz der noch bestehenden Eisenbahnsysteme.

Es lassen sich zehn Grundelemente identifizieren, die diese Anti-Eisenbahn-Politik charakterisieren – und zwar in ganz Europa (...)-

Vortrag, s. auch: [Weißbuch](#) der EU zum Verkehr (2011)

Winfried Wolf: Elektro-Pkw als Teil der Krise der aktuellen Mobilität. Oder: Die Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrswende, [isw-Report](#)

Weitere Stellungnahmen gegen die SNCF-"Reform" (auf Französisch):

Die Geringschätzung dieses öffentlichen Dienstes und die bisherigen "Reformen" beeinträchtigen die **Sicherheit des Bahnverkehrs** : [Interviews](#) von Bahnarbeitern (Video)

Einige [Richtigstellungen](#) über die Renten der Bahnbeschäftigten

Rede von [Adrien Quatennens](#) (France Insoumise) am 3.4. vor der Nationalversammlung gegen die SNCF-"Reform"



„Schulden? - Wir schulden nichts! Schulden , das sind die der Banken, von Vinci, Bouygues, Alstom usw. „

Solidarität

Hans-Gerd Öfinger: Höchste Eisenbahn für den europaweiten Schulterschluss von unten

Während deutsche Politiker jetzt gemeinsam mit Macron »Europa retten« wollen, sollten Gewerkschafter nicht vergessen: Von Banken, Konzernen und Lobbyisten formulierte EU-Richtlinien zur Liberalisierung von Bahnen und öffentlicher Daseinsvorsorge sind der Vorwand für Privatisierung und Ausplünderung. All dies ist kein Naturgesetz und muss wieder rückgängig gemacht werden. Höchste Eisenbahn für den europaweiten Schulterschluss von unten.

[ND Kommentar](#) vom 6. April 2018

[SiG 127](#), S. 24, Solidaritätserklärung von Alter Summit [Bericht](#) über eine Versammlung in Metz (Attac FR) über die Bahnarbeiterstreiks (3.4.2018)

Solidaritätserklärung von [Attac Deutschland](#) [Aufruf von intellektuellen](#) zur **finanziellen Unterstützung der Streikenden** :

In Frankreich verteilen die Gewerkschaften kein regelmäßiges Streikgeld: angesichts der vielen Streiks könnten sie es nicht schaffen! Mit dem, was in die Streikkasse kommt (vor allem Spenden), können die Streikenden finanziell unterstützt werden.

Kurze [Videos](#) über verschiedene Aktionen

Der Kampf der Eisenbahner ist entscheidend, weil der Liberalismus den ideologischen Kampf noch nicht gewonnen hat

Nach Ansicht des Forschers Willy Pelletier, Soziologe und Koordinator der Kopernikus-Stiftung sowie Mitautor des Buches „L'État démantelé“ („Der zerschlagene Staat“, 2010), liegen allen Privatisierungsprozessen derselbe Modus Operandi und ähnliche Rechtfertigungen zu Grunde.

Öffentliche Industrie- und Handelsniederlassung (Epic), Aktiengesellschaft (SA): Ist der Status eines öffentlichen Betriebes ein entscheidender Faktor für die Aufrechterhaltung eines öffentlichen Dienstes? Oder hätte er keine Auswirkungen, solange die Beteiligung überwiegend staatlich bleibt – wie es die Regierung erklärt?

Willy Pelletier: **Der öffentliche Dienst kann von privaten Unternehmen nicht zuverlässig geleistet werden.** Sie sind von kurzfristigem Denken geprägt und ihre Grundlage ist die Notwendigkeit des Gewinns. Der öffentliche Dienst muss jedoch nicht rentabel sein. Gerade die Frage des finanziellen Gleichgewichts – diese buchhalterische Vision – steht im Widerspruch zu den Aufgaben des öffentlichen Dienstes. Im Falle der SNCF sehen wir, dass solche Aufgaben bereits mit der Praxis des Wettbewerbs zwischen dem Unternehmen und seinen eigenen Tochtergesellschaften wie Ouibus, Ouigo oder der Straßenbahn T11 in Île-de-France beeinträchtigt wurden.

Haben die verschiedenen Regierungen ähnliche Methoden zur Privatisierung der Netzinfrastruktur eingesetzt?

Willy Pelletier: **Die Strategie des Ausplünderns des Landesreichtums ist fast allen Privatisierungen gemein.** Der erste Schritt besteht in der Aufteilung des Unternehmens in mehrere Einheiten – wie bei der Trennung von La Poste von France Télécom oder bei der Elektrizitätsgesellschaft EDF und bei der SNCF. Dadurch kann ein Verkauf scheinbar vorbereitet werden. Dann werden neben den Mitarbeitern, für die das Statut gilt, Lohnabhängige zu privatwirtschaftlichen Bedingungen eingestellt. Dieses Miteinander ungleicher Arbeitskräfte führt zur **Zerstörung von kollektiven Arbeitsweisen.** Bei La Poste hat sich die Zahl der befristeten Verträge vervielfacht, so dass diese Lohnabhängigen sich nicht mehr verteidigen können. Der Nachbar wird zum Fremden, zum Rivalen, zur Bedrohung. Dies führt zu einem nie da gewesenen **Leid bei der Arbeit**, mit Krankheitstagen, Burnout oder Selbstmord. Bei Pôle emploi hat man ehemalige ANPE-Berater und Assedic-Agenten zusammen-

gegan, sie waren aber unterschiedlich ausgebildet. Das bereitet den Boden für interne Störungen, die dann ausgenutzt werden, um zu erklären, dass das Unternehmen definitiv nicht funktioniert und es daher notwendig ist, seinen Status durch Privatisierung zu ändern. Dies ist die zweite Seite des Konkurses öffentlicher Unternehmen, die der Legitimation ihrer Zerschlagung Tür und Tor öffnet.

Im Buch „Der zerschlagene Staat“, das Sie 2010 zusammen mit Laurent Bonelli koordiniert haben, erklären Sie, dass diese Privatisierungen „mit Verleugnung, in Etappen oder auf Umwegen“ vorstatten gehen. Ist Privatisierungspolitik immer noch für eine Regierung schwer zu verantworten?

Willy Pelletier: Privatisierungen werden immer geleugnet, weil sie grundsätzlich unhaltbar sind. Die Franzosen sehen die Auswirkungen der Privatisierungen und des freien Marktes auf ihr Leben nur zu gut: Der Boss ist allmächtig, die Zukunft unsicher, die Arbeitsverhältnisse werden prekariert ... Die versprochene Effizienz bleibt immer aus. Postämter schließen, Strompreise steigen. Wenn öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, wird eine Zivilisation zerstört.

Wieso sind öffentliche Dienstleistungen eine Zivilisationsfrage?

Willy Pelletier: Das Wort ist nicht allzu stark. **Zivilisation** ist ein präziser soziologischer und historischer Begriff, den der Soziologe Norbert Elias als einen **langsamen Prozess der Unterdrückung privater Interessen definiert, mit dem Ziel, die Gewalt etwas zu vermindern.** So sprach auch Pierre Bourdieu 1995 die streikenden Eisenbahner an, als er meinte, dass es um die Zerstörung einer Zivilisation ging. Wenn die SNCF privatisiert wird, wird die Gewalt privater Interessen explodieren wie der Kurs der Aktien derjenigen, die sich die Eisenbahn aufteilen werden. Eine Aufgabe der SNCF ist die Raumplanung. Wer kann glauben, dass ein wenig Kohärenz entsteht, wenn man die Bahn dem Wirrwarr und dem Zusammenprall privater Interessen ausliefert? Erstens gibt es ein ökologisches Problem, wissen wir doch, dass der Verkehr ein

Drittel der Treibhausgasemissionen verursacht. Dann würden die unteren Bevölkerungsschichten die sozialen Auswirkungen der Privatisierung eben durch die Stilllegung von Nebenstrecken sehr stark spüren. Und die Zerstörung von Hunderten Kilometern Eisenbahnnetz würde zum Todesurteil anderer öffentlicher Dienstleistungen führen, insbesondere in armen ländlichen Gebieten. Die unteren Gesellschaftsgruppen würden in Enklaven und ohne Mobilität leben. Dieser Einschluss – in eine Welt, in der es keinen sozialen Schutz mehr gibt – begünstigt die Entwicklung der Konkurrenz aller gegen alle und verschafft der extremen Rechten von Marine Le Pen oder Laurent Wauquiez Wählerstimmen. Der Liberalismus hat den ideologischen Kampf noch nicht gewonnen, aber der Rückfall ins Private, der von jedem verlangt, dass er zum Kleinunternehmer seiner selbst wird, – und der uns ins 19. Jahrhundert zurückführt – ist hier am Werk. Deshalb ist der Kampf der Eisenbahner so ausschlaggebend, im wahrsten Sinne des Wortes. Ist er siegreich, können wir weiterkämpfen. Geht er verloren, sind alle Voraussetzungen für eine stärkere identitäre Abschottung erfüllt.

Eine schwerwiegende Verletzung des gleichberechtigten Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen?

Willy Pelletier: Die Privatisierung ist eine der Hauptursachen für das Verschwinden der öffentlichen Dienstleistungen in den Regionen. Die ärmsten Bevölkerungsgruppen sind die ersten Opfer dieser Haushaltsentscheidungen. „In den Jahren 1980 bis 1990 war Beaumont-sur-Oise (Val-d'Oise) ein angenehmes Städtchen mit Geschäften und Kleinindustrie“, sagt Thierry Franchi von Orange. „Das France-Télécom-Zentrum wurde als Erstes geschlossen, 220 Personen wurden arbeitslos. Dann kamen das Krankenhaus, das Finanzamt und schließlich die Post an die Reihe. Heute ist nur mehr von Beaumont die Rede, wenn dort Polizisten junge Leute verprügeln. Der Ort ist zur Sterbeanstalt geworden, nicht mal eine Bäckerei gibt es.“

<http://www.fondation-copernic.org/index.php/2018/05/08/2671/>

NOTRE-DAME-DES-LANDES

Das Großprojekt eines Flughafens in **Notre-Dame-des-Landes** im Westen Frankreichs wurde am 17. Januar 2018 aufgegeben. (mehrere Artikel dazu in [SiG 126](#), Reportage (3.4.18) von [franceinfo](#)).

Die französische Regierung verlangte von denjenigen, die auf der ZAD (Gelände des geplanten Flughafens) bleiben möchten, dass sie einen individuellen Genehmigungsantrag stellen. Demgegenüber bestanden die Menschen von der ZAD darauf, dass ihre kollektive Arbeits- und Lebensweise als solche respektiert wird.
(Beschluss der Nutzerversammlung am 5. April, [ACIPA](#))

Die französische Regierung stellte ein Ultimatum:

Diejenigen, die am 31. März keinen Antrag gestellt hätten, müssten mit einer Räumung und Zerstörung der Gebäude rechnen, die in den 5 Jahren der Besetzung errichtet worden sind.



- [Appell](#) der NutzerInnen des Gebiets zur Solidarität.

- [Erklärung](#) von Architekten und anderen: „Comme à la ZAD de Notre-Dame-des-Landes, défendons d'autres manières d'habiter“, = Andere Formen des Wohnens verteidigen - wie in NDDL
- [attac FR](#) warnt vor einer Räumung und ruft zur Solidarität auf.
[attac FR](#) ruft auch zur Mobilisierung gegen die geplante Räumung durch Aufbau eines dauerhaften Camps, wo besonders graue Köpfe willkommen sind ;)

„Widerstand gegen Macron und seiner Welt“ ist ein Beitrag von 100 Intellektuellen (8. April),

<https://solidaires.org/En-defense-de-la-ZAD-resister-a-Emmanuel-Macron-et-a-son-monde>

„ Seit 2013 hat die gesamte Bewegung ihren Willen bekräftigt, das Land der ZAD gemeinsam zu verwalten, was die Regierung nun ablehnt; sie droht vehement mit einer Räumung, die nichts rechtfertigt. Angesichts dieser Gefahr von Vertreibungen bekräftigen wir unsere unerschütterliche Solidarität mit allen Bewohnern der ZAD, unabhängig von ihrem Status, ihrer Wohnsituation, unabhängig davon, ob sie einen Eigentumstitel besitzen oder nicht, usw.

Wir sind nicht überrascht von der Entscheidung der Regierung, die Räumung mitten in sozialen Kämpfen durchzuführen - bei der SNCF, im öffentlichen Dienst oder an den Universitäten (ganz zu schweigen von den vielen anderen laufenden Mobilisierungen). Eine Räumungsaktion wird natürlich die immer heftigere und gemeinsame Ablehnung der Politik von Emmanuel Macron verstärken. Aber die Regierung setzt

zweifellos darauf, dass es ihr gelingen wird, durch die Vervielfachung der Fronten die laufenden Mobilisierungen zu zersplittern..

Wir müssen daher immer stärkere Allianzen bilden und uns dieser verrückten Militäroperation widersetzen, die mindestens 2.500 Soldaten und 1.500 Polizisten mobilisiert, um ein Gebiet zu evakuieren, in dem ein belastbarer und nachhaltiger Lebensstil aufgebaut wird.

Wir sind überzeugt, dass diese Kämpfe - zur Verteidigung der ZAD, der SNCF, wirklich offener Universitäten oder einer wirklich menschlichen Politik der Gastfreundschaft und der Aufnahme von Migrantinnen und Migranten - miteinander verbunden sind und dass sie an derselben Bewegung teilnehmen.(...)

Um ihr Projekt erfolgreich durchführen zu können, zielt die Regierung vorrangig auf die gesellschaftlichen Kräfte, die am ehesten nachhaltige Widerstandsnester darstellen.

Rund um die ZAD haben wir dank der Arbeit seiner Bewohner/innen einen fast fünfzigjährigen Kampf gegen den Flughafen und seine Welt führen können – eine Losung, die die Bewohner des ZAD durch ihre Fähigkeit, Verbindungen mit anderen Widerständen gegen andere Infrastrukturen herzustellen, oder durch die Umwandlung dieser wenigen Hektar Land in einen Raum des freundlichen Empfangs, des Experimentierens und der Widerstandsfähigkeit konkretisiert haben. Es muss uns jetzt gelingen, die ZAD zu verteidigen, so wie es uns gelingen muss, die SNCF, die Universität und alle öffentlichen Dienste gegen Emmanuel Macron und seine Welt – Neoliberalismus, Vermarktung, Privatisierung und Betonierung - zu verteidigen.“

Die Polizei fing am 9. April an, das Gebiet zu räumen; (viele Verletzte durch Granaten)

Berichte und Fotos hier: <https://reporterre.net/Zad-de-Notre-Dame-des-Landes-15-jours-de-resistance-a-l-intervention-militaire>

Am 9. April gab es Protestaktionen gegen die Räumung in über 80 Städten

„ Nach der Aufgabe des Flughafenprojekts Notre Dame des Landes zeigt die Regierung ihre Hartnäckigkeit, indem sie einen Teil der Bewohner der ZAD vertreibt. Weit entfernt von den Journalisten, die das Gebiet nicht betreten durften, begann die Polizei in dieser Nacht, viele Orte des Lebens zu evakuieren und zu zerstören. Während die Präfektur Loire-Atlantique behauptete, eine friedliche Lösung zu suchen, manifestiert sich heute die Gewalt des Staates. Dieser Staat, der versucht, die Bewohner des zu verteidigenden Gebiets zu spalten, während alle durch ihren Widerstand eine von vielen möglichen Welten aufgebaut haben. Die Regierung lehnte damit ein friedliches Ende des Konflikts ab, wie es in den 80er Jahren in Larzac möglich war, und widersprach ihren eigenen Verpflichtungen, indem sie „Les Cent Noms“ ausräumte, obwohl letzteres im Rahmen anerkannter landwirtschaftlicher Projekte vor Vertreibung geschützt werden musste.

Angesichts von Polizeigewalt und Vertreibungen rufen wir zum gemeinsamen Widerstand auf. Nein zu Vertreibungen, die ZAD wird leben. Wir rufen zur Mobilisierung auf, indem wir nach Notre Dame des Landes gehen, oder indem wir an den vielen lokalen Versammlungen teilnehmen.

- gemeinsamer **Appell von 35 Organisationen**, u.a. attac FR, 12.4.: Mit der Räumung der ZAD aufhören!

- ein weiterer kollektiver Appell, u.a. von attac FR, 12.4. : **[Schluss mit der Polizeigewalt!](#)**



Fotos der Seiten 12-14 aus dem Dossier von Reporterre: <https://reporterre.net/Notre-Dame-des-Landes-63>

„Das, was wir gemeinsam aufbauen, verbleibt.“

15. April: "Die Zeit ist gekommen - Kommt massenhaft!"

Aufruf

15 000 bis 20 000 Menschen haben es trotz Polizeisperren (samt Tränengas usw...) geschafft, auf das ZAD-Gelände zu kommen und zerstörte Bauten wieder aufzubauen. (Foto oben, weitere [hier](#) und Tagesberichte von [Reporterre](#))

Diese hat die Polizei am 16.4. wieder zerstört (Film der Polizei: <https://twitter.com/TaranisNews/status/985869296357335040> ; Bericht von [bastamag](#))

- [Bericht](#) und [Analyse](#) von Attac Frankreich - Presseerklärung von [COPAIn](#) , 17. April -

(18.4.) : [Appell](#) von vielen Organisationen in Frankreich - u.a. Attac FR - gegen das erneute **Ultimatum der Regierung** (Nicolas Hulot!) , **bis zum 23.4.** individuelle Anträge zur Nutzung der ZAD zu stellen.

Demgegenüber wollen die bisherigen Bewohner der ZAD einen kollektiven Vertrag

Am 20.4. hat eine gemeinsame Delegation der Bewegung der ZAD der Vertreterin der Regierung in Nantes ein **Dossier mit 35 Projekten vorgelegt**.

Hier die 35 Projekte:

https://zad.nadir.org/IMG/pdf/recap_schema_press.pdf

Gemeinsame Erklärung vom 21.4. (auch von [attac FR](#) unterschrieben) : "ZAD de NDDL : *Après le geste de dialogue du mouvement, le gouvernement doit mettre fin aux menaces !*" (ZAD von Notre -Dame-Des -Landes: nach dem Zeichen der Bewegung, den Dialog fortzusetzen, sollte die Regierung aufhören, zu drohen - gemeint ist die Drohung einer Räumung am 23.4.)



Am 17.Mai gab es eine weitere (Teil-)räumung. Im Einsatz waren 2000 Polizisten mit gepanzerten Fahrzeugen.



Bericht über die Solidarität mit der ZAD hier: <https://zad.nadir.org/spip.php?article5826>

... und es wurde wieder aufgebaut:



aktuelle Infos über die fortgesetzte Versuche, die ZAD (*Zone à défendre - zu verteidigendes Gebiet*) zu räumen und über die vielen **Widerstands- und Protestaktionen**.

Presseerklärungen von **ACIPA**

Mehrere Artikel von Attac Frankreich <https://france.attac.org/se-mobiliser/grands-projets-inutiles-et-imposes/>
Die ZAD verteidigen, um Alternativen aufzubauen - Artikel von Maxime Combes, attac FR

Attac Frankreich

Luxleaks: Whistleblower Antoine Deltour endlich freigesprochen

Dienstag, 15. Mai 2018

Antoine Deltour, einer der beiden Whistleblower in der Luxleaks-Affäre, wurde heute nach einem fast vierjährigen Prozess für seine Aktionen, die zu den Luxleaks führten, freigesprochen. Nach zwei Urteilen der luxemburgischen Gerichte hat das Kassationsgericht am 11. Januar diesen Jahres seinen Status als Informant anerkannt und das vorhergehende Urteil aufgehoben, das ihn zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1500 Euro verurteilt hatte.

Beim Prozess gegen Antoine Deltour vor dem Berufungsgericht ging es ausschließlich um das Kopieren von Schulungsunterlagen, als er sein Arbeitsverhältnis bei PwC beendete, wobei seine Handlungen im Zusammenhang mit Luxleaks-Materialien durch seinen Status als Whistleblower geschützt waren. Er muss dennoch die Gerichtskosten und einen symbolischen Betrag von einem Euro an die Zivilpartei zahlen.

Die Organisationen der Plattform „Paradis Fiscaux et Judiciaires“ begrüßen diese Entscheidung, die der vollen Anerkennung des vom Kassationsgericht Luxemburg notifizierten Status als Whistleblower Rechnung trägt. Sie sind jedoch besorgt über die Fragilität dieses Status. Laut Lison Reh binder, Koordinatorin der Plattform „Paradis Fiscaux et Judiciaires“ und Anwältin bei CCFD-Terre Solidaire, „haben Luxleaks-Whistleblower einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaften geleistet, aber anstatt dafür Dank zu ernten, mussten sie einen langen und erbitterten Rechtsstreit

führen. Während Antoine Deltour endlich freigesprochen wurde, wurde Raphaël Hallet verurteilt und muss den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen, um seinen Status als Whistleblower anerkennen zu lassen“.

„Damit sich dies nicht wiederholt, ist es dringend erforderlich, dass die Whistleblower wirklich geschützt werden. Während nun die Europäische Kommission im April eine Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern vorgelegt hat, könnte Frankreich die Whistleblower und Journalisten gefährden, indem es sich auf die Verabschiedung des Gesetzes über das Geschäftsgeheimnis vorbereitet, das sie noch schärferen Strafverfolgungsmaßnahmen aussetzen könnte. Die Enthüllungen der Luxleaks hätten verhindert werden können, wenn damals ein solches Gesetz in Kraft gewesen wäre; dabei waren sie unbestreitbar von gesamtgesellschaftlichem Interesse.“

Die Organisationen der Plattform Steueroasen sind ebenfalls besorgt über die Langsamkeit der Reformen zur steuerlichen Transparenz: „Die Enthüllungen der Luxleaks, dann die der Paradise Papers und weiterer Leaks haben gezeigt, wie die multinationalen Konzerne die Undurchsichtigkeit nutzen, um Steuern zu vermeiden. Um diesen Praktiken ein Ende zu setzen, muss die steuerliche Transparenz Priorität haben. Während die Europäische Kommission vor mehr als zwei Jahren einen Richtlinienentwurf zur länderbezogenen öffentlichen Berichterstattung vorgelegt hat, scheinen die Verhandlungen mangels einer Einigung

im Rat der Europäischen Union blockiert zu sein. Die Unterstützung Frankreichs, das lange Zeit eine führende Rolle in der europäischen Steuertransparenz spielte, ist von entscheidender Bedeutung, aber heute ist von Frankreich wenig zu hören. Doch diese Praktiken entziehen den Staaten Hunderte von Milliarden Euro, die sie zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen benötigen!“, sagt Lison Reh binder abschließend.

Die Organisationen der Plattform „Paradis Fiscaux et Judiciaires“ fordern Frankreich somit auf, das Recht auf Information und das allgemeine Interesse zu verteidigen – durch die strikte Beschränkung des Geltungsbereichs des Geschäftsgeheimnisses auf wettbewerbsfähige Wirtschaftsakteure im Gesetzesentwurf zum Geschäftsgeheimnis und durch die Unterstützung der notwendigen Maßnahmen auf europäischer Ebene, und zwar:

- die Verabschiedung wirklich schützender Rechtsvorschriften für alle Whistleblower, die Informationen von allgemeinem Interesse weitergeben, im Rahmen der von der Kommission im April vorgeschlagenen europäischen Richtlinie,
- vollständige Steuertransparenz für multinationale Unternehmen („Country-by-Country Public Reporting“-Richtlinie). Tatsächlich hätte der Luxleaks-Prozess niemals stattgefunden, wenn echte steuerliche Transparenzmaßnahmen in Kraft gewesen wären.

<https://france.attac.org/actus-et-medias/leflux/article/antoine-deltour-enfin-relaxe>

EU-Richtlinie zu den „Geschäftsgeheimnissen PETITION AN DIE FRANZÖSISCHEN PARLAMENTARIER

Meine Damen und Herren,

In Kürze werden Sie aufgefordert, über den Gesetzesentwurf über den „Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnissen) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung“ abzustimmen.

Dieser Text ist die Umsetzung einer EU-Richtlinie, die 2016 trotz Warnungen von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Journalisten und massivem Widerstand der Bürger angenommen wurde. Sie wurde von Vertretern der Lobbys der multinationalen Konzerne und Investmentbanken

entwickelt und stellt eine beispiellose Offensive gegen das allgemeine Interesse und das Recht der Bürger auf Information dar. Das "Geschäftsgeheimnis" hat schwerwiegende rechtliche, soziale, gesundheitliche und ökologische Auswirkungen. Unter dem Deckmantel des Unternehmensschutzes verhindert sie Informationen über die Praktiken der Unternehmen und die von ihnen vermarkteten Produkte. Skandale wie der Mediator- oder Bisphenol-A-Skandal oder Fälle wie die Panama-Papiere oder Lux-Leaks dürfen den Bürgern nicht mehr zur Kenntnis gebracht werden.

Durch die systematische Androhung langer

und kostspieliger Gerichtsverfahren ist dieses Gesetz eine massive Abschreckung für Journalisten, Gewerkschaften, Wissenschaftler, NGOs und Whistleblower.

Wir, die Unterzeichner dieser Petition, Informanten, Gewerkschaften, NRO, Journalisten, Forscher und einfache Bürger, sind gegen die Anwendung dieses Gesetzes in seiner jetzigen Form in Frankreich und fordern Sie auf, das Recht auf Information und die Interessen der von Ihnen vertretenen Bürger zu verteidigen, indem Sie die Ihnen vorgelegten Änderungsanträge annehmen, um seinen Anwendungsbereich auf konkurrierende Wirtschaftsakteure zu beschränken. <https://info.pollinis.org/fr/stopsecretaffaires/>

Vor zwei Jahren verabschiedete das Europäische Parlament eine umstrittene [Richtlinie zu Geschäftsgeheimnissen](#). Jetzt macht sich das deutsche Justizministerium daran, die darin enthaltenen Vorgaben in deutsches Recht umzusetzen. Wie sein aktueller [Gesetzesentwurf zeigt, den wir hier erstmals veröffentlichen](#), missachtet das Ministerium allerdings den Schutz von Whistleblowern und gefährdet die Informationsfreiheit. Aus: [Netzpolitik.org](#)

Europa - Kurz notiert

Faktencheck Europa - 8seitige Zeitung

- Arbeitskampf der französischen Eisenbahner gegen Bahnprivatisierung und für die Verteidigung sozialer Errungenschaften
- Militärunion in Europa („PESCO“)
- Die Forderung nach einer einheitlichen 30-Stunden-Woche in der EU
- Die ausbeuterische „Plattform-Ökonomie“ (Uber; Deliveroo etc.) und der Widerstand gegen diese
- Bilanz der Troika-Politik in Griechenland
- Der Umbau des ESM zu einem EFW mit dem Zwang zur Sparpolitik auf Kosten der EU-Bevölkerung
- Migration in der EU und Solidarität mit den Geflüchteten
- Aktivitäten gegen die neoliberale Politik in Deutschland, Griechenland, Frankreich, den Niederlande

Spanien

Rentner in Aufruhr - In ganz Spanien wird gegen die Regierung und für ein würdiges Leben protestiert

Tagesschau 24.3.2018; [ND 19.3.](#)

Spaniens Frauen streiken (8. März), Bericht [ND](#)

Attac Spanien zu den sozialen Kämpfen

Amazon Madrid, erster Streik (21.-22. März), volle Beteiligung : Das Unternehmen hatte den Betriebstarif, Ende 2016 ausgelaufen, nicht mehr verlängert und auch nicht neu verhandelt, sondern wollte den regionalen Logistik-Tarif zur Anwendung bringen, der unter anderem eine deutlich geringere Entlohnung für Überstunden vorsieht - Bericht auf [Labourmet](#)

Großbritannien

Carillion - wenn das Krankenhaus in Insolvenz geht, Susanne Wixforth, 7. Mai 2018

Die vom Baukonzern Carillion errichteten Bauwerke, wie Schulen, Gefängnisse und Straßen wurden auch gleich von diesem betrieben. Eine praktische Symbiose aus Sicht der britischen Regierung: Bau und Betrieb von Infrastruktur und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse konnten ausgelagert werden, somit auch die Verantwortung dafür. So sieht zumindest das Grundmodell der englischen Private Finance Initiative aus, die von den Regierungen beider Couleurs seit 1992 getragen wurde. Doch nun ist der Konzern insolvent. <https://www.awblog.at/wenn-das-krankenhaus-in-insolvenz-geht/>

Attac Österreich:

Banken schreiben wieder satte Gewinne

Die österreichischen Bankenrettungen kosteten 14,1 Milliarden Euro. Das sind um 10 Milliarden Euro mehr als die Bankenabgabe bisher eingebracht hat. Dennoch wurde die Bankenabgabe 2017 fast zur Gänze abgeschafft. Die österreichischen Banken machten daraufhin 2017 satte 6,6 Milliarden Euro Gewinn - um 31,7 Prozent mehr als 2016. Und wie bereits in unserem Newsletter 07/2018 erwähnt erhielt der Chef der BAWAG im vergangenen Jahr 14,1 Millionen Euro Gehalt.

10 Jahre nach der Finanzkrise sind die Großbanken noch immer "too big to fail" und viel zu schwach reguliert. In Europa und in den USA werden diese schwachen Regulierungen sogar wieder zurückgezogen oder abgebaut.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Finanzsektor der Gesellschaft dient - und nicht umgekehrt!

Bayern: Proteste gegen das neue Polizeigesetz

Der Präsident des Deutschen Anwaltvereins, Ulrich Schellenberg, sieht aus der polizeilichen Praxis heraus keine Notwendigkeit, den Gefahrenbegriff im bayerischen Polizeiaufgabengesetz zu ändern. www.deutschlandfunk.de, Interview Hören bis: 21.11.2018 05:47 http://podcast-mp3.dradio.de/podcast/2018/05/15/bayerisches_polizeigesetz_interview_mit_ulrich_dlf_20180515_0647_903ee875.mp3

Schweiz: Blutiges Nestlé Wasser

MultiWatch verteilte an die Generalversammlung von Nestlé vom 12.4.2018 „blutiges Wasser“ an die Aktionär*innen. Das blutige Wasser steht symbolisch für die Tatsache, dass Nestlé mit ihrer aggressiven Privatisierungsstrategie den Menschen die Lebensgrundlage entzieht. Das am 28. Juli 2010 von der UNO Generalversammlung als Menschenrecht anerkannte **Recht auf Wasser** wird dadurch permanent verletzt. Nestlé betreibt mit diesem lebenswichtigen öffentlichen Gut das gleiche profitorientierte Geschäft wie mit allen anderen Handelswaren in seinem Sortiment. Das Wasser wird zu Spottpreisen erworben und mit einem bis zu 2000-mal höheren Preis weiterverkauft.

Millionen-Zahlungen der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) an die umstrittene Water Resources Group

Mit der öffentlich-privaten Plattform *Water Resources Group* bezweckt Nestlé ihre Rolle im Wassersektor positiv darzustellen und sich insbesondere im Globalen Süden den Zugang zum Wasser zu sichern. Dabei erhält der Konzern prominente Unterstützung von der DEZA. Neben Spenden in Millionenhöhe an die *Water Resources Group*, bot die DEZA dem Unternehmen im *Swiss Pavillon* am diesjährigen Weltwasserforum in Brasilia eine prominente Plattform.

Aktuell führt Nestlé umstrittene Verhandlungen mit der **brasilianischen Regierung**, um sich den Zugang zu wichtigen Wasserquellen im Süden des Landes zu sichern. Während des Wasserforums **besetzten** deshalb **rund 600 Frauen** der brasilianischen **Landlosenbewegung MST** (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) **den Sitz von Nestlé Waters in São Lourenço**, im Südosten von Brasilien.

Die Kritik an der Unterstützung von Nestlé durch die DEZA wächst sowohl in der Schweiz als auch in Brasilien. Am 29. März haben 35 Organisationen aus Brasilien einen offenen Brief an die DEZA geschrieben. Darin fordern sie die DEZA auf in Zukunft von solchen finanziellen Unterstützungen von öffentlich-privaten Partnerschaften abzusehen, finanzielle Unterstützung und Know-How vermehrt in öffentlich-rechtlich geführte Wasserversorgungssysteme nach dem Modell der Schweiz fließen zu lassen und Massnahmen zu ergreifen, um die demokratische Kontrolle des Wassers als öffentliches Gut zu stärken.

offener Brief aus Brasilien in Portugiesisch und Deutsch
<https://multiwatch.ch/aktivitaet/am-nestle-wasser-klebt-blut-auch-mit-hilfe-schweizer-entwicklungshilf/>
<https://multiwatch.ch/konzern/nestle/>

Am 25.5. steht in Bonn die **Hauptversammlung von BAYER zur Fusion mit MONSANTO** an.
<http://www.cbgnetwork.org/6731.html>

Gegen AMAZON, Aktionen am 24. April in Berlin:
[Verdi-Bericht](#)

Norman Paech

Die Militarisierung der EU

Europa wird in den politischen Reden immer noch als Sehnsuchtsort einer besseren Zukunft gehandelt, als historisch notwendiger und letztlich geglückter Fortschritt auf eine höhere Stufe gesellschaftlicher Entwicklung. Dabei spielen die durchaus nachweisbaren Erfolge der europäischen Integration auf ökonomischer und politischer sowie kultureller Ebene eine wichtige Rolle. Die Europäische Union wird als Wirtschafts- und politische Union wahrgenommen, nicht aber als „Verteidigungsunion“, wie sie Ministerin Ursula von der Leyen jüngst nannte. Und wer von der „Militarisierung“ der EU spricht, stößt zumeist auf Unverständnis oder wird der Provokation bezichtigt. Wer aber von der Krise der EU spricht, darf diese nicht nur an dem unbestreitbaren demokratischen Defizit, dem bürokratischen Aufwuchs der Exekutive, dem neoliberalen Grundkonsens der Kommission und der Bürgerferne der Institutionen festmachen. Er muss auch von der zunehmenden Militarisierung der EU trotz und neben der NATO sprechen.

1. Von den unbemerkten Anfängen...

Dies begann praktisch schon **1999**, als auf den Ratsgipfeln in Köln und Helsinki im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) die Aufstellung einer EU-Interventionstruppe, die European Rapid Reaction Force, beschlossen wurde. Das machte für die Einsatz- und Kriegsplanung die Einrichtung u.a. eines Militärausschusses notwendig, die 2000 erfolgte, und den Entwurf einer „Europäischen Sicherheitsstrategie“, die **2003** verabschiedet wurde.

2004 wurden die sog. *Battlegroups* beschlossen und die *Europäische Verteidigungsagentur (EDA)* eingerichtet. Sie soll sog. Fähigkeitslücken identifizieren, die eine effektive Kriegsführung behindern, und Rüstungsprojekte EU-weit anregen und entwerfen.

Parallel zu diesem Aufbau militärischer Fähigkeiten erfolgte die *Expansion der EU vor allem nach Osten*, welche die Anzahl der Mitgliedstaaten von 15 auf jetzt 28 ansteigen ließ. Seit 2004 wurde mit der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ der Einfluss der EU auf 15 Länder von Nordafrika bis zum Kaukasus ausgedehnt. Mittels sog. Assoziationsabkommen werden die Staaten einer neoli-

beralen Renovierung unterzogen und der europäischen Wirtschaftszone ohne Beitrittsangebot angegliedert.

Nachbarschaftspolitik bedeutet allerdings weitaus mehr als nur ökonomische Beteiligung. Mit ihr ist der Anspruch der EU als Ordnungsmacht mit militärischen Befugnissen verbunden. Was der damalige Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Sicherheitskonferenz in München 2017 mit der gestiegenen Verantwortung der Bundesrepublik in den Konflikten der Welt meinten, hatte die ehemalige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton bereits 2013 deutlicher formuliert, nämlich „*dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss... Die Union muss in der Lage sein, als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in ihrer Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein. Strategische Autonomie muss sich zuerst in der Nachbarschaft der Europäischen Union materialisieren.*“ [1]

Obwohl das ganze Projekt etwas ins Stocken geriet, als Franzosen und Niederländer den 2003 verabschiedeten EU-Verfassungsvertrag in ihren Referenden 2005 scheitern ließen, hat die Bundeswehr ihre Soldaten in 12 Militäreinsätze von Mazedonien bis in die Zentralafrikanische Republik entsandt.

Hinzu kommen sog. Ertüchtigungsinitiativen der Ausbildung und des Trainings in Irak, Jordanien, Tunesien, Mali und Nigeria. Sie werden überwiegend als Maßnahmen der Entwicklungshilfe aus dem Entwicklungshilfe-Haushalt finanziert.

Das Finanzierungsverbot des Art. 41 II EU-Vertrag wird so umgangen unter Berufung auf die „Arbeitsbekämpfung“, die gem. Art. 208 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV), „ein Hauptziel in diesem Bereich (Entwicklungszusammenarbeit)“ sein soll. Militärausbildung als Arbeitsbekämpfung – für Juristen kein Argumentationsproblem.

Um den Rüstungshaushalt zu entlasten, werden auch andere Maßnahmen mit militärischer Bedeutung aus dem EU-Budget finanziert. So etwa aus dem Stabilitätsinstrument (bis 2020 2,33 Mrd. Euro) oder aus dem Forschungsetat (bis 2020 ca. 2 Mrd. Euro). Aus ihm wird z.B. die

Entwicklung von Drohnen mitfinanziert, und aus dem Agrarhaushalt sollen bis 2020 rund 11,3 Mrd. Euro zur Finanzierung der Satellitensysteme Galileo/Kopernikus, die auch militärisch genutzt werden sollen, fließen.

Die „African Peace Facility“ erhält so seit 2004 1,9 Mrd. Euro aus dem „Europäischen Entwicklungsfonds“ nicht etwa für zivile Entwicklungs- und Friedensprojekte, sondern für den Aufbau afrikanischer Interventionstruppen und die Militäreinsätze der AU. Im September 2016 hatte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker seinen Vorschlag für einen „Europäischen Verteidigungsfonds“ mit den Worten angekündigt: „*Europa muss Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungspolitik. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.*“

2. ... zu den Verpflichtungen des Lissabon-Vertrages.

Was 2003 mit der EU-Verfassung nicht gelang, wurde 2009 mit dem Lissabon-Vertrag nachgeholt. Hier sind jetzt im Abschnitt 2 „Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in weitgehend identischem Wortlaut mit dem gescheiterten Vertrag jene Ziele und Vorhaben festgeschrieben, die den weiteren Ausbau der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten garantieren. So heißt es in Art. 42 EUV: „*Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.*“ Im Protokoll 10 des Vertrages wird präzisiert, was das bedeutet: die Verteidigungsfähigkeit ausbauen und sich an den wichtigsten europäischen Rüstungsprogrammen zu beteiligen, die sog. *Battlegroups* aufstellen und gegebenenfalls Truppen in Kriegseinsätze der EU entsenden.

Zwei sehr unterschiedliche Ereignisse in den Folgejahren gaben dem Militärprojekt neuen Schub. Der Krieg gegen Libyen 2011, in dem die USA den Europäern die Führung überließen, offenbarte, dass Großbritannien und Frankreich als Repräsentanten der NATO allein nicht in der Lage waren, die komplexen Aufgaben

und Anforderungen einer solchen Militärintervention, die weit über den vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1973 gesetzten Rahmen hinausging, zu bewältigen. Sodann wurde mit der Austrittsentscheidung Großbritanniens aus der EU auch offen ausgesprochen, dass die Engländer über viele Jahre hinweg die Militarisierung der EU blockiert hatten – ganz offensichtlich im Interesse der USA, die auf die NATO setzten. Verteidigungsministerin von der Leyen fiel ein Stein vom Herz: „Wir haben lange Rücksicht nehmen müssen auf Großbritannien, weil Großbritannien konsequent diese Themen nicht wollte.“[2]

Unmittelbar danach im Juni 2016 nahm der EU-Rat eine neue EU-Globalstrategie an, die die bisherige Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ersetzte. Ihr Rahmen ist in der Tat jetzt global definiert und hat mit der klassischen Verteidigung, wie sie noch im Grundgesetz und NATO-Vertrag verankert ist, nichts mehr zu tun: „Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ocean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“[3] Mit seinem „Implementierungsplan zur Sicherheit und Verteidigung“ konkretisierte der Rat seine Vorstellungen davon, wie diese Globalstrategie umgesetzt werden sollte: durch eine generelle Erhöhung der Militärkapazitäten. Dazu war es notwendig, die Rüstungsforschung mit 500 Mio. € zu forcieren und die Beschaffung von Rüstungsgütern mit 5 Mrd. € anzukurbeln. Notwendig waren diese Maßnahmen deswegen, weil der EU-Vertrag die Verwendung von EU-Geldern für Militärausgaben untersagt.

3. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ – PESCO

Eine der Strukturentscheidungen, die Großbritannien immer blockiert hatte, ist die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ). Sie war schon im Lissabon-Vertrag von 2009 vorgesehen und Jean-Claude Juncker hatte auf ihre Realisierung gedrängt. Denn mit ihr hätte das Konsensprinzip durchbrochen werden können. Wichtige Teile der Militärpolitik, wie die Beteiligung an Militäreinsätzen und an den relevanten Rüstungsprojekten, würden dann durch eine kleine Gruppe mit Mehrheitsentscheidung schneller und effizienter erledigt werden. Diesem immer umstrittenen „Europa der zwei Ge-

schwindigkeiten“ ist man nun im **November 2017** zumindest im Bereich „Sicherheit und Verteidigung“ mit der Unterschrift (Notifizierung) von 23 der 28 EU-Staaten unter ein Dokument zur engeren militärischen Kooperation mit dem Kürzel **PESCO (Permanent Structured Cooperation)**[4] näher gekommen.

Damit möchte man der Union mehr „strategische Autonomie“ verschaffen, was vor allem militärische Unabhängigkeit von und Selbständigkeit gegenüber den USA heißt. Das Dokument formuliert 20 konkrete Teilnahmebedingungen wie die regelmäßige Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die Beteiligung an gemeinsamen Rüstungsprojekten, die Bereitstellung von Soldaten für die Krisenreaktionskräfte etc. Alle Mitglieder haben über die Realisierung dieser Bedingungen und ihren genauen Beitrag zur engeren Kooperation einen Plan vorzulegen. Er soll regelmäßig überprüft werden. Das ist zwar noch nicht die von Ursula von der Leyen anvisierte „Sicherheits- und Verteidigungsunion“ mit einer eigenen Europa-Armee, aber der Weg ist vorgezeichnet.

Auch dieses Dokument ist wiederum **ohne Mitwirkung der jeweiligen Parlamente** von den Exekutiven erarbeitet und verabschiedet worden – ein weiteres Beispiel des bedenklichen Demokratiedefizits in der EU. Aber ebenso wie seinerzeit die Klage gegen die Entscheidung der NATO-Staatschefs im April 1999, die NATO von einem Verteidigungs- in ein Interventionsbündnis umzuwandeln, vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 22. November 2001 verworfen worden ist, würde auch eine Klage gegen PESCO dort keine Chance haben. Denn das Bundesverfassungsgericht hielt die Umwandlung der NATO, für die die Beteiligung des Bundestages mit der Klage eingefordert wurde, lediglich für eine Erweiterung des Aufgabengebietes im Rahmen des NATO-Vertrages. Im Wortlaut: „Zwar enthält das Konzept 1999 die im Ursprungsvertrag nicht implizierte Erweiterung auf Krisenreaktionseinsätze außerhalb des Bündnisgebiets. Hier ist das Konzept 1999 gegenüber dem NATO-Konzept von 1991 wesentlich verändert worden... Dennoch ist eine objektive Vertragsänderung nicht festzustellen, es handelt sich um eine Fortentwicklung und Konkretisierung der offen formulierten Bestimmungen des NATO-Vertrages: Der Nordatlantikat erklärt ausdrücklich, Zweck und Wesen des Bündnisses blieben unverändert.“[5] Nicht nur dem Laien mag es nicht recht einleuchten, dass die Umwandlung der NATO von einem Ver-

teidigungs- in ein Interventionsbündnis zwar eine „wesentliche Veränderung“ bedeutet, nicht aber eine „objektive Vertragsänderung“, die die Zustimmung des Parlaments erfordert hätte. Die Wege auch des obersten Gerichts sind oft unerforschlich, doch so viel lässt sich feststellen, dass seine Rechtsprechung „exekutivlastig“ ist und erkennen lässt, wie es einer Klage auf Parlamentsbeteiligung gegen PESCO ergehen würde. Denn PESCO baut die Interventionsfähigkeit der EU nur aus, versucht das militärische Potential zu stärken und den effektiveren Einsatz zu organisieren. Das ist in den Augen des Bundesverfassungsgerichts allein Aufgabe der Exekutive, bei der die Legislative keine Mitwirkung beanspruchen kann. Im Rahmen der EU ist die Stellung der Parlamente zudem noch schlechter als in der Bundesrepublik. Wie Artikel 42 AEUV bestimmt, kann das Parlament zwar Fragen stellen und Empfehlungen geben, jedoch nicht mitentscheiden.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD hieß es 2013 noch: „Wir streben einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann.“ Auf dem Weg zu einer europäischen Streitmacht hat die Koalition schon entscheidende Schritte gemacht. Die lückenhafte parlamentarische Kontrolle hat sie jedoch offensichtlich für ausreichend erachtet und deshalb auch im neuen Koalitionsvertrag nicht mehr erwähnt.

Wichtiger als die demokratische Kontrolle ist ihr zweifellos die Stärkung der militärischen Fähigkeiten für die zukünftigen Einsätze im neokolonialen Bogen ihrer Interessen vom Mittleren Osten bis nach Westafrika und gegenüber der neuen „Bedrohung“ aus dem Osten.

Bei der Verlegung US-amerikanischer Truppen nach Polen und in die Baltischen Staaten hatte sich gezeigt, dass der Transit derartiger Einheiten mit schwerem Militärgerät nicht nur durch unzureichende Infrastruktur (Brücken, Straßen, Unterführungen), sondern auch durch bürokratische Genehmigungs- und Zollverfahren behindert und verzögert wird.

Deshalb hat die EU einen Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität erarbeitet. Ziel ist der Ausbau der Transportinfrastruktur, um die NATO-Truppen schnell und ungehindert an die „Ostfront“ bringen zu können. Dabei soll das „Trans-europäische Transportnetzwerk“ (Trans-European Network for Transport, TEN-T) mit seinem Netz von Verkehrskorridoren,

welches sich durch alle Staaten der EU zieht und Straßen, Schienen, Wasserwege, Häfen und Flughäfen umfasst, auch militärisch genutzt werden. Die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc will der militärischen Nutzung sogar Vorrang einräumen: „Wir brauchen eine Priorität für den militärischen Bedarf, schon bei der Planung neuer Verbindungen.“ [6] Dazu gehört dann auch der Aufbau eines neuen Hauptquartiers, das die bessere Mobilität organisieren und garantieren soll, und um das sich Deutschland bewirbt.

4. Was treibt die EU an?

Kommen wir zum Schluss und zu der Frage, was die europäische Politik dazu treibt, neben der NATO eine weitere Streitmacht mit eigenen Institutionen, eigenem Budget und eigenem Personal aufzubauen.

Sie soll im Ernstfall mit der NATO kooperieren, beide Streitmächte sollen sich ergänzen und unterstützen, aber gleichzeitig strebt die EU nach strategischer Autonomie. Die Unabhängigkeit von den USA, die Großbritannien immer verhindern wollte, ist zweifellos einer der Hauptgründe, die insbesondere die „Beinfreiheit“ der beiden dominierenden Militärmächte in der EU, Frankreich und Deutschland, erweitern würde. Dazu mag auch zählen, dass eine Neugründung unter der Marke EU seine Einsätze relativ unbelastet vom negativen Image einer Interventionsarmee (NATO in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen etc.) planen kann. Die herrschende Wahrnehmung der EU als zivile politische und ökonomische Organisation und die angestrebte Verknüpfung militärischer Aktionen mit der Entwicklungshilfe mögen als Schafspelz über der Wolfsgestalt die wahren strategischen Interessen verdecken.

Entscheidend ist aber auch die Konstruktion eines äußeren Feindbildes mit einem Bedrohungsszenarium, welches aus einer Kombination von realen Entwicklungen und imaginierten Projektionen neue unmittelbare Gefahren heraufbeschwört. Beispielfhaft zitiert Andreas Wehr eine

Studie des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der es heißt: „Der strategische Kontext, in dem sich die Europäische Union befindet, ist in den letzten zehn Jahren deutlich angespannter geworden. Im Osten hat die wieder erstarrende Macht Russlands zu zwei Konflikten mit seinen Nachbarn geführt: erst 2008 in Georgien, dann 2014 in der Ukraine. Im Süden folgten auf die Hoffnungen des ‚arabischen Frühlings‘ von 2010 Konflikte in Libyen und Syrien, deren Folgen sich nun auch in der Flüchtlingskrise niederschlagen, mit der Europa konfrontiert ist. Der islamistische Terrorismus (...) hat sich auf die Sahelzone und anschließend auf den Irak und Syrien ausgeweitet. Zu diesen Bedrohungen in der unmittelbaren Nachbarschaft kommen noch weitere beunruhigende geopolitische Entwicklungen hinzu, wie die Spannungen im Chinesischen Meer oder das Risiko einer Destabilisierung durch die Verbreitung von Kernwaffen in Nordkorea und im Iran.“ [7]

Es ist schon seltsam, mit welcher Chuzpe die Autoren die EU in der Rolle des Opfers sehen, ohne die **aktive Verantwortung der EU-Staaten** z.B. bei der Einkreisung Russlands durch die NATO oder die Verantwortung für die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens in den Blick zu bekommen.

Die permanente Zuspitzung der militärischen und diplomatischen Situation gehört offensichtlich zum Konzept, um die EU in eine „Sicherheits- und Verteidigungsunion“ (von der Leyen) zu verwandeln. Es ist relativ gleichgültig, ob die Triebfeder in der Überwindung innenpolitischer Schwierigkeiten liegt, wie Theresa Mays Probleme mit der Umsetzung des Brexit, in der Sicherung der alten kolonialen Claims, wie für Frankreich in Westafrika oder in der Angst, bei der Verteilung der Beute nach Beendigung der Kriege leer auszugehen, wie im Mittleren Osten von Afghanistan über Irak bis Syrien. Die europäische Beteiligung an diesen Kriegen oder ihre Inszenierung erfordert nicht nur verbale europäische Solidarität, sondern aktiven militärischen Beistand. Darin waren sich der damalige

Außenminister Gabriel und die Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 einig. „Europa braucht ... eine gemeinsame Machtprojektion in die Welt“, meinte Gabriel, bei der man „auf das Militärische ... nicht ... verzichten“ dürfe. Und von der Leyen bekräftigte, dass zu den militärischen „Fähigkeiten und Strukturen“, die man aufgebaut habe, nun nur noch „der gemeinsame Wille“ hinzukommen müsse, „das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen“. [8] Das ist das Gebot für eine eigene Streitmacht auch der EU, wie sie immer deutlicher entsteht. Sie wird aber wohl kaum zur Überwindung der Krise der EU durch die „Einheit von Frieden und Sozialem“ beitragen.

[<1] Catherine Ashton, Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence, Brussels, 15. October 2013, S. 2.

[<2] Pany, Th., Nach Brexit: Von der Leyen für mehr militärische EU-Zusammenarbeit, Telepolis, 14. Juli 2016.

[<3] Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa, Brüssel 28. Juni 2016.

[<4] Permanent Structured Cooperation – PESCO. Deepening Defence Cooperation among EU Member States. Eeas.europa.eu, 19. Oktober 2017; Rat der Europäischen Union, Schlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU, 14190/17, v. 13. November 2017.

[<5] BVerfG Urteil v. 22. November 2001, 2BvE 6/99, Pressemitteilung Nr. 105/2001 v. 22. November 2001.

[<6] Detlev Drewes, Panzerstraßen für Europa, sz-online.de 11. November 2017.

[<7] [Erneuerung der GSVP – hin zu einer umfassenden, realistischen und glaubwürdigen Verteidigung in der EU](#)

[<8] Zitate aus den Reden der beiden Ministern am 1. Februar und 17. Februar 2018. Vgl. [german-foreign-policy.com – Die Machtprojektion der EU](#) & [german-foreign-policy.com – Der Start der Militärunion](#).

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=43424#more-43424>

**Walter Listl: Europa wird zerfallen, wird es nicht demokratisiert
und zur tödlichen Gefahr, wird es nicht entmilitarisiert**
[isw-München](#), 14.5.2018

Sabine Lösing, Jürgen Wagner

Kreative Aufrüstung

Der jüngst vorgestellte **EU-Haushaltsentwurf für die Jahre 2021 bis 2027** sieht steigende Ausgaben für Rüstung und militärische Infrastruktur vor. Dazu werden geschickt bestehende Regularien umgangen.

Im März 2018 stellte ein von der EU-Kommission in Auftrag gegebener »Aktionsplan für militärische Mobilität« Probleme im Falle eines Truppen- und Materialtransports innerhalb Europas fest. Im EU-Haushaltsentwurf sind nun eigens Mittel für Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen.

Sabine Lösing sitzt für die Partei Die Linke im EU-Parlament. Sie ist verantwortlich für Außen- und Sicherheitspolitik. Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI).

Am 2. Mai 2018 legten EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker und Haushaltskommissar Günther Oettinger den Entwurf für den nächsten »Mehrjährigen Finanzrahmen« (MFR) der Europäischen Union vor. Das **EU-Budget für die Jahre 2021 bis 2027** soll knapp **1.280 Milliarden Euro** und damit trotz ausfallender britischer Beiträge deutlich mehr als im vorherigen Zeitraum (1.087 Mrd.) betragen.

Der Entwurf hat es vor allem aus vier Gründen in sich:

Erstens sollen die innerhalb der EU verausgabten Mittel für die Agrar- und Sozialpolitik deutlich gekürzt werden.

Zweitens wird beabsichtigt, die »Auslandsinstrumente« unter machtpolitischen Gesichtspunkten zu bündeln.

Drittens schlägt die Kommission die erstmalige – und eigentlich illegale – Einrichtung eines Budgettitels »Sicherheit und Verteidigung« und damit faktisch eines EU-Rüstungshaushalts vor.

Und viertens soll eine »Europäische Friedensfazilität« außerhalb des EU-Budgets eingerichtet werden, um bislang existierende rechtliche Beschränkungen für die Finanzierung militärischer Vorhaben noch weiter zu umgehen.

Machtpolitisch irrelevant

Vor allem aufgrund der teils starken Etatsteigerungen in den außen- bzw. militärischen Bereichen wurde bei den Ausgaben innerhalb der EU der Rotstift ange setzt. Betroffen sind besonders zwei Budgettitel: Gekürzt werden sollen einmal die **EU-Agrarhilfen**, die durchaus zu Recht immer wieder in die Kritik geraten sind, da sie die bäuerliche Landwirtschaft im globalen Süden hochgradig schädigen. Allerdings dürfte dies kaum die Ursache dafür sein, dass hier Gelder eingespart werden sollen. Bedeutsamer ist wohl, dass diese Ausgaben unter machtpolitischen Gesichtspunkten als relativ nachrangig eingestuft werden. Insgesamt sollen die Gelder in diesem Bereich im Schnitt um fünf Prozent gekürzt werden, was vor allem Frankreich (2014–2020: 54

Mrd. Euro) und Spanien (2014–2020: 34,58 Mrd.) treffen würde. Auch Deutschland (2014–2020: 34,7 Mrd.) müsste mit einer geringeren finanziellen Unterstützung rechnen, im Vergleich zu Größe und Wirtschaftsleistung aber in deutlich kleinerem Umfang.¹

Auch den **Kohäsionsfonds** will die EU-Kommission von 63,4 Milliarden Euro im Zeitraum 2014 bis 2020 auf knapp 47 Milliarden deutlich zurückfahren. Dies wird ausschließlich zu Lasten der armen EU-Länder gehen, da diese Gelder laut Eigenangaben dafür gedacht sind, die eklatanten Wohlstandsgefälle innerhalb der EU schrittweise zu verringern: »Der Kohäsionsfonds wurde für EU-Staaten mit einem Bruttonationaleinkommen pro Einwohner unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts eingerichtet. Sein Ziel ist der Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.«²

Auf ein weiteres, besonders perfides und potentiell weitreichendes Vorhaben der Kommission weist in diesem Zusammenhang das Nachrichtenportal German-Foreign-Policy.com (3.5.2018) hin. So habe der EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger eine Vorlage der Bundesregierung aufgegriffen, nach der die Vergabe von Kohäsionsmitteln künftig an die »Einhaltung rechtsstaatlicher Grundprinzipien« gekoppelt werden solle: »Aktuell wären potentiell Polen und Ungarn betroffen, die wegen verschiedener antidemokratischer Maßnahmen weithin scharf kritisiert werden. Auf lange Sicht handelt es sich allerdings um einen Präzedenzfall, der prinzipiell die Option denkbar erscheinen lässt, allgemein missliebige Schritte von EU-Staaten finanziell zu sanktionieren.« Für eine Sanktionierung solle Oettinger zufolge eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat erforderlich sein. Da Deutschland und Frankreich nach dem »Brexit« hier fast über eine Sperrminorität verfügen, würde ihnen dies künftig eine noch umfassendere Einflussnahme auf ärmere Länder ermöglichen.

Bündelung der Außenpolitik

Schon seit Jahren schreibt sich die EU auf die Fahnen, nach außen hin einen »umfassenden Ansatz« (Comprehensive Approach) anzustreben. Entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitische Instrumente sollen dabei »kohärent« zur Durchsetzung von EU-Interessen eingesetzt werden. Bislang wehren sich vor allem Vertreter der Entwicklungspolitik noch halbwegs erfolgreich dagegen, komplett vor den Karren staatlicher Machtpolitik gespannt zu werden. Sie pochen statt dessen darauf, ihre Gelder seien der unmittelbaren Armutsbekämpfung und nicht irgendwelchen anderen Anliegen vorbehalten. In früheren EU-Haushalten ermöglichten eigene Finanzierungsinstrumente dem Bereich der Entwicklungspolitik – wo gewollt – noch einen gewissen Grad an Autonomie, auch wenn spätestens seit der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Jahr 2010 sicherheitspolitische Akteure und damit Interessen immer mehr Einfluss auf die Geldverteilung nehmen. So warnte etwa Concord, ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, im Februar 2018 in einem Bericht: »Während heute immer weniger Hilfe in den am wenigsten entwickelten Ländern geleistet wird, setzt die EU zunehmend Entwicklungsgelder zugunsten nationaler und außenpolitischer sowie sicherheitspolitischer Interessen ein.«³

Der EU-Haushaltsentwurf sieht nun vor, das »Nachbarschaftsinstrument«, das »Entwicklungsinstrument« und das »Instrument für Internationale Zusammenarbeit« mit einem Gesamtbudget von 89,5 Milliarden Euro zusammenzuführen. Der Tendenz, Entwicklungshilfegelder primär nach strategisch-interessenpolitischen Gesichtspunkten zu vergeben, dürfte hierdurch weiter Vorschub geleistet werden. So kritisierte etwa Martina Fischer von »Brot für die Welt«: »Dieser Zuschnitt gibt Anlass zur Besorgnis, dass entwicklungspolitische Instrumente, die sich mit langfristigen Maßnahmen auf die Über-

windung von Armut sowie wirtschaftliche und soziale Perspektiven in den bedürftigsten Ländern richten sollten, mehr und mehr ihrem eigentlichen Zweck entfremdet werden und dass die Mittel vorrangig solchen Ländern zugute kommen, die bereit sind, mit der EU in der Abdichtung von Grenzen und Migrationsabwehr zu kooperieren.«⁴

Um die absehbaren Folgen dieser Politik für das EU-Zentrum abzumildern, sollen zudem bedeutend mehr Mittel für die Migrationsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden. So beabsichtigt die Kommission, die Zahl der Mitarbeiter der Grenzkontrollagentur Frontex von aktuell 1.200 bis 2027 auf 10.000 aufzustocken. Dementsprechend soll auch das Budget für »Migration und Grenzmanagement« von 12,4 Milliarden im letzten Haushalt auf knapp 35 Milliarden Euro anwachsen.

»Military Schengen«

Als wäre das nicht schon problematisch genug, verbirgt sich der eigentliche Knackpunkt des Haushaltsentwurfes hinter dem **Budgettitel »Sicherheit und Verteidigung«**. Dabei handelt es sich um ein echtes Novum, war es bislang doch nur unter größten Mühen möglich, das EU-Budget für Militärausgaben zu nutzen. Der Grund hierfür findet sich in Artikel 41(2) des Lissabon-Vertrages, der es – eigentlich – verbietet, Ausgaben der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« mit »militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« aus dem EU-Haushalt zu bestreiten, sofern der Europäische Rat nicht einstimmig anderes beschließt. Lange pochte vor allem Großbritannien auf eine strikte Auslegung dieses Artikels, doch mit seinem absehbaren Abtreten von der EU-Bühne scheinen nun nahezu alle rechtlichen und finanziellen Dämme zu brechen.

Der Budgettitel »Sicherheit und Verteidigung« gliedert sich in zwei große Teilbereiche: Beachtliche 6,5 Milliarden Euro sollen für »*Militärische Mobilität*« (bekannter unter dem Schlagwort »Military Schengen«) eingestellt werden.⁵ Künftig soll dabei in enger Abstimmung mit dem wohl am Standort Ulm geplanten NATO-Logistikzentrum die schnelle Truppenverlegung innerhalb Europas – und mit Blick auf Russland insbesondere an die Ostflanke – »verbessert« werden. Bereits im November 2017 schlugen die Kommission und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in einer »Gemeinsamen Mitteilung« vor, hierfür Gelder des EU-Budgets für »Transeuropäische Verkehrs-

netze« zu verwenden, das zum sogenannten Finanzinstrument »Connecting Europe Facility« (CEF) gehört. Anschließend wurden Ende März 2018 in einem »Aktionsplan für Militärische Mobilität« zahlreiche Probleme identifiziert, die den raschen Truppentransport behindern. Unter anderem wurden Straßen, Brücken und Zugstrecken genannt, die den Belastungen durch militärische Schwertransporte vielfach nicht gewachsen seien, weshalb hier umfangreiche Investitionen erforderlich wären.

Der EU-Haushaltsentwurf folgt nun ziemlich genau diesen Vorschlägen. Zwar laufen die anvisierten 6,5 Milliarden wie erwähnt unter dem Budgettitel »Sicherheit und Verteidigung«, sie sollen aber dem Instrument »Connecting Europe Facility« zugeordnet werden. Laut Eigenaussage beabsichtigt die EU, mit der CEF »*Wachstum, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Infrastrukturinvestitionen auf EU-Level zu fördern*«. ⁶ Nichts davon wird jedoch durch Infrastrukturmaßnahmen gewährleistet, die aus rein militärischen Gesichtspunkten finanziert werden. Faktisch wird damit wohl sogar eine deutliche Reduzierung der für militärisch nicht »sinnvolle« Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung stehenden Gelder einhergehen. Waren zwischen 2014 und 2020 noch 24,05 Milliarden Euro für Investitionen in die Transportinfrastruktur eingestellt, sollen es im nächsten Haushalt nur noch 14,725 Milliarden sein. Die 6,5 Milliarden für »Military Schengen« müssen hier wohl hinzuaddiert werden.

Kronjuwel Rüstungsfonds

Noch viel weitreichender als »Military Schengen« ist allerdings das zweite Element des Budgetstrangs »Sicherheit und Verteidigung«, der geplante »*Europäische Verteidigungsfonds*« (EVF). Die Einrichtung dieses Fonds wird direkt aus dem in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016 formulierten Anforderungsprofil abgeleitet, die EU müsse »*militärische Spitzenfähigkeiten*« für »*autonome*« – also unabhängig von der NATO und damit den USA durchführbare – Militärinterventionen nebst der hierfür erforderlichen industriellen Kapazitäten aufbauen: »*Die Mitgliedsstaaten (benötigen) bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung*

stehen muss. (...) Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP.«⁷

Auf dieser Grundlage legte die EU-Kommission am 30. November 2016 mit dem »Verteidigungs-Aktionsplan« einen im Dezember 2016 vom EU-Rat grundsätzlich gebilligten Vorschlag vor, für die Dauer der nächsten EU-Haushaltsperiode 2021 bis 2027 einen Europäischen Verteidigungsfonds bestehend aus einem Forschungs- und einem Entwicklungsbudget einzurichten. Am 7. Juni 2017 präsentierte die Kommission dann weitere Einzelheiten: Die Forschungsgelder sollen komplett und die Entwicklungskosten zu 20 Prozent, bei Pesco-Projekten (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) 30 Prozent, dem EU-Budget entnommen werden können – den Rest müssten die Mitgliedsstaaten beisteuern. Außerdem soll der Start des Fonds unter dem Titel »*Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU*« um zwei Jahre auf 2019 vorverlegt werden. Vorgeschlagen wurde dafür bis einschließlich 2020 den Betrag von 2,59 Milliarden Euro bereitzustellen (590 Mio. aus dem EU-Budget, der Rest von den Mitgliedsstaaten).

Um die offensichtliche Kollision dieses Vorhabens mit Artikel 41(2) zu umgehen, bedient sich die Kommission eines **Tricks**: Kurzerhand wurden die Gelder für die Rüstungsentwicklung auf die Rechtsgrundlage von Artikel 173 des »Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union« (AEUV) gestellt. Dadurch wurden sie zu Maßnahmen zur Wettbewerbsförderung umdeklariert, die im Gegensatz zu militärischen Vorhaben der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« aus dem EU-Haushalt bezahlt werden können.⁸

Allerdings ist es – eigentlich – untersagt, Ausgaben, die überwiegend einem bestimmten Zweck (hier: militärischer Kapazitätsaufbau) dienen, auf eine andere Rechtsgrundlage (hier: Wettbewerbs- bzw. Forschungsförderung) zu stellen (siehe jW-Themenseite, 1.8.2017, Wie die EU per Rechtsbeugung Militarisation unter dem Mantel der Entwicklungshilfe betreibt).

Und was die EVF-Prioritäten anbelangt, ist der Verordnungsvorschlag der Kom-

mission eigentlich recht eindeutig. Gleich zu Beginn wird betont, »Verteidigungspolitik« sei von der Kommission »zu einem Handlungsschwerpunkt erklärt« worden. Dies erfordere »gemeinsame Investitionen in den Ausbau der Sicherheit und in die Kooperation auf allen Ebenen«. Hierfür sei es wiederum nötig, die »Wettbewerbsfähigkeit« der Industrie zu verbessern: »Damit Europa mehr Verantwortung für seine Verteidigung übernehmen kann, ist es von grundlegender Bedeutung, in der gesamten Verteidigungsindustrie der Europäischen Union die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die Innovation zu fördern.« Um wirklich keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, schreibt die Kommission in aller Deutlichkeit, was Zweck und was Mittel ist: »Grundlage für die Einrichtung des Programms bilden die Bestimmungen von Artikel 173 AEUV. Sein übergeordnetes Ziel wird darin bestehen, die Kapazitäten der Verteidigungspolitik der Union im Hinblick auf die Aspekte Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu stärken, indem Maßnahmen in ihrer Entwicklungsphase gefördert werden.«⁹

Der »abgespeckte« Rüstungshaushalt soll baldmöglichst verabschiedet werden, er wird allerdings 2019 und 2020 zunächst durch Umschichtungen aus anderen Haushaltstiteln befüllt. Erst mit dem nächsten EU-Budget soll dann ein »richtiger« Rüstungshaushalt eingerichtet werden. Ursprünglich schlug die Kommission vor, zwischen 2021 und 2027 jährlich 500 Millionen Euro für die Erforschung und eine Milliarde Euro für Entwicklung von Rüstungsgütern im EU-Budget einzustellen. Rechnet man hinzu, dass die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, 80 Prozent der Entwicklungskosten zu tragen, ergibt sich so ein Gesamthaushalt von bis zu 38,5 Milliarden Euro. Im Haushaltsentwurf wurde augenscheinlich noch einmal nachgelegt: Er sieht für 2021 bis 2027 insgesamt 4,1 Milliarden Euro für die Erforschung und 8,9 Milliarden für die Entwicklung von Rüstungsgütern vor. Diese 13 Milliarden Euro müssen um die Beiträge der Mitgliedsstaaten ergänzt werden, woraus sich bei Ausschöpfung aller Gelder ein Budget von 48,6 Milliarden Euro ergibt. Addiert man hier dann auch noch »Military Schengen« hinzu, dann hat die Kommission mit ihrem Vorschlag faktisch rund 55 Milliarden Euro

zusätzliche Rüstungsgelder aus dem Hut gezaubert, die in dieser Form bislang nicht existent waren!

Allerdings steht das Vorhaben – vorsichtig formuliert – rechtlich auf wackliger Grundlage. Aus diesem Grund behauptet die Kommission, das Verbot aus Artikel 41(2) würde sich ohnehin nur auf die Finanzierung von Militäreinsätzen beziehen. Und das scheint auch so ziemlich der einzige Bereich, der aktuell tatsächlich – noch – nicht direkt über das EU-Budget finanziert werden soll. Doch selbst hierfür schlägt die Kommission am Rande des EU-Haushaltsentwurf mit der »Europäischen Friedensfazilität« (EFF) eine »kreative« Lösung vor.

EU-Kriegsfazilität

Schon lange wird versucht, die Kosten für die Aufrüstung und die Kriege »befreundeter« Drittstaaten sowie die für eigene Militärinterventionen zu »europäisieren«. Wegen der beschriebenen rechtlichen Beschränkungen sind derlei Versuchen aber bislang relativ enge Grenzen gesetzt. Aus diesem Grund soll nun eine »Europäische Friedensfazilität« eingerichtet werden, die außerhalb des EU-Haushalts angesiedelt sein und damit nicht den Bestimmungen aus Artikel 41(2) unterliegen soll. Angekündigt wurde das Vorhaben von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini bereits im Dezember 2017: »Ich würde die Schaffung einer neuen Europäischen Friedensfazilität vorschlagen, die gemeinsam mit unseren Mitgliedsländern finanziert und verwaltet wird. Dies würde auch die Planung und Umsetzung unserer Militärmissionen deutlich effizienter gestalten und unsere Partner darin unterstützen, unsere gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen.«¹⁰

Auch hier greift der EU-Haushaltsentwurf die Vorarbeiten auf, indem parallel auch die Planungen für diverse »Nebenhaushalte« veröffentlicht wurden. Demzufolge soll die EFF im Zeitraum 2021 bis 2027 mit 10,5 Milliarden Euro befüllt werden. Geradezu entlarvend ist die – positive – Bewertung des Vorhabens durch das »Deutsche Institut für Entwicklungspolitik« derzufolge Artikel 41(2) »das Selbstverständnis der EU als europäisches Friedensprojekt ausdrückt«, dieses

aber immer stärker »mit den Anforderungen an das außenpolitische Engagement der EU kollidiert.« Und weiter: »Die Realität des Engagements in konfliktbetroffenen Ländern schafft dennoch das pragmatische Bedürfnis, Artikel 41(2) im Interesse der Schwächsten zu umgehen. Die vorgeschlagene Europäische Friedensfazilität könnte dieses alte Dilemma lösen, wenn die Idee richtig umgesetzt wird.«¹¹

Anmerkungen:

1 https://ec.europa.eu/agriculture/cap-in-your-country_en

2 http://ec.europa.eu/regional_policy/de/funding/cohesion-fund/

3 Concord: Security Aid: Fostering development, or serving European donors' national interest, Brüssel, Februar 2018

4 Martina Fischer : EU-Budget für Stabilität und Frieden in Abwicklung, Brot für die Welt, 18.4.2018

5 Insgesamt dürfte für »militärische Mobilität« noch deutlich mehr ausgegeben werden. In den 6,5 Milliarden sind weder die Ausgaben für ein parallel laufendes Pesco-Projekt noch die der NATO etwa für das geplante Logistikhauptquartier in Ulm eingepreist, deren Höhe aktuell allerdings noch unklar sind.

6 <https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility>

7 Rat der Europäischen Union: Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln. Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EUGS), Brüssel, 28.6.2016

8 Ganz ähnlich soll die Rüstungsforschung wohl auf der Rechtsgrundlage der Forschungspolitik nach Artikel 179 AEUV gestellt werden.

9 Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU, Brüssel, den 7.6.2017, COM(2017) 294 final, S. 2 und 6

10 Zit. n. Julian Bergmann/Mark Furness: Eine Europäische Friedensfazilität könnte einen pragmatischen Beitrag zur Friedensförderung weltweit leisten, Deutsches Zentrum für Entwicklungspolitik. Analysen und Stellungnahmen 7/2018
11 Ebd.

Quelle: IMI-Analyse 2018/12 Macht-politisches (Rüstungs-)Budget: Der EU-Haushaltsentwurf 2021-2027
<http://www.imi-online.de/2018/05/09/macht-politisches-ruestungs-budget-der-eu-haushaltsentwurf-2021-2027/>

Aufruf von Antje Vollmer und anderen Alt-Politikern (<http://www.antje-vollmer.de/russlandpolitik.htm>) ; Interview mit Antje Vollmer in den Nachdenkseiten (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=43655#more-43655>). Es geht um die **Beziehungen zu Russland, die derzeitigen Gefahren und die (Medien-)Politik.**

DGB-Bundeskongress

#NO2PERCENT - Frieden geht anders!

Der 21. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai 2018 hat einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

Die NATO Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben.

Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, **sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale.**

Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Deutschland darf nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen bewaffnete Interventionen ohne UN-Mandat ab.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern stattdessen verstärkte In-

itiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Der DGB und seine Gliederungen werden ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.

Begründung

Die Sondierungsgespräche von Union, FDP und Grüne ließen befürchten, dass bei einer Jamaika-Koalition eine schrittweise Erhöhung der Verteidigungs- und Rüstungsausgaben im Koalitionsvertrag vereinbart wird. Spitzenpolitiker/innen von Union und FDP haben sich in der Vergangenheit mehrfach für die Einhaltung dieses Ziels ausgesprochen. Ob sich die Grünen mit ihrer ablehnenden Haltung im Rahmen der Sondierungsgespräche und anschließenden Verhandlungen durchgesetzt hätten, ist zu bezweifeln.

Es gibt keinen finanziellen Handlungsspielraum für die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels. Aktuelle Schätzungen von Ende Oktober 2017 gehen davon aus, dass die neue Bundesregierung durch Steuereinnahmen und die wirtschaftliche Lage maximal 30 Mrd. Euro zur Verfügung hat, um politische Schwerpunkte zu setzen. Die Wahlversprechen der Parteien sind lang und überschreiten bei weitem diesen finanziellen Spielraum. Die ersten Ergebnisse der Sondierungsgespräche zeigen zudem, dass die verfügbaren Finanzmittel kaum für die notwendigen Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Bildung und den ökologischen Umbau ausreichen.

Das 2-Prozent-Ziel ist daher nur zu Lasten anderer Haushaltstitel – vor allem im Bereich Soziales – zu realisieren.

Verteidigungsausgaben sind kein Selbstzweck. Sie sollen ausschließlich der Friedenssicherung dienen. Deshalb ist es unsinnig, die Ausgaben an einen festgeleg-

ten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) zu koppeln. Das 2-Prozent-Ziel der NATO (nordatlantisches Verteidigungsbündnis), das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Der Verteidigungshaushalt ist damit der zweitgrößte Haushaltstitel des Bundes.

Schon heute fehlt Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur. Sollte das 2-Prozent-Ziel umgesetzt werden, müsste Deutschland fast 30 Mrd. Euro mehr für Rüstung und Verteidigung ausgeben.

Zum Vergleich: Der Bund gibt für Bildung und Forschung in 2017 insgesamt ungefähr 17,6 Mrd. Euro aus, für Gesundheit ca. 15,2 Mrd. Euro, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ca. 8,5 Mrd. Euro.

Weltweit wurden in 2016 für Militär und Rüstung geschätzt 1.686 Mrd. US Dollar ausgegeben (Quelle: Sipri). Zum Vergleich die weltweite Entwicklungshilfe in 2015: 131,59 Mrd. US Dollar (lt. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Notwendig sind vielmehr verstärkte zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen.

Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Wir lehnen strategische Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Wir dürfen nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Quelle: <http://www.dgb.de/themen/++co++3ea96e88-5500-11e8-94c5-52540088cada>

Friedensbewegung - Kurz notiert

Bundesausschuss Friedensratschlag zu dem Militärhaushalt Deutschlands

(...) Finanzminister **Scholz** will **5,5 Mrd. Euro** mehr und Verteidigungsministerin von der Leyen sogar 12 Milliarden Euro mehr bis 2021 ausgeben als die Pläne der alten GroKo vorsahen.

Angesichts des folgenden Faktens ist das eine **törichte Politik**: Russland hat seine Militärausgaben von 69,3 Mrd. (2016) auf 55,3 Mrd. Dollar (2017) gesenkt. Das sind exakt 20 Prozent weniger! Russland belegt damit weltweit nur noch Platz 6 (hinter den USA, China, Saudi-Arabien, Indien und Frankreich) nach Platz 3 im Jahr 2016. Der russische Präsident hat angekündigt, auch 2018 und 2019 die Rüstungsausgaben weiter senken zu wollen. Wer angesichts dieser Tendenz weiterhin Russland Kriegsabsichten gegen NATO-Länder unterstellt, für Aufrüstung gegen Russland trommelt, NATO-Manöver in

Ost- und Südeuropa abhält und Sanktionen gegen Russland aufrecht erhält, erhöht die Spannungen, obwohl die russischen Signale als Entspannungsversuch zu werten sind.

Die **Ausgaben der 29 NATO-Staaten** summierten sich 2017 auf 881 Mrd. Dollar. Verglichen mit Russland ist das fast das 16-fache.

Wenn angesichts dieser klaren Faktenlage die NATO an ihrem Ziel weiterhin festhält, dass ihre Mitglieder 2024 möglichst 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgeben sollen, was für die Bundeswehr eine Verdoppelung ihrer Ausgaben auf (nach NATO-Kriterien) etwa 80 Mrd. Euro bedeuten würde, handelt realitätsfern und unverantwortlich. Der Aufrüstungs- und Konfrontationskurs der NATO gegen Russland provoziert

russische Gegenmaßnahmen und schürt ein neues Wettrüsten.(...)

Wir bekräftigen unsere Forderung nach Abrüstung von Bundeswehr und NATO und für eine Entspannungspolitik mit Russland und fordern die Friedensbewegung auf, verstärkt Unterschriften unter den Appell an die Bundesregierung „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu sammeln.

([1] <https://abruesten.jetzt/>)

Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag *Lühr Henken und Willi van Ooyen*

IMI-Standpunkt 2018/019

Konzeption der Bundeswehr: Rüsten gegen Russland <http://www.imi-online.de/2018/05/04/konzeption-der-bundeswehr-ruesten-gegen-russland/> von Jürgen Wagner (4. Mai 2018)

Büchel: Aktionspräsenz 2018 "20 Wochen gegen 20 Atombomben" - Mach mit! Wir brauchen Dich!

Wir werden 20 Wochen lang in Büchel protestieren, vom 26. März bis 9. August 2018. Die 20 Wochen stehen für die 20 Atombomben, die in Büchel stationiert sind. Die US-Regierung plant, diese Atombomben aufzurüsten. Die neuen Atombomben, Typ B61-12, sind zielgenauer, flexibler und dadurch „besser“ einsetzbar. Eine neue Spirale der atomaren Aufrüstung hat begonnen. Ein Atomkrieg hätte unvorstellbare Folgen für die Bevölkerung und alles Leben auf der Erde.

Alle Termine während der Aktionspräsenz findet Ihr auf <https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/kalender/> .

Zeitung gegen den Krieg - pdf Datei

- Themen in der aktuellen Ausgabe sind u.a. die gefährliche neue Kriegshetze aus London, unterstützt von der Trump-Regierung, der Nato und der EU, der bedrohliche Zusammenhang von Handelskrieg und Militarisierung, die neue GroKo-Regierung und ihr Ja zur deutschen und EU-Hochrüstung.

Nein zum Krieg – Nein zur NATO

Internationales Netzwerk zur Delegitimierung der NATO

Friedensaktionen gegen den NATO-Gipfel am 11./12. Juli in Brüssel <https://www.no-to-nato.org>

AKTIONSWOCHE
VOM 23. JUNI BIS 01. JULI 2018

Stop Airbase RAMSTEIN

<https://www.ramstein-kampagne.eu>

SYRIEN

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags: Luftangriff USA, GB und F war ein Bruch des Völkerrechts.

[tagesschau](#) vom 20.4.2018 - "So stellen sich die alliierten Luftangriffe dann im Ergebnis eher als unverhohlene Rückkehr zu einer Form der – völkerrechtlich überwunden geglaubten – „bewaffneten Repressalie im humanitären Gewand“ dar."

([Text](#) vom 18.4. S.10) - S. auch [Nachdenkseiten](#)

Weitere Artikel der [Nachdenkseiten](#)

Flächenbrand im Mittleren Osten: heute Syrien, morgen IRAN?, [Monitor](#) 19.4.2018

[IMI-Standpunkt 2018/018](#)

Krieg gegen den Iran als „politische Lösung“ für Syrien? von Bernhard Klaus (30. April 2018)

IMI-Analyse 2018/11 Proteste auf Sizilien, Kreta und Zypern **Das Mittelmeer als Aufmarschgebiet für die Luftschläge in Syrien**, Jacqueline Andres (28. April 2018)

<http://www.imi-online.de/2018/04/28/proteste-auf-sizilien-kreta-und-zypern/>

Französische Gewerkschaft CGT

STOPP der Kriegseskalation in Syrien

Dienstag 17. April 2018

Die CGT verurteilt die Militärschläge Frankreichs, der USA und Großbritanniens gegen Syrien.

Frankreich, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die wichtigsten Militärmächte der NATO, haben die internationalen Regeln nicht respektiert. Sie verstoßen gegen **Artikel 42 der Charta der Vereinten Nationen**, der eine solche Verantwortung dem Sicherheitsrat überträgt. Sie zertrampeln die Vereinten Nationen, die 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, um Konflikte vorzubeugen und eine bessere Zukunft für alle Menschen aufzubauen. Diese Kriegseskalation führt zu keiner Friedenslösung und erzeugt grässliche Abscheulichkeiten.

Müssen wir uns daran erinnern, dass Trump seit mehreren Monaten ständig versucht, die Glaubwürdigkeit des Handelns der UNO zu untergraben?

Diese militärische Eskalation könnte unvorhersehbare und dramatische Folgen haben. Eine politische Lösung unter der Schirmherrschaft der UNO ist notwendig, um einen Konflikt mit unkalkulierbaren Folgen, ja sogar einen allgemeinen Brand zu vermeiden. Für den Frieden und einen demokratischen Übergang zu sorgen, das wird dem syrischen Volk ermöglichen, über seine eigenen Angelegenheiten eigenständig zu entscheiden.

Die CGT fordert die Umsetzung politischer und diplomatischer Lösungen auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts und des Schutzes der Zivilbevölkerung.

Wie in ihrer Pressemitteilung vom 12. April dargelegt, wird die CGT den Einsatz chemischer Waffen stets verurteilen.

Der Kampf der CGT für den Frieden ist das Gegenteil der von der Regierung verfolgten Politik, wie z.B. das derzeit diskutierte Gesetz "Asyl, Einwanderung", das, wenn es angenommen wird, für Flüchtlinge und Migranten dramatische Folgen hätte.

<http://www.cgt.fr/STOP-A-L-ESCALADE-GUERRIERE-EN-SYRIE.html>

Weitere Stellungnahmen in Frankreich von *La France Insoumise*, von "*Mouvement de la Paix*", *Le Monde-Artikel*, Rede von *Melenchon, La France Insoumise*, vor der französischen Nationalversammlung. **Transportarbeitergewerkschaft in Großbritannien, portugiesischer Gewerkschaftsbund u.a.m.:** [Labournet](#)

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland

Wir verurteilen die Ausweitung der verbrecherischen Kriegspolitik von USA, Großbritannien und Frankreich auf dem syrischen Territorium mit Zustimmung der Bundeskanzlerin

Berlin, 15. April 2018

Die **massive Schuldzuweisung** der USA und ihrer Verbündeten an die Adresse der syrischen und russischen Präsidenten Assad und Putin nach dem mutmaßlichen Giftgaseinsatz im syrischen Duma sowie die jüngsten Militäreinsätze, verbunden mit der Kriegsdrohung des US-Präsidenten Trump gegen Russland erwecken den Eindruck einer von langer Hand geplanten Inszenierung zur Vorbereitung eines in letzter Konsequenz gegen Russland gerichteten Krieges, der in **einen unkontrollierbaren globalen Flächenbrand** einzumünden droht.

Wir sind **äußerst empört und besorgt über** den verantwortungslosen Umgang nicht zuletzt der **Bundesregierung** angesichts ihrer leichtfertigen Unterstützung der Position der Regierungen in Großbritannien, Frankreich und den USA.

Anstatt auf diese mäßigend Einfluss zu nehmen, **gießt sie Öl in das Feuer.**

Wir erklären: Giftgaseinsätze sind Kriegsverbrechen. Diese müssen vor dem Haager Tribunal mit entsprechenden Konsequenzen verhandelt werden.

Jedwede kriegerische Handlungen auf Grund von Mutmaßungen durch einen Staat oder ein Bündnis von Staaten stellen selbst ein Kriegsverbrechen dar. Sie gehören **ebenfalls** vor das UN-Kriegsverbrecher-Tribunal.

Wir verurteilen die Haltung der deutschen Bundesregierung im aktuellen Konflikt:

- Es ist politisch unverantwortlich, dass die Bundeskanzlerin und der Außenminister sich im **Skripal-Fall** die Schuldzuweisungen der britischen Regierung gegen Russland zu eigen gemacht haben.

- Es ist ein Skandal, wenn der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert **Röttgen**, öffentlich und bisher unwidersprochen kundtut, dass „*Unschuldsvermutung und rechtsstaatliche Verfahren nur für innerstaatliche Strafverfahren*“ gelten und „*die Übertragung rechtsstaatlicher Grundsätze auf internationale Beziehungen wirklich Unsinn*“ sei.

Herr Röttgen wirft damit sämtliche auf Grund der Nazi-Kriegsverbrechen entwickelten UN-Regeln, -Verfahren und -Institutionen, wie den Haager Gerichtshof und die Menschenrechtskonvention, ja das Völkerrecht insgesamt, über Bord.

- Es ist nicht nachvollziehbar, wenn Frau Merkel sich **faktisch hinter Trump**, den unberechenbaren US-Präsidenten, stellt und behauptet, „*die Evidenz, dass dort Chemiewaffen eingesetzt wurden,*“ sei "*sehr, sehr klar und sehr deutlich*", um dann indirekt Assad und Putin für den angeblichen Giftgaseinsatz in Syrien verantwortlich zu machen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass sie die **Mitwirkung** der Bundesrepublik an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ankündigt.

- **Wir verlangen von der Bundesregierung**, sich von der Politik der Regierungen in Großbritannien, Frankreich und den USA, die den Weltfrieden aufs Äußerste bedrohen, **klar zu distanzieren** und **deutsche AWACS-Flugzeuge** im Rahmen der US-geführten „Anti-IS-Allianz“ sofort zurückzubeordern.

- Wir fordern die Bundesregierung und das deutsche Parlament eindringlich auf, die **Rüstungsausgaben unter keinen Umständen zu erhöhen** und darauf hinzuwirken, dass der NATO-Beschluss zu ihrer Erhöhung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ersatzlos zurückgenommen wird.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Mohssen Massarrat

UnterzeichnerInnen:

Prof. Dr. Michael Brie, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. Dr. Peter Herrmann, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Michael Schneider, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Prof. Dr. Armin Bernhard, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug, Dr. Werner Rügemeier, Prof. Dr. Wolfgang Neef, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf, Prof. Dr. Stefan Bestmann, Dr. Lydia Krüger, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, apl. Prof. Dr. Nico Paech, Prof. Dr. John Neelsen, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Ingrid Lohmann, Dr. Lutz Mez, Prof. Dr. Ulrich Brand, Prof. Dr. Klaus Meschkat, Dr. Thomas Sablowski, Dr. Josef Berghold, Prof. Dr. Jörg Reitzig, Prof. Dr. Norman Paech, Dr. Winfried Wolf, Dr. Heike Knops, Prof. Dr. Isidor Wallimann

Heiko Flottau

Mit der Kündigung des iranischen Atomabkommens fügen die USA der Kette ihrer Fehlentscheidungen im Nahen Osten ein neues Glied hinzu

„Je mehr Du im Frieden schwitzt, desto weniger Blut verlierst Du im Krieg.“

Ein guter Rat – von einem, der es wissen muss. Er stammt von General H. Norman Schwartzkopf junior, einst Oberbefehlshaber des amerikanischen Central Command (CENTCOM), im Irakkrieg vom Januar und Februar 1991 Oberbefehlshaber jener Truppen, welche die Armee von Saddam Hussein aus Kuwait vertrieben haben. Möglicherweise hat Präsident Donald Trump fast drei Jahrzehnte später von dem Ratschlag seines Landsmannes Schwartzkopf nichts gewusst – und hätte er davon Kenntnis gehabt, so hat er ihn nicht beherzigt, als er jetzt das Atomabkommen mit dem Iran kündigte und so eine große Kriegsgefahr heraufbeschwor.

US-Interventionen im Iran ...

Eher hielt sich Trump – sofern ihm die Geschichte des Iran überhaupt bekannt ist – an H. Norman Schwartzkopf senior. Vater Schwartzkopf war von den USA in den Iran geschickt worden, wo er zunächst die Polizeikräfte des Schahs ausbildete, dann aber, zusammen mit dem CIA-Agenten Kermit Roosevelt, im Jahre 1953 den Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh stürzte und den Schah wieder ins Amt setzte. Mossadegh hatte es gewagt, die vornehmlich im britischen Besitz befindliche Erdölindustrie des Landes zu verstaatlichen und Schah Reza Pahlavi vom Thron zu vertreiben. Als Kommunist wurde Mossadegh von den USA und Großbritannien beschimpft – obwohl er lediglich die nationalen und wirtschaftlichen Interessen seines Landes vertreten hatte.

Heute regieren nicht mutmaßliche Kommunisten das Land, sondern schlimme Mullahs – die allerdings auch nichts anderes tun, als die Interessen ihres Landes (und ihres Regimes) zu vertreten. Doch die haben 1979 das Folterregime des Schahs – des Verbündeten der USA – gestürzt und unter Führung von Ayatollah Chomeini eine „Islamische Republik“ ausgerufen. Mit dieser Revolution vertrieben sie die USA aus dem Iran – ein politisches Vergehen, das Donald Trump und seine Gefolgsleute bis heute nicht vergeben haben.

Wer den Sturz Mossadeghs im Jahre 1953 und die Machtübernahme Chomeinis im Jahr 1979 näher analysiert, kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Revolution Chomeinis eine Folge des CIA-Putsches von 1953 ist. Kein anderer etwa als Nel-

son Mandela sagte im September 2002 in einem Interview mit Newsweek: „Die Vereinigten Staaten haben ernsthafte Fehler in der Führung ihrer Außenpolitik gemacht. ... Diese Fehler hatten verhängnisvolle Auswirkungen, lange nachdem diese Entscheidungen getroffen wurden. ... Denn die unqualifizierte Unterstützung des Schahs des Iran führte direkt zur islamischen Revolution von 1979.“

... Englands Ölinteressen im Iran

Will man das Verhalten der gegenwärtigen iranischen Machthaber verstehen – nicht entschuldigen – muss man sich ein wenig die Geschichte des Landes zu eigen machen. Es begann im Jahre 1907, als sich Großbritannien und das russische Zarenreich das Land untereinander aufteilten. Russland sollte im Norden, Großbritannien im Süden die Vormachtstellung bekommen, dazwischen wurde eine sogenannte neutrale Zone mit Teheran als Hauptstadt etabliert. Im britischen Unterhaus wettete ein Abgeordneter: „Diese kleine Nation ... liegt zwischen Leben und Tod, wird geteilt, fast auseinandergenommen, hilflos und ohne Freunde liegt sie zu unseren Füßen.“

Allerdings hatte das Regime unter der Dynastie der Qajaren nicht unerheblichen Anteil an der Politik der beiden Großmächte. Im Jahr 1872 hatte Schah Nassir al-Din die Konzessionen, die Industrie des Landes zu führen, Ackerland zu bearbeiten, Eisenbahnen zu bauen, Bodenschätze auszubeuten, eine Nationalbank zu gründen und Geld zu drucken, an den Briten Baron Julius de Reuter gegeben, um mit den Konzessionsgebühren weiter sein prunkvolles, vom Volke abgehobenes Leben zu führen.

Nachdem 1908 im Iran Öl entdeckt worden war, sicherte sich Großbritannien die Lizenzen in der 1909 gegründeten Anglo Persian Oil Company (1935 Anglo-Iranian Oil Company) - nach dem CIA-Coup gegen Premier Mossadegh wurde die Gesellschaft 1954 in British Petroleum (BP) umbenannt – immerhin ein Name, der die Besitz- und Machtverhältnisse korrekt wiedergibt - . Zusammen mit dem in Birma von London kontrollierten Öl ermöglichte das persische Öl der Weltmacht Großbritannien, den Antrieb seiner Kriegsflotte von Kohle auf Öl umzustellen – ein nicht geringer Vorteil im Ersten Weltkrieg. Winston Churchill schwelgte, der iranische Erdölfund sei ein Preis aus

„dem Märchenland jenseits unserer kühnsten Träume“.

Im Jahr 1919 zwangen die Briten dem Schah einen Vertrag auf, der ihnen die Kontrolle über die Armee des Iran, das Banken- und Transportsystem übereignete und zur Sicherung dieser Besatzung das Kriegerrecht einsetzte. Der britische Lord Curzon bezeichnete diesen Ausverkauf als die „umfassendste und außerordentlichste Unterwerfung der gesamten industriellen Ressourcen eines Königreiches in ausländische Hände ... in der Geschichte“.

Sechs Jahrzehnte später

Nach dem CIA-Coup gegen Premier Mossadegh markiert das Jahr 1979 eine politische und militärische Wasserscheide am Golf, die die Ereignisse von 1953 umkehren sollte. Im Iran kam Ayatollah Chomeini an die Macht. Chomeini trieb die im Iran mit dem Schah zusammen herrschenden USA aus dem Land. Ebenfalls im Jahr 1979 wurde im Irak Saddam Hussein Präsident. Die USA sahen im neuen Mann in Bagdad sofort jenes Werkzeug, mit dem man die feindlich gesinnten Herren im Iran aushebeln könnte – um dort die alte Vormachtstellung der USA wiederherzustellen. Unter stiller Duldung der USA ließ Saddam Hussein am 20. September 1980 seine Truppen in die auch von Arabern bewohnte iranische Provinz Khusistan einmarschieren – in der, wie sich herausstellte, fehlgeleiteten Hoffnung, die dort wohnenden arabischen Bevölkerungsteile würden die Iraker als Befreier begrüßen und dazu beitragen, Chomeini zu stürzen. Nichts dergleichen geschah. Es folgte ein Krieg von acht Jahren – insgesamt starben eine Million Menschen. Als das irakische Abenteuer für Bagdad sogar mit einer Niederlage zu enden drohte, sprangen die USA auf der Seite Saddam Husseins ein. Im Jahr 1988 gaben die USA dem irakischen Diktator jene militärischen Ratschläge, mit denen der Irak die vom Iran besetzte irakische Halbinsel Fao am Eingang des Schatt el-Arab (dem Zusammenfluss von Euphrat und Tigris) zurückerobern konnte. Nach UN-Ermittlungen soll der Irak bei den Kämpfen um Fao chemische Kampfstoffe eingesetzt haben. 170 000 Soldaten fielen allein im Kampf um Fao.

Übrigens: Nachdem der Irak dann im Jahr 1990 Kuwait überfallen hatte und 1991 von einer Koalition unter Führung

der USA wieder vertrieben worden war, wurde er zu hohen Reparationszahlungen an Kuwait verurteilt, deren letzte Rate vor kurzem überwiesen wurde. Dem Iran indessen wurden für die Folgen der irakischen Invasion von 1980 niemals finanzielle Kompensationen zugesprochen.

Für den Iran war die von den USA zumindest stillschweigend geduldete, wenn nicht auch geförderte irakische Invasion ein ebenso großer politischer Schock wie der Sturz ihres Premierministers Mossadegh im Jahre 1953. Bis dahin hatte der Iran exakt 234 Jahre lang kein Nachbarland mehr angegriffen, vielmehr war er erneut Opfer einer ausländischen Aggression geworden.

Es lag auf der Hand, dass der Iran eines Tages versuchen würde, **eine Art Sicherungszaun** um sich zu errichten. Er sah diese Sicherung in der Entwicklung einer Atombombe, diese sollte neue Überfälle des Irak oder auch Angriffe wie jene der USA auf das Nachbarland Irak verhindern. Umso höher war das Einlenken des Iran zu bewerten, als das Land im Jahr 2015 mit den USA, Russland, China, Deutschland, Frankreich und Großbritannien das (nun von Trump gekündigte) **Atomabkommen** schloss. Das Interesse der iranischen Vertragspartner aus West und Ost an dem Abkommen war schon deshalb so groß, weil sie verhindern wollten, dass in einem Land wie dem Iran, das an sieben Länder grenzt (Irak, Türkei, Aserbaidschan, Armenien, Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan) eine Atommacht entstünde.

Nun besteht die Gefahr, dass der Iran erneut versuchen wird, nach Atomwaffen zu greifen – wobei aber festzustellen ist, dass der Iran bisher niemals über eine Anreicherung von Uran auf etwa zwanzig Prozent hinausgekommen ist. Für den Bau einer Atombombe benötigt man aber eine Anreicherung von über achtzig Prozent.

War das iranische Regime im Umgang mit den USA stets so kompromisslos, wie es im Westen dargestellt wird?

Bernd Erbel, von 2004 bis 2006 deutscher Botschafter in Bagdad und von 2009 bis 2013 Botschafter in Teheran, schreibt: „Im Mai 2003 gingen die USA in ihrem Gefühl falschen Triumphes nach der Besetzung des Irak nicht auf ein umfangreiches, von der Schweiz vermitteltes iranisches Angebot ein, über eine Beilegung aller außenpolitischen Differenzen – von Palästina bis zum Nuklearkonflikt – zu verhandeln.“ Denn Washington verfolgte unter George W. Bush eine andere Agenda, eine Agenda, an welche Donald

Trump, Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo jetzt anknüpfen. Sie wollen zurück zur Zeit der Schah-Dynastie, sie wollen den Iran erneut zum Militärstützpunkt der USA an der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion, der heutigen Russischen Föderation machen. John Bolton sagte im Jahre 2017: *“Ich habe seit mehr als zehn Jahren gesagt, dass es das erklärte Ziel der USA sein sollte, das Mullah-Regime in Iran zu stürzen. Das Verhalten des Regimes wird sich nicht ändern – also müssen wir das Regime ändern. Und deshalb, noch vor 2019, werden wir in Teheran feiern.”*

Freilich: Wie fast immer in der amerikanischen Nahostpolitik fehlt der politische Weitblick. Bereits im Jahr 2009 sagte der pensionierte US-General Anthony Zinny: *„Nachdem ihr also Bomben auf deren Bunkeranlagen abgeworfen habt, wie geht es dann weiter? Was, wenn sie beschließen, von ihren Bunkeranlagen aus ihre mobilen Raketen in Richtung der US-Militärbasen auf der anderen Seite des Persischen Golfs zu lenken? Oder Israel anzugreifen oder sonst wen?“*

Immer wieder wird dem Iran vom Westen, besonders von Israel, vorgeworfen, er betreibe – etwa in Syrien – eine aggressive Politik. Niemand aber erwähnt in diesem Zusammenhang, wie sehr **Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate** Dschihadisten aller Art in Syrien unterstützen – Dschihadisten, die keineswegs Assad deshalb stürzen wollen, um eine Demokratie einzuführen. Kronzeuge für diese meist unterdrückte Tatsache ist kein anderer als der damalige US-Vizepräsident Joe Biden. Im Oktober 2014 sagte er in einer Rede vor Zuhörern der Harvard-Universität: *„Unser größtes Problem sind unsere Alliierten, die in einem Sunni-Shia-Stellvertreterkrieg gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad engagiert sind. ... Was taten sie? Sie schütteten Hunderte Millionen von Dollar und Tausende Tonnen Waffen in jeden, der bereit war, gegen Assad zu kämpfen.“* Die Empfänger dieser Unterstützung seien, sagte Biden weiter, *„Jabhat al-Nusra, al-Qaida und Extremisten, die aus anderen Teilen der Welt gekommen seien“.*

Seit dem Sturz des Schahs und der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979 sind Syrien und der Iran sozusagen natürliche politische Verbündete. Die Anwesenheit iranischer Kämpfer und von Kämpfern der Hisbollah in Syrien, sagen Experten, sei völkerrechtlich nicht zu beanstanden, weil diese Kämpfer, zumin-

dest formal, von Syrien um Hilfe gebeten worden seien. Ohne dieses iranische Eingreifen wäre es, so lautet diese Argumentation weiter, kaum möglich gewesen, den IS (zusammen mit den Kurden und mit Russland) zu besiegen. Auch die Behauptung der USA, der Iran sei der weltweit größte Unterstützer terroristischer Gruppen, trifft nicht zu. Dieses Prädikat gebührt allein dem US-Verbündeten Saudi-Arabien, der seit Jahrzehnten Terrorgruppen finanziert und zudem seinen konservativen Islam, den Wahhabismus, weltweit fördert – ohne diese Ideologie wären etwa die afghanischen Taliban und auch der IS nicht denkbar.

Rote Linie westlicher Interventionen

Von der Aufteilung des Iran zwischen Russland und Großbritannien über die Konfiskation seines Erdöls im Jahre 1908 bis zur Entsendung von Vater Norman H. Schwartzkopf in den Iran und dessen Beteiligung am Sturz von Premier Mossadegh im Jahre 1953 über die stille Duldung der irakischen Invasion des Iran von 1980 bis zur Aufkündigung des Atomabkommens durch Donald Trump und der Ankündigung von US-Siegesfeiern in Teheran durch John Bolton zieht sich eine rote Linie westlicher Interventionen im Iran.

Ist der Iran ein Schurkenstaat, wie Präsident George W. Bush im Jahre 2002 behauptete? Donald Trump, John Bolton und Mike Pompeo treten durch ihr Handeln in die Fußstapfen von Bush junior. Nelson Mandela jedoch würde heute wiederum von „ernsthaften Fehlern“ in der amerikanischen Außenpolitik sprechen, die „verhängnisvolle Auswirkungen“ haben werden, „lange, nachdem diese Entscheidungen getroffen wurden“.

Dazugehörige Literatur:

- Stephen Kinzer: All the Shah's Men. An American Coup and the Roots of Middle East Terror, Hoboken New Jersey 2003, S. 39
 - Kinzer, ebenda, S.39
 - Kinzer, ebenda S.39
 - Bernd Erbel: Iran zwischen falscher Wahrnehmung Sanktion und erhoffter Entspannung. In: Klaus Gallas (Hrsg.) Orient im Umbruch. Der Arabische Frühling und seine Folgen. Mitteldeutscher Verlag Halle 2014, S. 49
 - Bento – [Hier verkündet Trumps Berater seinen wahren Plan für Iran](#)
 - Michael Lüders: Iran – der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt. München 2012, S. 32
 - The Telegraph – [Joe Biden forced to apologise to UAE and Turkey over Syria remarks](#)
- Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43956#more-43956>

Mohssen Massarrat Iran 2018

Der Schlagabtausch zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und dem iranischen Außenminister Javad Sarif auf der 54. Münchener Sicherheitskonferenz fand wieder einmal große mediale Resonanz. (...) Während in der Berichterstattung den gegenseitigen Attacken der Kontrahenten großer Raum gegeben wurde, übersahen die Medien schlicht die eigentlich wichtige Botschaft des iranischen Außenministers Sarif: „Wir wollen eine starke Region. Was wir nicht wollen, ist ein Alleinherrscher in der Region zu sein.“ Diese Ansage stellt m. E. eine richtungsweisende Kehrtwende von der bisher gültigen Doktrin des Irans dar, die erste Macht, also „Alleinherrscher“, in der Region anstreben zu wollen. Seit der Ankündigung dieses Ziels im 25 Jahre-Perspektivplan 1996-2021 (nach iranischem Kalender 1375-1400) unter dem Präsidenten Rafsanjani entstanden bei Irans Nachbarstaaten tiefe Verunsicherung und großes Misstrauen gegenüber Iran, dem Land also, das wegen seiner territorialen Größe, seiner Bevölkerungszahl und seiner Ressourcen ohnehin eine Großmacht darstellt. Mit ihren großkotzig wie gänzlich überflüssigen Alleinherrschafts-Ambitionen, lieferte der Iran den USA und deren militär-industriellen Komplex den handfesten Grund frei Haus, Irans arabische Nachbarländer zur Aufrüstung zu animieren.

Wettrüsten in der Region

Das Wettrüsten im Mittleren und Nahen Osten, das seit Mitte der 1970er Jahre andauernd angestachelt und auf eine immer höhere Stufe gehoben wird, stellt bei näherem Hinsehen die Wurzeln sämtlicher Konflikte und Kriegsverbrechen dar, die seit beinahe vier Dekaden in dieser Region stattgefunden haben. Es begann mit den sprunghaft steigenden Ölpreisen in 1973/74 und den daraus hervorgegangenen Devisenungleichgewichten. Für das neu entstandene Problem der Devisenüberschüsse der größten Opec-Staaten Iran, Saudi Arabien, Irak und anderen Ölstaaten einerseits und der Devisendefizite des Westens andererseits erfind man rasch die Lösung „Öl gegen Waffen“. Diese „Lösung“ sollte sich aber als ein äußerst lukratives Geschäft für die westliche Rüstungsindustrie erweisen, aber gleichzeitig auch als ein höchst kriegsträchtiges Mittel für den Mittleren Osten – mit über 2 Mio. Todesopfern, Hunderttausenden Kriegsflüchtlingen und mehreren Tausenden Mrd. US-Dollar Sachschäden. Zu allererst haben die USA ab 1975 das **Schah-Regime** im Iran – ihr wichtigster Verbündeter jener Zeit- mit den modernsten Waffen **ausgerüstet** und zur stärksten Militärmacht am Persischen Golf erkoren. Wäh-

rend Irans Rüstungsausgaben im Zeitraum 1975-1980 von 2.053 auf 6.229 Mrd. Dollar um mehr als das Dreifache anstiegen, erhöhte der **Irak** seine Rüstungsausgaben im selben Zeitraum von 0.324 auf 2.080 Mrd. Dollar – also um mehr als das Sechsfache. Dieses erste Wettrüsten erschütterte die inneren und äußeren Machtverhältnisse in der Region.

1979 wurde das Schah-Regime durch die Islamische Revolution gestürzt und dessen ihm ergebene Armee zerschlagen. Iraks Diktator Saddam Hussein nutzte das entstandene Machtvakuum und besetzte in einem Blitzkrieg 1981 die südiranische Ölgregion. Der iranisch-irakische Rüstungswettlauf in den 1970er Jahren hat damit nicht nur den ersten acht Jahre andauernden **Golfkrieg** ausgelöst, sondern auch zwei weitere Golfkriege in 1991 und 2003 mit verursacht, die schließlich zum Sturz des irakischen Diktators führten. Auch die sich anschließende Rüstungseskalation und das iranische Atomprogramm sowie die Entstehung des „Islamischen Staates“, resultierten aus den vorausgegangenen blutigen Kriegsgeschehen im Mittleren Osten.

Iran-Atomabkommen

Dank Obama und Irans Reformkräften konnte zwar mit dem **Iran-Atomabkommen** ein erster wichtiger Schritt gegen die laufende Rüstungseskalation unternommen werden. Gleichzeitig hat **Obama** jedoch Saudi Arabien mit dem Verweis auf die militärische Überlegenheit Irans seit 2011 militärisch massiv aufgerüstet und dieses Land zum viertgrößten Waffenimporteure und dem Land mit den höchsten Anteil von Militärausgaben am BIP in der Welt gemacht. Nach Angaben von SIPRI sind die **Militärausgaben Saudi Arabiens** von 29,5 Milliarden US Dollar in 2011 auf 80 Milliarden US Dollar in 2015 gestiegen. Eine solche Aufrüstung in diesen wenigen Jahren hat es in der Geschichte des Landes noch nie gegeben.

Donald Trump setzte diese Rüstungspolitik seines Vorgängers fort und entfachte mit dem neuen 100 Milliarden umfassenden Rüstungsdeal mit Riad im Mai 2017 einen neuen Rüstungswettlauf, der den zwischen Iran und Irak von vor über 30 Jahren bei weitem in den Schatten stellt. Dieses enthält das Potential, einen neuen Flächenbrand zu entfachen, der den Mittleren Osten für Jahrzehnte zurückwerfen und den bestehenden Kreislauf Öl und Blut gegen Waffen bis in die nächsten Jahrzehnte verlängern würde. Trump hat zudem auch das Iran-Atomabkommen radikal in Frage gestellt. (...) Die Gefahr einer Neuauflage des USA-IRAN Konflikts, der schon unter Georg W.

Busch in 2006 beinahe zu einem Krieg gegen Iran geführt hätte, ist leider erneut gestiegen. Umso besorgniserregender ist, dass Trump sich mit der Ernennung von zwei erklärten Iran Gegnern, **John Bolton** zum Chef des Nationalen Sicherheitsrats und **Mike Pompeo** zum neuen Außenminister, offensichtlich auf einen Konfrontationskurs zu Iran begibt. Auch Trumps unerwartete Kursänderung zu Nordkorea, so erfreulich diese auch ist, könnte dahingehend interpretiert werden, dass die US-Regierung sich demnächst schwerpunktmäßig auf einen Crash-Kurs mit Iran konzentrieren will. Denn es gibt keinen einzigen Staat in der Welt, der eine Konfliktentschärfung mit Nordkorea nicht unterstützen würde. Dagegen unterlassen Israel und Saudi Arabien, Hauptverbündete der USA im Mittleren und Nahen Osten, keinen Versuch, um die USA zu einer gewaltsamen Konfrontation mit Iran zu ermuntern.

Iranische Regionalpolitik

Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, dass Irans Regierung nunmehr gegensteuern will und vor allen Dingen die EU gegen ein solches Szenario einbinden will. Die Korrektur des historischen Fehlers, die stärkste Macht in der Region werden zu wollen, scheint zu diesem Zweck ein intern abgestimmter erster Schritt zu sein. Bemerkenswert ist auch die Ansage des iranischen Außenministers, was Iran anstelle von „Alleinherrscher“ anstrebt „Der Iran tritt für ein neues System kollektiver Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten ein“ fügte Sarif in der Münchener Sicherheitskonferenz hinzu[1]. Das sind also neue und im Grunde auch sensationelle Töne, die eine sinnvolle Perspektive eines dauerhaften Friedens in der Region eröffnet. Eine in ihrem Wesen wirkungsvolle Friedensperspektive ist m. E. auch die beste Reaktion auf Trumps Streben nach einem neuen Krieg in der seit vierzig Jahren durch Kriege, Zerstörung und über 2 Millionen Toten geschundenen Region. Diese Alternative würde ferner auch unter Beweis stellen, dass es gegen einen Krieg immer eine Friedensoption gibt, durch die die Kriegsstrategien, so hinterlistig sie auch geplant sein mögen, durchkreuzt und sogar in Friedensperspektiven umgelenkt werden können

Gemeinsame Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten

Das Konzept einer gemeinsamen Sicherheit für die größte Krisenregion der Welt hatte schon immer seine Berechtigung. Heute ist sie zu einer zwingenden friedenspolitischen Aufgabe ersten Ranges geworden. Die Durchsetzung dieser Strategie bedarf allerdings einer internationalen Anstrengung.

Die EU hätte dabei die Gelegenheit, diese durch einen der wichtigsten Staaten des Mittleren Ostens in die Debatte geworfene Option positiv aufzugreifen und mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie hätte mit einem solchen Schritt vielleicht sogar auch die historische Chance, ihre Iran- und Mittelostpolitik auf neue und von den Vereinigten Staaten unabhängige Gleise zu stellen und die Grundlage für eine gegenüber den USA wirklich eigenständige Außenpolitik aufzubauen.[2] Alle gegenwärtigen Konflikte in der Region, der Syrien- und der Kurdistankonflikt, der Israel-Palästina Konflikt und eine allgemeine Abrüstung aller Waffengattungen einschließlich der Massenvernichtungswaffen, als Gegenentwurf zum unaufhörlichen Wettüben, gehören in den Rahmen einer **gemeinsamen Sicherheit und ökonomischen Kooperation im Mittleren und Nahen Osten**. Nicht nur der Mittlere Osten, sondern auch Europa und der Weltfrieden insgesamt wären dann alle die Gewinner dieser konkreten Utopie.

Auch **Iran** kommt bei dem Aufbau des Konzepts der „Gemeinsamen Sicherheit“ im Mittleren Osten wegen seiner geostrategischen Rolle und Ressourcen eine herausragende Rolle zu. Eine Konflikt entschärfende und Krieg verhindernde Strategie aus der Region käme den kurz- und langfristigen Interessen der EU-Staaten allein wegen der Verhinderung weiterer Masseneinwanderungen von Flüchtlingen nach Europa sinnvoll entgegen. Hinzu kommen auch andere gravierende Vorteile für beide Seiten, wie beispielsweise die Intensivierung der ökonomischen Austauschbeziehungen, vor allem im Energiesektor, und bei der langfristigen Energiesicherheit für die EU. Aus diesen und vielen anderen Gründen kann erwartet werden, dass sich in den EU-Staaten die Position derjenigen durchsetzen würde, die gewillt sind, die gegenwärtige Politik der blinden Gefolgschaft von der US-Mittel- und Nahost-Politik zu lösen. Die langfristigen Resultate einer Politik der gemeinsamen Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten und die Vertiefung der ökonomischen und kulturellen Beziehungen mit Europa sind so reichhaltig und vielfältig, dass sich noch so große Investitionen in diese Richtung lohnen dürften. Deshalb dürfte es bei der bloßen Ankündigung einer neuen Regionalpolitik der iranischen Regierung nicht bleiben. Irans Regierung sollte in diesem Zusammenhang auch nicht auf ein Wunder warten, zumal alle Kräfte in der Region mit ihren entschlossenen Handlungen in die gegenteilige Richtung aktiv sind. Entweder übernimmt Iran aktiv und entschlossen die Initiative für den Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur und dabei auch die Verantwortung für die Durchsetzung dieser epochal einzigartigen Perspektive. Oder diese Perspektive wird nie zustande kommen.

Die Vorbereitung dieses Weges schließt über vertrauensbildenden Maßnahmen hinaus viele Dimensionen ein, von denen beispielhaft einige genannt werden:

- Die Erweiterung von Trumps Forderung nach Begrenzung der Reichweite iranischer Raketen in eine Verhandlung über die **Begrenzung der Reichweite der Raketen aller Staaten** in der Region, einschließlich solcher Raketen von Israel und Saudi Arabien. Dieser Schritt, so er akzeptiert und realisiert würde, könnte zu einem Modell der Abrüstung für alle anderen Waffensysteme in der Region werden. Wenn jedoch Trump diesen Vorschlag ablehnt, müsste er erklären, warum er sich eines solchen Abrüstungsschritts verweigert, der die Erfüllung seiner eigenen Forderung einschließt, die Reichweite von Irans Raketen zu begrenzen.

- Die Schaffung einer **gemeinsamen Kommission aus willigen Staaten der Region und der EU** zur Entwicklung geeigneter Maßnahmen, um weitere Flüchtlingsströme aus der Region nach Europa zu unterbinden. Die EU hätte angesichts zunehmender Islamfeindlichkeit und gefährlicher Stärkung rechtspopulistischer Parteien ein dringendes Eigeninteresse an gemeinsamer Arbeit zur Eindämmung der Flüchtlingsströme. Dieses Interesse bestünde auch langfristig in der Schaffung einer Kriege verhindernden Politik der gemeinsamen Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten.

- Der Vorschlag eines gegenseitigen **Nichtangriffspakts** an alle Staaten in der Region.

- Die Vorbereitung wichtiger praktischer Maßnahmen zur Schaffung von Strukturen der gemeinsamen Sicherheit und ökonomischer und kultureller Kooperation sowie die **Einladung aller willigen Staaten der Region** zur aktiven Mitwirkung an den Vorbereitungen für die Realisierung dieses

Weges. Dass alle Staaten sich gleichzeitig zur Arbeit an dieser Friedensperspektive bereit erklären würden, dürfte bei einer realistischen Einschätzung eine Illusion darstellen. Andererseits wäre es ein großer Irrtum und ein unverzeihliches Versäumnis, nichts zu unternehmen, bis alle Staaten die Vorteile der gemeinsamen Sicherheit und Kooperation erkennen. Daher stellt der Beginn des möglicherweise über Jahre oder Jahrzehnte andauernden Prozesses mit den willigen Staaten der Region ein Gebot der Vernunft dar. Dieser Prozess kann jedoch Schritt für Schritt durch den Anschluss von neuen und bereitwilligen Staaten erweitert werden, bis möglichst alle Staaten dabei sein werden. Die Bereitwilligkeit müsste allerdings durch **sinnvolle gemeinsame Projekte**, vor allem auf dem Gebiet von Energie- Wasser- und Gesundheitsversorgung, des Aufbaus von grenzüberschreitender Infrastruktur, wie Transportwege, Eisenbahnprojekte, Elektrizitätsleitungen und vieles andere mehr, beflügelt werden, um so die Vorteile gemeinsamer Sicherheit und Kooperation

für Alle spürbar werden zu lassen.

- Neue Anstrengungen, um die von der UN beschlossene Helsinki-Konferenz zur **Schaffung einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone** wieder zu beleben. Dazu müsste zunächst der UN-Beschluss dahingehend korrigiert werden, dass die Helsinki-Konferenz auch durch die Beteiligung von bereitwilligen Staaten stattfinden und arbeiten kann[3]. Die Perspektive der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen dürfte auch die **Integration Israels** in die regionale Sicherheitsstruktur erleichtern, damit endlich auch der Weg für die Schaffung eines palästinensischen Staates frei gemacht wird.

- Die Erwägung, die aktuellen **Syrienkonferenzen** in Genf und Astara an die Anstrengungen zur Schaffung von Strukturen der gemeinsamen Sicherheit für die gesamte Region zu koppeln.

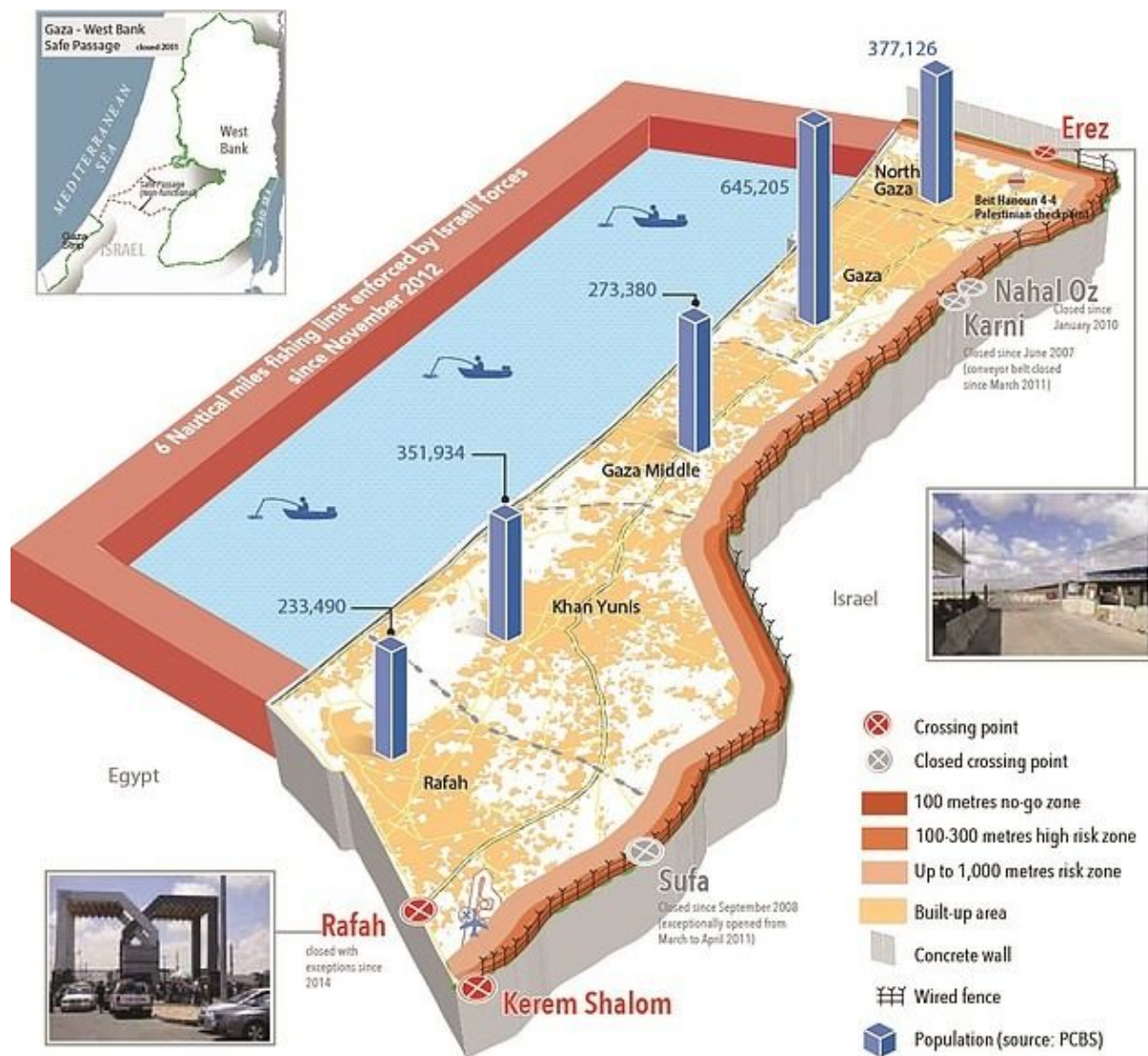
[<1] Sarif ist hier mit der Verwendung des Begriffs „kollektive Sicherheit“ unpräzise, um nicht zu sagen einem begrifflichen Fehler aufgegessen. Als „kollektive Sicherheit“ wird in der Wissenschaft der internationalen Beziehungen ein System für Staaten gleicher ökonomischer Strukturen und gemeinsamer Werte bezeichnet. Demnach entstanden die NATO und der Warschauer Pakt als klassische Systeme der kollektiven Sicherheit. Die Staaten im Mittleren und Nahen Osten teilen keine gemeinsamen Werte und sind auch ökonomisch unterschiedlich geprägt. Für diese Staaten eignet sich daher das Konzept „Gemeinsame Sicherheit“, das ein Sicherheitssystem zwischen Staaten mit unterschiedlichen Entwicklungs- und Wertemustern meint. Klassisches Beispiel dafür ist die von Michael Gorbatschow vorgeschlagene Sicherheitsarchitektur zwischen den europäischen Staaten und Russland (Das gemeinsame europäische Haus zwischen Lissabon und Wladiwostok).

[<2] Leider sind die EU-Regierungen gegenwärtig darauf fixiert und dem Irrglauben aufgegessen, ihre Unabhängigkeit im Verhältnis zu den USA durch weitere Aufrüstung und massive Belastung der europäischen Haushalte zu erreichen. Der 2% Beschluss der Nato und damit eine Verdoppelung der Haushalte der EU-Staaten ist eher ein Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie in Europa und vor allem in den USA. Militärisch würde sie dadurch als David hinter Goliath niemals von den USA unabhängig werden.

[<3] Dazu scheint die historische Erfahrung sinnvoll, dass viele Staaten der Region, einschließlich Iran, ihre Teilnahme an der Helsinki-Konferenz, zugesagt hatten, die gemäß einem UN-Beschluss im Dezember 2014 beginnen sollte. Das Projekt scheiterte jedoch daran, dass Israel und die USA in allerletzter Sekunde ihre Teilnahme verweigerten. Durch den problematischen UN-Beschluss zur Teilnahme aller Staaten als Vorbedingung war ein Vetorecht in den Beschluss eingebaut, das das Scheitern der Konferenz im Grunde vorprogrammiert hatte.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=43697#more-43697>

Gaza - das Freiluftgefängnis



1.88 Million – Total population
 1.33 Million (70%) registered refugees
 Source: PCBS 2016

47%
 of the population is food insecure
 Source: FSS

365 km² Total Area

12-16 HOURS
 of scheduled electricity outages are implemented across Gaza per day.
 Source: GDECO

5,154
 Inhabitants per Km²
 Source: PCBS 2016 Q4

97%
 Of piped water is unfit for human consumption
 Source: WASH Cluster

40.6%
 Unemployment rate
 61% Youth (M 53.6%, F 87.6%)
 43.7% Refugees
 65.3% Women
 Source: PCBS 2016 Q4

<https://www.ochaopt.org/content/gaza-strip-access-and-movement-2016>

Offener Brief an die deutsche Regierung vom Koordinationskreis Palästina-Israel vom 15. Mai 2018:

(...) Wir erwarten, dass die Bundesregierung zusammen mit den Staaten der Europäischen Union

- die sofortige Einstellung des Einsatzes von Kriegswaffen durch die israelische Armee gegen unbewaffnete Demonstranten fordert,
- ein Waffenembargo gegen Israel verhängt, um der Forderung Nachdruck zu verleihen,
- ein Notfall-Krankenhausschiff nach Gaza schickt, um den Verletzten zu helfen, palästinensische Krankenhäuser zu entlasten und noch mehr Todesfälle und lebenslange Behinderungen zu verhindern, und
- darauf hinwirkt, dass die nunmehr seit elf Jahren andauernde unmenschliche Blockade des Gazastreifens aufgehoben wird.

Augenzeugebericht aus Gaza, 15. Mai 2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und liebe Freunde, (...) Nach den Ereignissen gestern, bin ich nun sprachlos, fassungslos, machtlos, ohnmächtig. Und um ehrlich zu sein, weiß ich nicht so recht, wie ich in Worte fassen kann, was in mir vorgeht, was ich zum Ausdruck bringen möchte. Denn es ist gestern ein Verbrechen/Blutbad geschehen, es wurde ein Massaker verübt, das zum Himmel schreit. Die Täter sind die Soldaten und Befehlshaber und letztlich die Regierung „der einzigen Demokratie im Nahen Osten“. Die Opfer sind die unbewaffnet demonstrierenden Palästinenserinnen und Palästinenser an der von Israel festgesetzten Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel. Die Demonstranten mit leeren Händen, nur mit Mut und Courage ausgerüstet. Sie tragen keine Schutzanzüge, keine Gewehre, keine Zielfernrohre wie die Soldaten auf der anderen Seite. Diesen Soldaten wurde kein Haar gekrümmt, keiner von ihnen wurde verletzt. Aber sie schießen auf Männer, Frauen und Kinder. Es gibt Videos, in denen zu hören ist, wie sie sich über einen „Treffer“, einen Erschossenen freuen. Das ist so unglaublich menschenverachtend, dass ich laut schreien möchte.

Seit fast 12 Jahren leben wir im größten Freiluftgefängnis der Welt. (...) Strom bekommen wir vier Stunden täglich, das Wasser aus der Leitung ist sehr salzig oder mit Abwasser vermischt, also ungeeignet um zu duschen oder um Gemüse oder Obst damit zu waschen. Die Jugendlichen haben keine Hoffnung, sie sehen keine Perspektive, sie sehen sich auch als Opfer der Besatzung, der Abriegelung und der zerstrittenen palästinensischen Gruppen. Inzwischen sind fast 70% von ihnen arbeitslos. Die Jugendlichen kennen nichts anderes als das Leben mit permanenten Problemen, denn mal mangelt es an Brennstoffen bzw. Kochgas, mal an Grundnahrungsmitteln, vor allem auch an Medikamenten.

Und die Familienmitglieder, die überhaupt Arbeit haben, bekommen oft ihr Gehalt nicht. Es ist ein Leben, das nicht nur zornig und wütend macht, sondern das auch krank macht, oft genug körperlich krank aber vor allem psychisch krank.



Gestern bin ich am Rande der Demonstration in Gaza Stadt gewesen. Ich habe die vielen Menschen gesehen, junge und alte Menschen, Männer und Frauen, auch Kinder mit ihren Eltern.

Danach kehrte ich heim und kaum war ich Zuhause, da erfuhr ich, dass der 17 Jahre alte Sohn meiner Cousine erschossen worden war. Danach kamen Meldungen, dass weitere Verwandte von mir verletzt wurden. Einige hatten Schusswunden an den Beinen, andere an der Brust und weitere hatten Bauchschüsse erlitten. Manche von ihnen wurden sofort in den Krankenhäusern operiert, andere warten darauf, ins Ausland verlegt zu werden, denn es fehlen geeignete medizinische Geräte oder Medikamente. Ob man sie aus Gaza raus lässt, weiß ich nicht. Ich lief sofort los, um meine Verwandten im Krankenhaus zu besuchen. Es fällt mir immer schwer, ein Krankenhaus zu betreten, aber was ich diesmal sah, das übersteigt alles, was man sich vorstellen kann. **Verletzte in den Gängen, überall Blut, die Patientenzimmer überfüllt.**

Während ich schreibe, klingen mir noch das Stöhnen und die Schmerzensschreie in den Ohren. Ich konnte sehen, wie sehr die Ärzte und das gesamte Personal alles taten, was in ihrer Macht stand, um zu helfen, um in all diesem Elend zu funktionieren. Über 2700 Menschen sind verletzt worden. Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, so viele Verletzte zu versorgen. Das ist selbst in einer Stadt in Deutschland kaum möglich.

60 Menschen wurden erschossen, 60 Menschen ließen ihr Leben, während die Welt die fröhlichen Gesichter der Regierungen, die in Jerusalem feierten, im Fernsehen sehen konnte.

Unser Leid interessiert die Welt nicht.

Die, die sowieso auf der Seite der fröhlichen Gesellschaft stehen, die mit ihnen, was auch immer sie tun, uneingeschränkt sympathisieren, geben den zynischen Rat, dass wir still sein sollen, dass wir uns damit abfinden sollen für alle Zukunft unter Besatzung zu leben.

(...) Heute war ich dann bei den Familien der Erschossenen, um ihnen mein Beileid zum Ausdruck zu bringen. Die Toten sind nun begraben. Und sie werden nicht zum

Leben erweckt werden.

ABER was ist mit den vielen Verletzten? Wie werden sie ihr Leben weiterführen können, wenn ihre Beine amputiert wurden oder wenn sie gelähmt werden oder wenn sie nicht mehr sehen oder hören können. Die Mehrheit der Verletzten ist unter 30 Jahre alt. Und sie haben nun kaum eine Zukunft vor sich.

Gewalt erzeugt Gegengewalt, das ist bekannt. Jeder Präsident bzw. Regierungschef muss alles tun, um sein Land zu beschützen. Das ist auch bekannt.

Nun stelle ich aber Fragen, auf die ich keine Antwort habe:

- Ist der Einsatz von diesen Waffen gegen zivile und unbewaffnete Demonstranten legitim bzw. rechters?
- Sind unbewaffnete Demonstranten so gefährlich für die Sicherheit einer Besatzungsarmee, die zur stärksten der Welt gehört?
- Gibt es keine anderen Wege, auf Demonstrationen zu reagieren als mit scharfer Munition gezielt zu schießen?
- Was sagte das internationale Gesetz?
- Darf sich ein Land ungestraft über internationale Gesetze und Menschenrechte hinwegsetzen?

- Handelten die schwer bewaffneten Besatzungssoldaten tatsächlich aus „Notwehr“, wie sie behaupten? Wurde auch nur einer der

Besatzungssoldaten verletzt?

- Darf ein Land ein anderes Land 50 Jahre und mehr einfach besetzen und das Leben der Menschen unerträglich machen? Ist es nicht Aufgabe der Weltgemeinschaft, dem Einhalt zu gebieten?

- Wie kann es sein, dass der deutsche Bundesaußenminister sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen will, aber wenn es um die Menschenrechte der Palästinenser geht, dann schweigt er?

- Im ersten Absatz des deutschen Grundgesetzes heißt es „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. (...)

Mit dieser extremen Gewalt seitens der Besatzung kann kein Frieden entstehen und solche unmenschlichen Kollektivstrafmaßnahmen werden weder uns, noch unseren Nachbarn Frieden bringen.

Mit traurigen Grüßen, Ihr Abed Schokry



Kunst statt Krieg

- **Junge Künstler aus Gaza trotzen der Realität von Unterdrückung und Armut**
„Es gibt auch eine ganz andere Realität aus Gaza zu berichten. Etliche Jugendliche und junge Erwachsene suchen in der Kunst eine Möglichkeit, ihre Gefühle und Gedanken zu ihrer gegenwärtigen Situation auszudrücken.

Sie beschäftigen sich mit verschiedenen Kunstformen, von denen wir hier zunächst zwei vorstellen wollen: Sandplastiken und Trümmer-Parcours.“ Fotoreihe [hier](#)

Gebendet in Gaza, von [Uri Avnery](#) (israelischer Staatsbürger) , 14. April 2018

IN DIESER Woche haben viele in Israel ein kurzes Video gesehen, das ein Soldat während einer solchen Aktion aufgenommen hat.

Es zeigt die Aktion aus dem Blickwinkel eines Soldaten, der offensichtlich in der Nähe eines Scharfschützen stand. Der Scharfschütze sieht die Demonstranten aus einer Entfernung von Hunderten von Metern. Seine Visierlinie bewegt sich zufällig, dann richtet sie sich auf einen Einzelnen. Er schießt. Der Mann fällt sofort zu Boden.

Der fröhliche Schrei "Jesch" ertönt von allen Seiten, er kommt von im Video nicht sichtbaren Soldaten, die zugesehen haben. "Jesch" bedeutet in diesem Fall so viel wie „erwischt“: Es ist ein Jubelschrei, wie er den Erfolg eines Jägers begleitet, der eben ein Kaninchen geschossen hat.

Inzwischen haben viele Hunderttausende Israelis diesen Film gesehen, denn er wurde zuerst im Fernsehen gezeigt. Außerdem ein paar Artikeln in Haaretz und in

Briefen an den Herausgeber der Zeitung gab es keine Proteste.

Der Totschläger ist kein hartgesottener Söldner. Er und die fröhlichen Soldaten um ihn herum sind gewöhnliche junge Leute, die wie die meisten jüdischen Israelis mit 18 Jahren eingezogen worden sind.

Sie alle „befolgen“ nur „Befehle“. (Erinnern Sie sich?) Wir haben von keinem einzigen Fall gehört, in dem ein Soldat den Befehl verweigert hätte.

Weitere Dokumente

Bericht von „[Haaretz](#)“ über die ungewöhnlich schweren Verletzungen von Palästinensern in GAZA **Medico: Eskalation mit Ansage** , [Artikel](#) **GAZA - und die große Gleichgültigkeit** - [Publik Forum](#)

Gaza, August 2014, mehrere Artikel in SiG 111

Jürgen Todenhöfer: GAZA - "Verdammt nochmal tut endlich was!" in [SiG114](#) / Beiträge zu Palästina und Israel, [Links-Liste](#)

- Ausführliche **Berichte und Karten** über die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, über die Blockade von Gaza : **UN-Organisation** <https://www.ochaopt.org/>

- **BIB e.V.** - Für die Beendigung der israelischen Besatzung, [Manifest](#) für eine neue deutsche Palästinapolitik

25. Mai-27.Mai 2018 in Frankfurt: Palästina-Israel-Konferenz unter dem Motto »Zukunft für Palästina und Israel – verlängert Deutschland die Besatzung?«.

Nirit Sommerfeld, Deutsch-Israelin, BIB-Geschäftsführerin, "Das Ende der Redefreiheit". Das Verbot von Veranstaltungen, die sich kritisch mit Israel auseinandersetzen, bedroht die Demokratie.

<https://www.rubikon.news/artikel/das-ende-der-redefreiheit>

- **Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung.** [Beschluss](#) der Hauptversammlung von ATTAC Frankreich (2002; - alt also aber nicht veraltet)

- **Eric Rouleau: 60 (70) Jahre Israel**

- **Palästina Journal Nr. 13** mit dem Schwerpunkt „Nakba“: <http://dpg-netz.de/palaestina-journal/>

Recht auf eine gerechte Zukunft für Palästina

Kinder und Minderjährige, die mehr als die Hälfte der über **2 Millionen Einwohner des Gazastreifens** ausmachen, sind Opfer der anhaltenden **Blockade**, die ihnen ihre Kindheit, ihr Recht auf Sicherheit, Bildung und Gesundheit und ihre Aussichten auf eine menschenwürdige Zukunft genommen hat.

2018 ist der 70. Jahrestag der Nakba (die Katastrophe) - die Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung aus dem heutigen Israel. Die Blockade des Gazastreifens und die unerträglichen Lebensbedingungen für Frauen, Kinder und Männer sind keine Naturkatastrophe, sondern müssen in ihrem politischen Kontext verstanden werden. **Die internationale Gemeinschaft ist verantwortlich** für die Flüchtlingssituation (siehe unerfüllte Resolution 194 des UN-Sicherheitsrates von 1948), für ein halbes Jahrhundert militärischer Besetzung des Westjordanlands, des Gazastreifens, der Golanhöhen und Ostjerusalems sowie für die schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Rechte des palästinensischen Volkes durch den Staat Israel.

Im Jahr 2018 segeln wir erneut, um die Blockade anzufechten und ein Ende der Komplizenschaft unserer Regierungen mit Israels Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu fordern. Das **Schiff der Freedom Flotilla Coalition** heißt in diesem Jahr Al Awda (The Return), um die Bedeutung dieser langjährigen Forderung der Palästinenser nach dem Recht auf Rückkehr auf das Land, aus dem sie vertrieben wurden, zu unterstreichen.



Die Verschlechterung der Lage in Gaza Israel hat seit über einem Jahrzehnt eine unmenschliche und zerstörerische Blockade des Gazastreifens aufrechterhalten. Im Jahr 2012 prognostizierten die Vereinten Nationen, dass Gaza wegen der israelischen Blockade bis zum Jahr 2020 unbewohnbar sein wird. Seitdem hat sich die Situation nur noch verschlechtert. Seit dem 30. März 2018, als die Palästinenser in Gaza den **Großen Rückkehrmarsch** begannen, berichtet

das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, dass die medizinischen Einrichtungen in Gaza, die bereits seit langem durch den Mangel an medizinischer Versorgung, Strom und Treibstoff überlastet sind, mit der überwältigenden Zahl der Opfer zu kämpfen haben und dass nach den israelischen Angriffen 2014 noch immer über 20.000 Menschen ihr Zuhause verloren haben. Ein weiteres UN-Bulletin beleuchtet die Lage des Fischereisektors in Gaza und die damit verbundenen Probleme. In einem Kontext hoher Arbeitslosigkeit und Ernährungsunsicherheit ist der Fischereisektor eine der wenigen verbleibenden Beschäftigungsquellen in Gaza und eine wichtige Quelle für Proteine und andere Nährstoffe. (...)

Die Freedom-Flotille-Koalition

Die internationale Freedom Flotilla Coalition (FFC) ist eine Solidaritätsbewegung von Volk zu Volk, die sich aus Kampagnen und Initiativen aus der ganzen Welt zusammensetzt, um die Belagerung des Gazastreifens zu beenden. <https://jfp.freedomflotilla.org/about-just-future-palestine>

Elmar Altvater

Nachruf des Wissenschaftlichen Beirats und des Koordinierungskreises von Attac Deutschland, 02.05.2018



Am 1. Mai ist Elmar Altvater im Alter von 79 Jahren gestorben. Er war Gründungsmitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, hat an vielen Stellungnahmen mitgewirkt und trat häufig öffentlich auf, um mit seinen Analysen zu politischen Klärungsprozessen und Strategiebildung beizutragen: bei Attac-Kongressen, Sommerakademien oder vor lokalen Gruppen. Er war einer der profiliertesten und streitbarsten Kapitalismuskritiker – unbequem, ein Querdenker und gleichzeitig wortgewandt und charmant.

(...) Elmar Altvater, geboren am 24. August 1938, wuchs im östlichen Ruhrgebiet, in Kamen in einer Bergarbeiterfamilie auf. Der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung blieb er kritisch verbunden. Nach dem Abitur studierte er in München Ökonomie und Soziologie und wurde mit der Kritik der politischen Ökonomie vertraut, der er in seinen theoretischen wie zeitdiagnostischen Analysen und Kritiken bis zuletzt verpflichtet blieb. Schon der Titel seiner Promotion "Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität: externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus", die er 1968 abschloss, zeugt von einer undogmatischen und innovativen Herangehensweise. Die externen Effekte blieben für Elmar ein erkenntnisleitendes Phänomen, das ihm später half, Fragen der Ökologie nicht moralisch zu diskutieren, sondern rational mit einer Kritik der kapitalistischen Ökonomie zu verbinden. Elmar Altvater wurde einer der Vordenker einer marxistisch inspirierten ökologischen Kritik der politischen Ökonomie. Den Raubbau an der Umwelt begriff er als externen Effekt einer am Profit orientierten Ökonomie, als Teil der Destruktivkräfte des Ka-

pitalismus. Früh trat er für eine solartechnische Revolution der energetischen Grundlagen der globalen Gesellschaft ein.

Nach einigen Jahren als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Erlangen erhielt er 1971 eine Professur für Politische Ökonomie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und arbeitete dort bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2004. In seinem produktiven Wissenschaftlerleben veröffentlichte er 37 Bücher und unzählige Aufsätze. Eines seiner ersten Arbeitsvorhaben war 1970 die Gründung der Zeitschrift Prokla, was damals hieß: "Probleme des Klassenkampfes". Später erhielt Prokla den Untertitel: "Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft" – sie ist bis heute geprägt von Elmar eine der Führenden in der kritischen Wissenschaft.

Theoretisches Rüstzeug für die globalisierungskritische Bewegung

Als Elmar Altvater 2008 nach 35 Jahren aus der Redaktion der Prokla ausschied, wurde seine Arbeit für die Zeitschrift unter anderem mit folgenden Worten gewürdigt: *"Schon sehr früh betonte er, dass der Kapitalismus nicht als eine allein nationalstaatlich bestimmte Größe, sondern als Weltmarktzusammenhang zu untersuchen sei. Was heutzutage nach vielen Debatten über Globalisierung durchaus vertraut klingt, war es Anfang der 1970er Jahre keineswegs."* Die von ihm eingebrachten globalen Perspektiven und seine Analysen der Globalisierungsprozesse waren theoretisches Rüstzeug für die globalisierungskritische Bewegung, in der Elmar seit den 1980er Jahren auf für eine Entschuldung der Länder des Südens und gegen Investitionsschutzabkommen stritt. Als sein Hauptwerk, das er gemeinsam mit Birgit Mahnkopf verfasste, kann das weit rezipierte Werk **"Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft"** von 1996 gelten. Innovativ war auch das von beiden verfasste Buch **"Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik"**, das für die Kritik der politischen Ökonomie Neuland betrat. In dem Buch **"Konkurrenz für das Empire: die Zukunft der Europäischen Union in der globalisier-**

ten Welt" von 2007 weisen Altvater und Mahnkopf sehr früh auf die Strategie der EU hin, über Freihandelsverträge mit dem Süden ihre wirtschaftliche Macht auszubauen.

Elmar war in der internationalen marxistischen Debatte einer der wichtigsten zeitgenössischen Vertreter aus Deutschland. Seine Beiträge sind bis heute von unschätzbarem Wert für Attac und die globalisierungskritische Bewegung. Nicht nur deshalb wird er fehlen. [Attac DE](#)

Alex Demirović, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Elmar war engagiert an den Aktivitäten der bundesdeutschen Linken seit den 1950er Jahren beteiligt, er war Mitglied des SDS, des Sozialistischen Büros, der Grünen, schließlich der Partei DIE LINKE. Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er auf vielfältige Weise kooperiert, als Referent, Autor und Interviewpartner. In die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen der Linken seit den 1960er Jahren hat er mit unzähligen Texten eingegriffen. (...)

Elmar war weitläufig vernetzt und engagierte sich in Kampagnen für die Entschuldung der Länder des Südens. Seit den 1970er Jahren hat ihn umgetrieben, eine Verbindung von Gewerkschafts- und Ökologiebewegung herzustellen. Marxsche Theorie und politische Ökologie wollte er zusammenführen und hat diesem Thema zahlreiche Publikationen gewidmet. Originell und vielfach diskutiert, war sein Versuch, Überlegungen der Thermodynamik in die Kritik der politischen Ökonomie zu integrieren. In den vergangenen Jahren hat er sich intensiv mit Fragen des Anthropozäns und des Kapitalozäns befasst, dazu auch sein letzter Beitrag in der [Zeitschrift LuXemburg](#).

Zwei seiner letzten Buchveröffentlichungen tragen die Titel *Marx neu entdecken* und *Engels neu entdecken*. Das steht symbolisch für Elmars intellektuelle Arbeit und politisches Engagement und stellt eine programmatische Aufforderung dar. Wir werden die Insistenz vermissen, mit der er darauf hingewiesen hat, dass die Linke zur Lösung der großen Fragen der Menschheit beitragen muss. [Transform-Blog](#)

„Wir müssen nicht nur demonstrieren, wir müssen uns auch bilden im emphatischen Sinne.“ (Vortrag von 2014)

Viele Nachrufe auf dem [oxiblog](#)

Im Blog »Freiheitsliebe« :älterer Text zur Staatstheorie

Artikel von Elmar Altvater in „Sand im Getriebe“:

Die Globalisierung frisst ihre Kinder, 2004

Die Währung des schwarzen Goldes - Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt, SiG 17

Oilfinger Bush und das Imperium, SiG 41

Strategische Dilemmata von attac, SiG 45

Solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft, SiG 47

Die EU, eine imperiale Großmacht? SiG 62

Die achte Plage, SiG 66

Krisen, das wiederkehrende „Weltmarktsungewitter“, SiG 69

Kapitalistische Plagen, SiG 71

Geschöpfte Schweine (über Griechenland), SiG 81

Griechenland ist überall, SiG 83

Beginn der Dollardämmerung, SiG 86

Fukushima, mon horreur, SiG 90

Europa neu begründen, SiG 95

Another Road for Europe, SiG 97

Die Aufgabe ist noch nicht erledigt, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu

erstreiten! von Klaus Meschkat - Offener Brief an einen jüngeren Mitstreiter in [SiG 45](#)

„Bei dem schwierigen Unterfangen, den Gedankenkäfig des Kalten Kriegs aufzusprengen, war Rudi Dutschke nicht allein, er kam zum SDS, der dies schon seit der Mitte der 50er Jahre versucht hatte und deshalb die Trennung von der SPD durchsetzen musste, wir hatten das lebende Vorbild von Lehrmeistern in biblischem Alter wie Ernst Bloch und Herbert Marcuse und, und es gab das internationale Bezugsfeld der Neuen Linken. Aber Rudi zeigte mit besonderer Entschiedenheit, in seinen Aktionen wie in seinen Schriften, dass man die Untaten des amerikanischen Imperialismus anprangern kann, ohne sich deshalb seinem stalinistischen Gegenspieler in die Arme zu werfen. Er war im Februar 1968 Mitorganisator des großen internationalen Kongresses gegen den amerikanischen Vietnamkrieg in Westberlin– und er fuhr ein paar Tage später nach Prag, um sich mit denen solidarisch zu zeigen, die im Machtbereich der Sowjetunion einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz erkämpfen wollten.“

Chiffre 68: Eine globale Revolte und ihre Bilanz, von Winfried Wolf in SiG [69](#)

Der marxistische Historiker **Eric Hobsbawm** versuchte im Juni 1968 ein einigendes Band zu erkennen und schrieb: „Wenn Studenten gegen eine Gesellschaft rebellieren, die ihnen erhebliche Belohnungen verspricht, wenn Arbeiter in spontanen Massenaktionen zum Ausdruck bringen, dass das Leben aus mehr besteht als aus Überstundenverdiensten und Ferien in Palma (de Mallorca), dann sind dies keine rein französischen, sondern offenkundig internationale Phänomene... Frankreich beweist: Wenn jemand aufzeigt, dass die Menschen nicht ohnmächtig sind, dann können sie selbst zur Tat schreiten. Vielleicht beweist es noch mehr als das: Dass es nur das Gefühl der Machtlosigkeit ist, das viele von uns davon abhält, wie Menschen zu agieren und nicht mehr Zombies zu sein.“

Vietnamkrieg: [Das Massaker von My Lai](#)

6-seitige Dokumentation:

Text der DLF-Radio-Sendung von Holger Senzel am 15.3.2018
Ergänzende Hinweise und Fotos zusammengestellt von Claus Kittsteiner



<http://www.attac.at/events/klimacamp-2018.html>

SommerAkademie 2018
11.–15. Juli 2018, Graz

„Widerstand zur rechten Zeit:
Organisieren wir uns!“



Attac Österreich: halbjährliches [Magazin](#) - Januar 2018: „Solidarität“

Attac Österreich: Das Parlament kann CETA stoppen

16.5.2018

Nachdem der Ministerrat die Ratifikation von CETA auf den Weg gebracht hat, sind nun die Abgeordneten am Zug. Die Plattform „Anders Handeln“ startete daher heute eine E-Mail-Aktion. Menschen können dabei auf www.anders-handeln.at/petition direkt an die Pro-CETA-Abgeordneten von ÖVP, FPÖ und NEOS appellieren, das Abkommen noch abzulehnen:

„Das EU-Kanada-Abkommen CETA ist eine Bedrohung für unser Gemeinwohl, unsere sozialen und wirtschaftlichen Rechte und die Umwelt. Mit CETA wird auch unsere Demokratie zum Spielball der Konzerne. Sie als unser/e Abgeordnete/r sind verantwortlich dafür, ob in Zukunft Konzerne und private Investoren Österreich für Sozial-, Umwelt- oder Gesundheitsgesetze in Millionenhöhe klagen können. Ich fordere Sie daher auf: Stellen Sie sich auf die Seite der Menschen und der Umwelt. Sagen Sie Nein zu CETA! Sie können CETA stoppen. Österreich kann CETA stoppen.“

<https://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/stoppen-sie-ceta.html>
(Stand am 24. Mai, 8Uhr: 1 282 639 Mails)

Bei einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt (Fotos unter <http://bit.ly/2wTDD9p>) bekräftigten VertreterInnen von Anders Handeln die zentralen Kritikpunkte an CETA:

- CETA schafft Sonderklagerechte für Konzerne
- CETA höhlt die Daseinsvorsorge aus
- CETA schränkt den politischen Handlungsspielraum für Kommunen ein
- CETA verschafft Konzernen und Industrielobbys mehr Einfluss auf Gesetze
- CETA hebt das Vorsorgeprinzip aus
- CETA ist ein Türöffner für Fracking und Teersande
- CETA führt zu noch mehr industrieller Landwirtschaft und Lebensmittelrisiken
- CETA betrifft zahnlose Arbeits- und Umweltstandards
- CETA hat keine nennenswerten positiven wirtschaftlichen Effekte

Details und Begründungen dazu::

<http://www.anders-handeln.at/hintergruende/9-gruende-gegen-ceta/>

Laut Umfragen **lehnen rund dreiviertel der ÖsterreicherInnen CETA ab** – in allen Wählergruppen ist eine klare Mehrheit dagegen. Mehr als 400 Städte und Gemeinden stellen sich per Gemeinderatsbeschluss gegen die geplanten Konzern- und Deregulierungsabkommen. Auch im Nationalrat wurde immer wieder mit breiter Mehrheit kritisch gegen CETA und TTIP Stellung bezogen. Ebenso haben die Bundesländer und der Bundesrat mehrfach Beschlüsse gegen das vorliegende Abkommen gefasst.

Die Plattform "Anders Handeln" wurde initiiert von Attac, GLOBAL 2000, Südwind, den Gewerkschaften PRO-GE, vida und younion, der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung sowie der ÖBV-Via Campesina Austria und wird von rund 50 weiteren Organisationen unterstützt. www.anders-handeln.at

Netzwerk Gerechter Welthandel EU-Japan-Abkommen so nicht ratifizieren!

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit diesem Schreiben drücken wir unsere tiefe Besorgnis über den Inhalt und das beschleunigte Ratifizierungsverfahren des EU-Japan-Handelsabkommens aus, das bereits am 26. Juni 2018 im Rat der EU beschlossen werden soll. **Wir rufen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu auf, JEFTA sorgfältig zu prüfen und von der Bundesregierung die Ablehnung des Abkommens in seiner jetzigen Form zu fordern.**

JEFTA ist das bislang größte Handelsabkommen, das die EU verhandelt hat. Es wurde fünf Jahre lang im Geheimen verhandelt und würde ein Viertel des weltweiten Bruttoinlandsproduktes umfassen. JEFTA beinhaltet Regeln, die den politischen Handlungsspielraum der EU und der EU-Mitgliedsstaaten massiv einschränken. Die EU-Kommission stufte JEFTA als ein "EU only" Abkommen vor; Bundestag und Bundesrat dürfen nach dieser Lesart nicht über das Abkommen abstimmen. Dennoch müssen die nationalen Parlamente in den Ratifizierungsprozess zumindest einbezogen werden.

Dies sind unsere grundlegenden Bedenken:

- Obwohl die **Intransparenz** bei den Verhandlungen zu den Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) deutlich kritisiert wurde, führte die EU-Kommission die Verhandlungen mit Japan unter Ausschluss der Öffentlichkeit.
- Durch die vorgesehene "**Rendezvous-Klausel**" im JEFTA-Artikel 8.81 zum freien Datenverkehr könnten Bestimmungen des Abkommens nach Ratifizierung verändert werden. Ob bei solchen Veränderungen Parlamente mit einbezogen werden, ist unklar. Das ist in Anbetracht des Datenschutzeskandals rund um Facebook und Cambridge Analytica besonders besorgniserregend.
- Das JEFTA-Kapitel 18 zur **regulatorischen Kooperation** könnte dazu führen, dass künftig Lobbyisten Gesetzesentwürfe zur Kommentierung vorgelegt bekommen, bevor ein gewähltes Parlament diese Entwürfe überhaupt zu Gesicht bekommt. Diese Vorgehensweise wirkt wie ein Filter, der die Spielräume demokratischer Politik massiv einschränken kann – denn auf diesem Wege können politische Projekte, die die Inhalte von JEFTA be-

rühren, schon gestoppt werden, bevor die Öffentlichkeit davon erfährt.

- JEFTA schafft zehn Sonderausschüsse** (Artikel 22.3) zwischen Regulierungsbehörden der EU und Japans zu Angelegenheiten, die nationale Kompetenzen betreffen: öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Dienstleistungen, Investitionen, E-Commerce etc. Weitere Ausschüsse können eingerichtet werden, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist. Es gibt keine Garantie in dem Text, dass nationale Parlamente involviert sein werden.

- JEFTA nutzt ein **Negativlisten-Konzept für Dienstleistungen**: was dort nicht aufgeführt ist, ist automatisch für den freien Markt geöffnet. Diese Methode beschränkt die Möglichkeiten von Regierungen stark, öffentliche Dienstleistungen einzuführen, auszuweiten und zu schützen sowie gescheiterte Privatisierungen umzukehren.

- JEFTA würde es der EU und ihren Mitgliedsstaaten erschweren, japanische **Lebensmittel- und Futtermittelimporte** zu kontrollieren, obwohl es bereits dokumentierte Fälle von illegalen Importen gentechnisch veränderter Organismen in Futtermitteln aus Japan gibt. Weltweit ist Japan das Land mit den meisten zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen, sowohl in Lebens- als auch in Futtermitteln.

- Das Kapitel 16 zu **Handel und nachhaltiger Entwicklung** ist schwächer als das im CETA-Abkommen mit Kanada. Wie in allen EU-Handelsabkommen fehlen auch im JEFTA-Nachhaltigkeitskapitel ein Durchsetzungsmechanismus sowie Sanktionsmöglichkeiten – obwohl Japan zwei der acht ILO Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert hat. Zudem enthält der Artikel über Wälder nur schwache Verpflichtungen – obwohl Japan ein großer Holzexporteur ist und als einziges G7-Land keine Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Einfuhr illegal eingeschlagenes Holzes hat. Bei den Themen Waldschutz und Biologische Vielfalt ist selbst die schwache Verpflichtung zur Kooperation, die in CETA enthalten ist, entfallen.

- JEFTA enthält keine Vorrangstellung für den **Klimaschutz**: Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sind nur dann zulässig, wenn sie keine Handelsbeschränkung oder ungerechtfertigte Diskriminierung der anderen Vertragspartei darstellen.

- Das in der EU fest verankerte **Vorsorgeprinzip** ist im Abkommen nicht ausreichend verankert.

- Hinter verschlossenen Türen verhandelt die EU und Japan parallel zum Handelsabkommen noch ein **Investitionsschutzabkommen**, in dem einseitige Konzernklagerechte für ausländische Investoren verankert werden sollen.

Das bisher größte Handelsabkommen der EU erfordert eine viel umfassendere Überprüfung, als es momentan bekommt. Deshalb fordern wir Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages dazu auf, eine kritische öffentliche Debatte in den Parlamenten und darüber hinaus anzustoßen, bevor es zu spät ist. Für Rückfragen oder Angebote zu einem persönlichen Gespräch stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
der Koordinierungskreis des Netzwerks Gerechter Welthandel

Das **Netzwerk Gerechter Welthandel** ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss des zivilgesellschaftlichen Bündnisses "TTIP unfairhandelbar" mit dem Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstration "CETA & TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!" entstanden. Der **Koordinierungskreis** des Netzwerks Gerechter Welthandel besteht aus den folgenden Organisationen: Attac Deutschland, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutscher Kulturrat, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace Deutschland, Mehr Demokratie, Naturfreunde Deutschland, PowerShift, Netzwerk Solidarische Landwirtschaft.
<http://www.gerechter-welthandel.org/2018/05/22/offener-brief-jefta/>

Strategie- und Aktionskonferenz am 15. und 16. Juni in Frankfurt am Main



[Mehr](#)

Ariana Pérez und Harald Neuber

Wahlen in Venezuela

Caracas. Trotz einer heftigen sozialen und wirtschaftlichen Krise hat Venezuelas Präsident Nicolás **Maduro** am 20. Mai 2018 nach Angaben des Nationalen Wahlrates (Consejo Nacional Electoral, CNE) die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Der linksgerichtete Politiker setzte sich nach dem vorläufigen Endergebnis mit 67,7 Prozent gegen seinen Widersacher Henri **Falcón** durch, auf den 21,2 Prozent der Stimmen kamen. Der Evangelikale Javier **Bertucci** erreichte auf 10,8 Prozent, der vierte Kandidat, Reinaldo **Quijada**, 0,4 Prozent. Die **Wahlbeteiligung** lag mit 46,1 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Der absolute Stimmanteil für Amtsinhaber Maduro sank offenbar auf unter sechs Millionen Stimmen.

Falcón gab am Abend noch vor der Bekanntgabe der Ergebnisse bekannt, die Wahl nicht anzuerkennen. Der ehemalige Weggefährte des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez argumentierte mit "Unregelmäßigkeiten" im Zusammenhang mit rund 13.000 sogenannten Roten Punkten, Ständen der Regierungspartei PSUV, die in unmittelbarer Nähe der Wahllokale aufgebaut wurden. Dort hätten Venezolanerinnen und Venezolaner ihre Ausweise vorlegen können, um zusätzliche Sozialleistungen zu empfangen. Die Opposition sieht darin einen Missbrauch staatlicher Mittel für Parteizwecke. (...) Diese Stände politischer Parteien in einem festgelegten Abstand in der Nähe von Wahllokalen sind in Venezuela jedoch durchaus üblich, so gab es bei den vorangegangenen Urnengängen neben den Roten Punkten der PSUV auch Blaue Punkte der Oppositionsparteien. Falcón betonte jedoch, dass er und seine Unterstützer an diesem Sonntag darauf [verzichtet](#) hätten.

In dem südamerikanischen Land waren gut 20 Millionen Menschen zur Wahl des Präsidenten aufgerufen. Laut internationalen Beobachtern, die auf Einladung des Wahlrates CNE in Venezuela waren, verlief die Abstimmung ruhig und ohne Zwischenfälle. Alle Wahllokale seien wie vorgesehen und ohne Beeinträchtigung in ihrer Funktion gewesen.

Der ehemalige Präsident von Ecuador, Rafael Correa, war unter den internationalen Wahlbeobachtern und sagte am gestrigen Abend nach der Wahl: "Wir haben ein demokratisches Fest begleitet." Der linksgerichtete spanische Europa-Abgeordnete Javier Couso äußerte im Hinblick auf die aus Europa vor der Wahl immer wieder formulierte Kritik: "In Europa fehlt der Respekt dafür, dass das venezolanische Volk seine Zukunft über Wahlen selbst be-

stimmt." Die Vorsitzende der Wahlbehörde (CNE), Tibisay Lucena, gab die Wertung der Wahlbeobachter wieder, laut der "Betrug im Wahlsystem unmöglich" ist.

Das Oppositionsbündnis Tisch der demokratischen Einheit (Mesa de Unidad Democrática, MUD) hatte zu einem Boykott aufgerufen. Dieser schlug sich vor allem in den Vierteln und Orten nieder, in denen die Opposition Unterstützer hat. In einigen der wohlhabenden Gegenden hatten sich bereits am Vorabend die Straßen geleert und die Geschäfte wurden geschlossen.

Laut dem vorläufigen Endergebnis hat Präsident **Maduro** aber auch einen Teil der Stammwählerschaft verloren. Im Jahr 2013 hatte er 6,5 Millionen Stimmen erhalten. Die sogenannten Roten Punkte der Regierungspartei Maduros, PSUV, werden nach der Wahl im Zentrum der Debatten stehen. An diesen Ständen seien den Wählern letzte Anweisungen zur Wahl gegeben worden, kritisierte die [Opposition](#). Die CNE hatte daraufhin durchgesetzt, dass die Puntos Rojos mindestens 200 Meter Abstand von den Wahllokalen haben müssen. Zudem dürften an den Ständen während der Wahl keine zusätzlichen Sozialleistungen angeboten werden, sagte CNE-Chefin Lucena. Dessen ungeachtet spricht die Opposition von Vorteilnahme und Machtmissbrauch seitens der Regierungspartei.

Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten, die Lima-Gruppe, die US-Regierung und die Europäische Union hatten im Vorfeld bereits [verkündet](#), die Wahlergebnisse nicht anzuerkennen. Schon vor ersten offiziellen Angaben über die Wahlbeteiligung bekräftigten einige internationale [Medien](#), ein möglicher Sieg Maduros werde alleine der geringen Beteiligung geschuldet sein. Bereits vor den ersten Auszählungen wurde der venezolanischen Regierung mit einer stärkeren Isolation und weiteren Sanktionen gedroht. Kanada hatte die Durchführung der Präsidentschaftswahlen am Sonntag in diplomatischen Einrichtungen des südamerikanischen Landes untersagt. <https://amerika21.de/2018/05/201675/wahl-venezuela>

(...) Tags darauf unterzeichnete **Trump** ein Dekret, das die **Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Venezuela** weiter verschärft. Die Zwangsmaßnahmen seien ein Mittel, um "die Wiederherstellung der Demokratie" in Venezuela zu unterstützen, so Vizepräsident Mike Pence.

In einem Kommuniqué verurteilte die venezolanische Regierung die Sanktionen als "Verbrechen gegen die Menschheit". Das

Recht Venezuelas auf Entwicklung und der Zugang der Bevölkerung zu lebenswichtigen Gütern würden behindert. Präsident Maduro verwies indes am Dienstag zwei US-Diplomaten unter dem Vorwurf der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verschwörung des Landes.

[Amerika21](#), 23. Mai 2018

Im Gespräch mit [amerika21](#) wies der Richter Maikel José Moreno Pérez von der Strafrechtskammer Vorwürfe zurück, die Opposition sei von den Wahlen ausgeschlossen worden. "Es wurde entschieden, das Bündnis MUD zu den Wahlen nicht zuzulassen, weil sich einzelne Mitgliedsparteien dieser Allianz schon eingeschrieben hatten und eine Doppelmitgliedschaft nach dem Parteiengesetz unzulässig ist", so Mendoza. Zudem hätten sich einige der Oppositionsparteien nach dem Boykott der Gouverneurswahlen Ende vergangenen Jahres nach bestehenden Gesetzen neu einschreiben müssen. Für die Neueinschreibung waren die Unterschriften von 0,5 Prozent der eingetragenen Wähler notwendig. Während sich die rechtspopulistische VP umgehend gegen eine Teilnahme aussprach, sammelten die sozialdemokratische Demokratische Aktion (Acción Democrática, AD) und die Partei PJ zunächst Unterstützerunterschriften. Nachdem der Prozess offenbar aber schleppend anlief, entschieden sich auch diese beiden Parteien in der zweiten Februarhälfte, die Wahlen am Sonntag zu boykottieren.

Deutliche Kritik an einer ihrer Meinungen nach negativen und unsauberen Berichterstattung über die Wahlen in Venezuela äußerten einige internationale Beobachter. "Ich komme aus einem Land, in dem der amtierende Präsident die Wahlen mit einem Abstand von fast drei Millionen Stimmen verloren hat, sich aber trotzdem durchsetzte", sagte der US-Bürgermeister Anthony Witherspoon aus der Stadt Magnolia im US-Bundesstaat Mississippi. Es sei daher beschämend, dass just die Regierung von US-Präsident Donald Trump an der Spitze einer internationalen Kampagne gegen Venezuela stehe.

Aus [Amerika 21](#), 19.5.18

Weitere Infos

<https://amerika21.de/geo/venezuela>

13.3.2018: 150 Prominente und Aktivisten aus USA und Kanada (u.a. Chomsky) fordern Ende der Sanktionen [amerika 21](#)

5.2.2018 - US-Außenminister setzt auf Militärputsch in Venezuela - ,

[Nachrichtenpool Lateinamerika](#)

[SiG 121: Schwierige Zeiten in](#)

[Lateinamerika- daraus lernen](#)